

Beginn: 09:03 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 122. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Stephan Reuken zum Schriftführer.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Befragung der Landesregierung.

Befragung der Landesregierung

– Drucksache 8/5838 –

Meine Damen und Herren, die von den Abgeordneten gemäß Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 8/5838 zu entnehmen. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist zu jeder Frage eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollten nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Bevor wir mit der Befragung beginnen, gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Die Abgeordnete Sabine Enseleit hat das **Thema Nummer 1** und die Abgeordnete Katy Hoffmeister das **Thema Nummer 10** zwischenzeitlich zurückgezogen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit. Ich bitte den Abgeordneten Wolfgang Waldmüller, die Frage zum **Thema Nummer 2** zu stellen.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, zusammen! Guten Morgen, Herr Blank!

Es gibt momentan einen aktuellen Diskurs. Ich möchte vorausschicken, dass ich persönlich leidenschaftlicher Wirtschaftspolitiker bin und ein Bekenner der sozialen

Marktwirtschaft. Es geht um die Aussagen von Bärbel Bas, die ja als Arbeitsministerin im Bund fungiert, aber auch Partei-, mit Parteivorsitzende der SPD ist. Und die hat eine Aussage getätigt – ich werde sie gleich zitieren –, was für mich persönlich ein ungeheurer Skandal ist, was mich tief ins Mark auch trifft als Wirtschaftspolitiker. Und sie hat gesagt, „mir ist besonders deutlich geworden ..., gegen wen wir eigentlich gemeinsam kämpfen müssen“, und meinte damit die Arbeitgeber. Und aus meiner Sicht ist das eine Aufkündigung der Sozialpartnerschaft. Es ist ein Aufruf zum Klassenkampf. Und so ein Aufruf ist auch in der BRD einzigartig und hat es noch nie gegeben.

Und da die Landesregierung nicht reagiert hat, möchte ich jetzt gerne den Wirtschaftsminister fragen, als ehemaligen IHK-Präsidenten, aber eingesetzt von der, eingesetzt von der Regierung hier im Land, und auch vor dem Hintergrund möchte ich Sie fragen, Herr Wirtschaftsminister, da ja bis 2028 ... Wo wir gestern gesagt haben, dass wir eine Finanzlücke von einigen Milliarden haben und wir hoffen auf mehr Steuereinnahmen, und dazu braucht man ja nun mal die Unternehmer, das sind ja nun diejenigen, die in der Regel Steuermaßnahmen ...

(Torsten Koplin, Die Linke: Beschäftigt!)

Ich kann nicht gleichzeitig den Kampf gegen die führen, wenn man, wenn man gleichzeitig sie braucht. Und deswegen möchte ich Sie fragen, wie Sie persönlich zu diesem Aufruf von Bärbel Bas hier im Land stehen. Was ist Ihre Position dazu?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, werter Herr Waldmüller! Moin! Ich tue mich ein bisschen schwer daran, und da bleibe ich auch dabei, wenn ich über Statements, Zitate, die in gewissen Situationen getroffen werden, über die Presse höre. Ich muss auch zugeben, ich gehöre oft zu denen, die morgens nicht selbst die Presse lesen, sondern mich informieren lasse und bewerte das dann durchaus für mich. Und insofern, glaube ich, steht es mir auch nicht zu, jetzt zu Aussagen da etwas zu sagen.

Natürlich habe ich eine Meinung dazu, und wie die Meinung ist, glaube ich, können Sie sich klar sein, das werden Sie sich klar sein. Ich interpretiere das jetzt nicht in die

Richtung, wie Sie es gesagt haben. Das Zitat ist in einer gewissen Situation gefallen, auch aus einer gewissen, wie sagt man, aus dem, war ja auch der, der Auftritt oder die Rede beim BDA. Ich glaube, es zeigt, ich will es mal vielleicht noch auf eine ganz andere Ebene heben, noch das grundsätzliche Problem, das wir haben und das ich/wir ja allerorten feststellen – ich darf das jetzt ja, ich glaube, ich bin heute jetzt dann ein Jahr hier mit dabei –, dass wir oft und stark noch in unseren Rollen agieren und handeln.

Jetzt will ich mal das tun, was mir ansteht, nämlich das bewerten, was ich zum Teil von den Kolleginnen und Kollegen jetzt meiner Herkunft dann manchmal höre. Da bin ich auch manchmal verwundert, wie stark und auch, ich sage mal, kämpferisch – und ich will nicht sagen, wenig rational, aber auf Entrüstung, ich will nicht sagen, unbedingt ausgerichtet, aber auf, ja, Vereinfachung auch ausgerichtet – dann die Kollegen im Bereich auch der Arbeitgeber unterwegs sind. Ich glaube, wir haben hier noch einen großen Prozess vor uns. Ich stehe also für eine Partnerschaft. Natürlich, die brauchen wir unbedingt, und die brauchen wir auf der Ebene umso mehr. Und ich glaube, da sind alle Seiten gehalten, über den Schatten zu springen und miteinander ganz konkret ins Gespräch zu gehen.

Wir diskutieren es ja auch immer wieder, wenn wir unsere wirtschaftliche Lage anschauen, wenn wir über Tariftreue sprechen, wenn wir über Rahmenbedingungen sprechen. Da haben wir, glaube ich, den Konsens, dass wir in der großen Industrie eine starke Rolle von Tarifverträgen, von Gewerkschaften haben, die gewachsen ist. Das ist ein Standard, den wir hier haben. Das ist sozusagen die DIN-Norm für die Arbeitgeber. Sehr, sehr gut, überhaupt kein Problem! Wir haben ein Problem, wenn wir uns dann in den kleinen und mittleren Unternehmen bewegen, wo ich mir auch an der einen oder anderen Stelle und an vielen Stellen auch sehr viel mehr Flexibilität wünschen würde.

Das würde ich gern sachlich und fachlich dazu einbringen. Soweit vielleicht mal auf den ersten Teil der Frage. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Waldmüller, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Gerne, gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich hätte mir eine klarere Position, eine eindeutige Position gewünscht, weil, ich sage mal, die Aussagen stehen ja klar. Und das ist meine persönliche Haltung. Ich entnehme aber Ihren Worten jetzt, dass Sie zur Sozialpartnerschaft stehen und den Unternehmern nicht den Krieg erklärt haben, sondern wissen, dass Sie nur gemeinsam, ich sage mal, soziale Marktwirtschaft leben und voranbringen können.

Herr Blank, wenn Sie persönlich dieser Auffassung sind als Wirtschaftsminister, sprechen Sie auch für die Landesregierung?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Also ich, noch mal vielleicht auch zu dem ersten Teil, ganz klar, ich werde da jetzt, wie gesagt, hier an dieser roten Stelle, und das ist mein Prinzip auch immer, nicht über Pressestatements, und auch mich da in die Situation bewegen, ja, da müssen Sie die Kollegen fragen. Ich glaube, da gibt es ganz unterschiedliche ... Das ist ja der große Reiz dieses Teams, dem ich jetzt hier beigetreten bin,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

dass wir sicherlich unterschiedlichste Positionen haben, dass wir die auch austragen.
– Ganz herzlichen Dank dafür!

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

Und ich sehe diese Breite auch durchaus in vielen anderen Fraktionen und Parteien.
Und ich glaube, das müssen wir gemeinsam miteinander austragen,

(Christine Klingohr, SPD: Genau!)

weil ich glaube, nach außen gesehen ... Das habe ich jetzt öfters gesagt. Ich war, durfte letzte Woche ja bei der Energieministerkonferenz sein, Leute, also sorry!

Liebe Kolleginnen und Kollegen hier oder werte Abgeordnete und, ja, werte Abgeordnete, wir sind doch daran und gefordert, Lösungen zu bringen. Und ich glaube, daran müssen wir arbeiten. Ich glaube, wir können uns viel Bürokratie, viel ersparen, wenn wir nicht über die Pressestatements von gestern, vorgestern und von vor einem Monat oder vor drei Monaten sprechen. Das merke ich ja auch hier immer. Wir sprechen dann, wer hat was zuerst hier eingebracht. Da stehe ich dafür. Da bin ich auch gerne bereit, nehme gute Ideen hier auf. Danke, dass ich auch so viele gute Ideen hier bekomme! Und ich werde die versuchen, mit dem Hintergrund, den ich hier habe, hier einzubringen. Da stehe ich für, und im Sinne einer breiten Partnerschaft. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Jutta Wegner, die Frage zum **Thema Nummer 3** zu stellen.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Blank! Guten Morgen in die Runde!

Vor wenigen Wochen wurde in der polnischen Presse bekannt, dass die bisherigen Pläne für den Containerhafen Swinemünde grundlegend verändert wurden. Nach dem Ausstieg des belgisch-katarischen Konsortiums und einer Studie, die ergeben hatte, dass das bisherige Projekt nicht wirtschaftlich war, sollen nun staatliche Stellen den Bau übernehmen. Gleichzeitig wurde der Umfang des Vorhabens massiv ausgeweitet. Statt der ursprünglich geplanten 70 Hektar ist nun eine rund 186 Hektar große künstliche Halbinsel, das „Kap Pommern“ vorgesehen. Die Fahrrinne soll auf 17 Meter vertieft werden. Eine solche Vergrößerung verändert das gesamte Projekt fundamental

und sorgt auf beiden Seiten der Grenze – das haben wir ja auch hier in der Presse vernommen – für erhebliche Befürchtungen, denn schließlich lebt die Region von der intakten Natur und dem Tourismus.

Aus unserer Sicht macht dies die bisherige Umweltgenehmigung hinfällig und erfordert ein neues, vollumfängliches, grenzüberschreitendes UVP-Verfahren, das die kumulativen Auswirkungen des Vorhabens insgesamt bewertet – das haben wir ja auch zuvor schon gefordert – und nicht wie bisher in mehrere Teilprojekte aufspaltet. Der direkte Beginn der ersten Bauphase in dieser Woche lässt befürchten, dass ähnlich wie beim Ausbau der Oder erneut Fakten geschaffen werden, bevor eine ordnungsgemäße Beteiligung aller Betroffenen stattfinden kann.

Jetzt komme ich zu meiner Frage: Wurde die Landesregierung von polnischer Seite über die neuen Planungen informiert oder einbezogen? Hält sie ein neues grenzüberschreitendes UVP-Verfahren für erforderlich, und hat sie gegenüber den polnischen Partnern bereits Konsultationsbedarf angemeldet?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Gerne! Danke!

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Werte Frau Abgeordnete, liebe Frau Wegner, vielleicht erst mal ganz kurz persönlich. Auch hier anlehnend an die vorherige Frage das Thema „Respekt, Wertschätzung vor dem polnischen Nachbarstaat“, dass wir dort natürlich erst mal anerkennen müssen und ich das zutiefst auch stütze, dass sich die polnische Seite Gedanken macht, wie sie ihre wirtschaftliche Entwicklung gerade im östlichen, äh, im westlichen Landesteil sozusagen vorantreibt. Das soll kein Pro sein.

Ich durfte mir am 21. März gemeinsam mit dem Staatssekretär für das östliche Mecklenburg und Vorpommern das angucken, mit Frau Agatowska habe ich mir das angesehen. Das, sage ich mal, ist persönlich durchaus beunruhigend, wenn man das

sich so anschaut, was da an einem Standort, wo man durch Kiefernwälder durchgeht, an den Strand kommt, passiert.

Es ist in der Tat so, dass in den Jahren 22/23 ja die Landesregierung involviert war und wir dann ja auch nach der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem LM, auch dem StALU keine wesentlichen Punkte hier gesehen haben. Nach meinem derzeitigen Kenntnisstand ist die polnische Seite bisher noch nicht auf uns zugekommen. Wir müssen ja sehen, was dort, wie dort der Stand ist. Ich habe diese Information jetzt auch aus der Presse, und da gilt das, was ich vorher gesagt habe. Ich würde mir das gerne noch mal zum Anlass nehmen, mir das anzuschauen. Offiziell, wie gesagt, ist mein Kenntnisstand heute, mein Informationsstand, dass wir dort noch keine weiteren Kontakte hatten.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Minister, Sie haben gesagt, es gibt noch keine Konsultationen durch die polnische Seite. Beabsichtigt die Landesregierung, diese Konsultationen in Gang zu setzen und sich einzusetzen und möglicherweise auch die Bundesebene aufzufordern, das in ihre Regierungskonsultationen endlich aufzunehmen?

(Minister Dr. Till Backhaus:

Das haben die genau gefordert.)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Das ist ja jetzt genau der Punkt. Natürlich sind wir im Kontakt, auch mit dem Bund. Ich glaube, wir müssen hier unterscheiden, zum einen zwischen dem Standort – von 80 auf 180 Quadratmeter hochzugehen, ist schon eine massive Veränderung. Der Prozess muss eingeleitet werden. Also sozusagen, der

Kontakt muss hergestellt werden. Was die Fahrerin anbetrifft, haben wir eine Verantwortlichkeit ja, die beim Bund liegt. Auch das muss man abstimmen.

Und ja, dann sind wir auch gerne bereit, Sie da auf den neuesten Stand zu bringen. Wir sehen diese massive Änderung und werden auch dementsprechend reagieren. – Danke schön! Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt. Ich bitte die Abgeordnete Petra Federau, die Frage zum **Thema Nummer 4** zu stellen.

Petra Federau, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Bei meiner Frage geht es um die Hintergründe, Gründe und Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. Dezember 2025 in dem Verfahren der Deutschen ReGas gegen das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern im Hinblick auf den Weiterbetrieb der Verbrennungsmotoren des LNG-Terminals zur Stromerzeugung. Im Rahmen der mündlichen Verhandlung wurde vonseiten der Beklagtenvertreter über das Aufkommen massiver nachteiliger Überschreitung tieffrequenter Schallimmissionen seit Inbetriebnahme der Regasifizierungsanlage der Deutschen Regas Ostsee berichtet.

Meine Frage: Welche Position vertritt die Landesregierung im Hinblick auf diese Lärmbelästigung? Werden dazu weitere Messungen durchgeführt werden und wird das Änderungsgenehmigungsverfahren im Hinblick auf diese Frage ergebnisoffen geprüft werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Punkt 1, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie selber in Leipzig waren.

Petra Federau, AfD: Ja.

Minister Dr. Till Backhaus: Das heißt, Sie haben das Verfahren, ich weiß nicht ganz genau, aber nicht ganz bis zum Ende verfolgen können. Aber eins will ich noch mal feststellen, Punkt 1, das Bundesverwaltungsgericht hat dem Land Mecklenburg-Vorpommern in Vertretung unseres Hauses und auch des Status Vorpommerns vollständig recht gegeben. Das heißt im Übrigen, wir haben Rechtssicherheit, wir haben Planungssicherheit und der Rechtsstaat funktioniert, denn eines ist vollkommen klar, der Antragsteller, das wissen Sie, die ReGas, hatte mit dem Ursprungsantrag ein Verfahren eingeleitet, eine Kraft-Wärme-Kopplung zu installieren. Das haben sie mittlerweile zurückgenommen und das war der Gegenstand der Auseinandersetzung.

Eines ist vollkommen klar, wir haben recht bekommen, dass die ReGas ein Änderungsverfahren zu durchlaufen hat. Das ist die Rechtsgrundlage. Und darüber bin ich froh. Ich danke ausdrücklich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie das so sauber aufbereitet haben. Und die andere Kernbotschaft, die hat damit zu tun, mit Ihrer ganz konkreten Frage, nämlich, werden die Sorgen der Menschen, der Umwelt und der gesamten Problematik in einem Bundesimmissionsschutzverfahren, werden die in dieser sogenannten gebundenen Entscheidung wirklich überprüft, und kann man sich als Gegner oder als Befürworter dieser Einrichtung, kann man sich auf diesen Rechtsstaat verlassen. Und das sichere ich zu, ausdrücklich sage ich das. Und dazu gehören im Übrigen die Immission und natürlich auch der tieffrequente Schall.

Wenn Sie jetzt bis zum Ende die Vorträge noch mal wahrgenommen haben oder hätten, hätten Sie auch den Vortrag von beiden Seiten gehört. Und da ist insbesondere, der tieffrequente Schall hat ja dort eine Rolle gespielt und wir bleiben in all den Werten, das nehme ich hier zur Kenntnis, unter den Grenzwerten, das möchte ich auch noch mal feststellen. Und deswegen kann ich Ihnen versichern, wir haben jetzt ja eine Übergangsgenehmigung, das ist auch vom Bundesverwaltungsgerichtshof verfügt worden. Das heißt, die Anlage kann bis April so betrieben werden, und bis dahin ist dann eine endgültige Genehmigung zu erteilen.

Und es wird natürlich auch weitere Auflagen für die Genehmigung geben, aber ich gehe davon aus, dass es keine unüberwindbaren Hürden gibt, sodass der

Antragsteller als auch die Bevölkerung von der Insel Rügen sich darauf verlassen können, dass sie eine rechtssichere, gerichtsfeste Entscheidung treffen werden.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Federau, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Petra Federau, AfD: Eine Landstromanlage würde laut Vertretern des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie solche Geräuschemissionen, über die wir gerade gesprochen haben, nicht verursachen. Liegen diese technischen Voraussetzungen zum Bau einer Landstromanlage im Fährhafen von Sassnitz-Mukran vor?

Minister Dr. Till Backhaus: Grundsätzlich waren wir davon ausgegangen, dass der Antragsteller ja eine KWK- und damit eine Landstromanlage nutzen will. Dieses ist so nicht umgesetzt worden, sondern – das muss man auch der Ehrlichkeit halber sagen – es hat dieses Unternehmen erhebliche, ganz erhebliche, auch aufgrund unserer Forderungen, Anlagen auf den Schiffen, auf den beiden Schiffen installiert, um damit die Grenzwerte, die wir gefordert haben, einzuhalten. Sowohl Lärm als auch die Auswirkungen auf die Wassersituation – also die wasserrechtliche Genehmigung gehört mit dazu – sind sehr genau überprüft worden. Und deswegen, sage ich noch einmal, ist dieses Verfahren, das wir gefordert haben, nämlich eine Änderungsgenehmigung zu durchlaufen, richtig. Und das wird jetzt gemacht, und da wird noch mal auch die Öffentlichkeit beteiligt.

Bis zum 15. Dezember, das wissen Sie wahrscheinlich, läuft noch die öffentliche Anhörung. Da kann auch jeder Einsicht nehmen in die Unterlagen. Also die Unterstellung, wir würden hier nicht transparent arbeiten – das ist jetzt nicht von Ihnen gekommen –, das weise ich in aller Form zurück, sondern wir durchlaufen hier ein rechtssicheres und, ich hoffe, auch nach wie vor ein gerichtsfestes Verfahren. Und die

Menschen und das Unternehmen können sich darauf verlassen, dass wir hier wirklich mit aller, mit aller Konsequenz dieses Verfahren durchlaufen.

Petra Federau, AfD: Danke!

Minister Dr. Till Backhaus: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Horst Förster, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Horst Förster, AfD: Guten Morgen, Herr Minister!

Es geht um den Öltanker „Eventin“ mit 100.000 Tonnen Öl, der vor Sassnitz festgesetzt ist. Im Januar trieb das Schiff manövrierunfähig in der Ostsee und wurde daraufhin in den Bereich vor Sassnitz geschleppt. Dann wurde es als Schiff der sogenannten russischen Schattenflotte identifiziert und entsprechend gelistet und sanktioniert. Daraufhin erfolgte dann durch den Zoll die Einziehung zum Zwecke der Verwertung des Schiffes und der Ladung, und daraufhin ergab sich ein Eilverfahren. Das Finanzgericht Greifswald hat im Eilverfahren die Vollziehung ausgesetzt und heute, vermutlich in einer halben Stunde, wird der Bundesfinanzhof über die Beschwerde des Hauptzollamts entscheiden.

Unabhängig von dieser Rechtslage besteht nach Ansicht vieler, nicht nur irgendwelcher Angsthasen, sondern der Rüganer, denke ich mal, und auch vieler Umweltorganisationen die Befürchtung, dass hier eine Gefahrenlage ist, die uns teuer zu stehen kommen könnte, wenn etwa in nicht auszuschließenden schweren Stürmen das Schiff sich von der Ankerkette losreißt und es dann erst zu einer Katastrophe käme, die dann bei dieser Menge uns auf Jahrzehnte beschäftigen würde, Rügen und die Ostsee, die empfindliche Ostsee.

Deshalb die Frage: Wie sieht die Landesregierung das, wie ordnen Sie diese Gefahrenlage ein, und was machen Sie, um dem zu begegnen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Förster, Punkt 1, am 09.01., in der Nacht vom 8. zum 9. hatten ich und viele andere schlaflose Nächte. Da ist nämlich die Havarie entstanden. Und ich sage hier und heute noch mal, ich habe es schon mal gesagt, es ist tatsächlich dem Havariekommando und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch der Abteilung Küste Vorpommerns zu verdanken, dass durch dieses manövrierunfähige Total-Blackout-Schiff keine Katastrophe entstanden ist. Da bin ich wirklich heute noch dankbar, glücklich und demütig, Punkt 1.

Punkt 2, innerhalb von zwei Tagen ist es gelungen, dem Havariekommando mit unseren Kolleginnen und Kollegen, dieses Schiff abzuschleppen, im Übrigen dann auf die Reede vor Rügen, um dann noch mal die Verlegung auf einen weiteren Standort vorzunehmen.

Und da bei diesem Schiff im Übrigen klar war, es ist auf der Schattenliste, will ich noch mal sagen, wir müssen davon ausgehen bei den Sanktionen – und Sie haben scheinbar auch die Unruhe, das merkt man ja, Sie haben wahrscheinlich dazu eine etwas andere Auffassung –, wenn ich mir überlege, es gibt Zahlen zwischen 400 und 1.100 Schiffen, die im Übrigen auf den Weltmeeren unterwegs sind, im Rahmen dieser Schattenflotten ein deutlicher Anstieg, da sind Risiken im Übrigen, dass sie unter Billigflaggen fahren oder als Flag of Convenience, das kennen Sie als Jurist.

Die Gefahr für die Umwelt, im Übrigen auch die Gefahr der Konflikte, die durch diese Nutzung dieser Schiffe und damit auch die Kriegskassen, wo auch immer, gefüllt werden, ist aus meiner Sicht eine reine Katastrophe. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Und deswegen war es richtig, dass Deutschland dieses Schiff, das manövrierunfähig war, im Übrigen mittlerweile auch repariert hat und es voll funktionsfähig ist. Das Schiff ist 2006 gebaut worden und hat auch eine IMO-Nummer, aber es gibt viele Schiffe, die dieses nicht haben. Und deswegen war es folgerichtig, dass Deutschland entschieden hat, dieses Schiff, wenn ich das so lax sagen darf, an die Kette zu legen. Es ist im Übrigen mit einer deutschen Besatzung versehen und auch permanent ein Schlepper vor Ort.

Und auch das kann ich Ihnen sagen, ich freue mich und hoffe wirklich inständig, dass heute in den nächsten Minuten die Entscheidung getroffen wird. Ich habe auch immer und immer wieder, das ist auch aktenkundig, die Bundesregierung gebeten, dieses Problem zu lösen und dieses Schiff so schnell wie möglich von unserer Küste verschwinden zu lassen. Aber auch da müssen Sie wissen, das gehört zu den Fakten, dass in Deutschland ein so großes Schiff mit 275 Meter Länge, 100.000 Liter Öl aufgrund der Situation überhaupt nicht tatsächlich einen Hafen anlaufen kann. Das würde im übrigen Mukran treffen. Wenn Sie sich das mal anschauen, dann ist das, glaube ich, für Rostock eine schwierige nautische Operation. Und deswegen müssen Sie eins wissen, wir gehen davon aus, dass, wenn heute die Entscheidung getroffen wird, dass die Bundesregierung alles unternehmen wird, um dieses Problem zu lösen, das bedeutet im Übrigen auch, dass dieses Schiff gegebenenfalls dann in internationale Gewässer zurückgeführt werden muss.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ich würde Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich bin sofort fertig, weil das ist nicht ganz unwesentlich.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, das weiß ich. Letztendlich sind wir aber in der Fragestunde, und ich habe Ihnen schon sehr großzügig jetzt die Zeit zur Verfügung gestellt. Ich würde Sie bitten, jetzt zum Schluss zu kommen. Gegebenenfalls stellt Herr Förster noch eine Nachfrage.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich hoffe, Herr Förster, Sie können daran erkennen, welche Komplexität dieses Thema hat. Ich gehe davon aus, dass heute die Entscheidung des Bundesfinanzministers, des Bundesfinanzgerichts erfolgen wird, und die weiteren Maßnahmen liegen dann in der Verantwortung der Bundesregierung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Förster, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Horst Förster, AfD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

Horst Förster, AfD: Herr Minister, es geht ja hier gerade um diese Gefahrenlage. Und mit Ihren Äußerungen haben Sie ja deutlich gemacht die Bedeutung des Nothafenrechts, dass eben ein Kapitän auf See dann diese Risiken nicht eingehen muss, sondern er kann darauf vertrauen, dass es völkerrechtlich festgelegt ist, dass er einen Hafen anlaufen kann, der freigegeben wird.

Meine Frage ging eigentlich dahin, wie Sie denn dazu stehen, unabhängig von der Entscheidung des Bundesfinanzhofs, ob Sie alles dafür tun, dass dieses Schiff allein aufgrund dieser Gefahrenlage jenseits der Rechtslage, die ja zumindest sehr unsicher ist, wieder unsere Gewässer verlässt, damit hier die Rügauer wieder ruhig schlafen können.

Minister Dr. Till Backhaus: Wir versuchen alles, um das Problem zu lösen. Im Übrigen, auch das Havariekommando ist in dieser Frage eingeschaltet und wir haben eine permanente Betreuung dieses Schiffes. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir alles unternehmen, um dieses Schiff so schnell wie möglich loszuwerden.

Horst Förster, AfD: Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Thomas Diener, die Frage zum **Thema Nummer 6** zu stellen.

Thomas Diener, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Um es mit den Worten von Herrn Dr. Blank zu sagen: Moin!

Es geht um die Stelle des Staatssekretärs, der Staatssekretärin im Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt. Sie war ja seinerzeit besetzt mit Elisabeth Aßmann. Sie ist ja seit einiger Zeit in einer anderen Verwendung.

Das Abrufen scheint immer sehr schnell zu gehen, das Nachbesetzen ist also deutlich schwieriger anscheinend.

Jetzt ist natürlich das Führen eines solchen Hauses mit vielen unteren Landesbehörden und oberen Landesbehörden durchaus ansprechend und anspruchsvoll. Gibt es irgendwie eine Strategie der Besetzung, Wiederbesetzung, das heißt, macht man aus einer Stelle zwei, besetzt man sie gar nicht wieder bis zur Landtagswahl, wie soll das Verfahren hier gestaltet werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Diener! Ich mach es mal kurz, wir werden eine kluge und in der Sache orientierte Entscheidung treffen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Thore Stein, AfD: Das lohnt sich
doch gar nicht mehr.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ja, sehr gut, hervorragend!

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Thomas Diener, CDU: Ja, gerne.

Anscheinend ist dieser Fall nicht so komplex wie mit der „Eventin“, da braucht man ein bisschen länger.

Demnach, gibt es irgendeine Art von Ausschreibungsverfahren oder Personalbesetzungsverfahren, ist das schon gestartet?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist eine konkrete Frage.)

Minister Dr. Till Backhaus: Ich sage noch mal, die Entscheidung werden wir klug und in der Sache orientiert treffen.

Thomas Diener, CDU: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Dr. Harald Terpe, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Es geht um die Mülldeponie Ihlenberg. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Schlupp aus dem Oktober dieses Jahres bezüglich der Ablagerung von Abfallarten auf der Deponie wurde gesagt, bis 2036 sind die Gefahrenklassen III noch ablagerbar, danach nicht. Konkrete Alternativen für eine Ablagerung dieser gefährlichen Abfälle, nämlich der Deponieklasse III, scheint es noch nicht zu geben, obwohl bereits 2019 eine Arbeitsgemeinschaft gegründet worden ist, Nordost, mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin und Brandenburg. Das ist jetzt sechs Jahre her.

Und jetzt kommt die Frage: Welche konkreten Ergebnisse hat diese Arbeitsgruppe bisher erzielt, um die Suche nach einem Standort für die Ablagerung von Müll der Deponieklasse III in Norddeutschland voranzutreiben? Und entwickelt die Landesregierung für die schon jetzt sichtbare Möglichkeit, dass bis 2035 kein Alternativstandort für Sonderabfall dieser Deponieklasse in ganz Norddeutschland zur Verfügung steht, Szenarien, wie die Unternehmen und Institutionen in unserem Bundesland Deponiekapazitäten im notwendigen Maße nutzen können, ohne dass sie wegen weit entfernter Transportwege wirtschaftliche Nachteile haben werden? Lange Frage, kurze Antwort.

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, ja, ich entschuldige mich auch für die etwas längere Antwort bei „Eventin“, aber das ist hochkomplex. Dieses Thema ist noch komplexer,

(allgemeine Heiterkeit)

und deswegen werde ich es jetzt versuchen.

Am 01.10.2019 haben wir entschieden, ganz klar als Landesregierung, 2035, Kernaussage, DK III beendet. Dann wird es eine Übergangsphase geben, also es wird kein DK-III-Material mehr eingelagert. Das habe ich im Übrigen der norddeutschen Kooperation mitgeteilt – das sind noch mal im Übrigen die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Brandenburg und Berlin und auch Sachsen-Anhalt, und Mecklenburg-Vorpommern ist in dieser Arbeitsgruppe gewesen –, denen habe ich mitgeteilt, wir haben unsere Aufgaben erfüllt, jetzt sind andere dran. Da hatten manche ein ganz langes Gesicht. Das ist 19 gewesen, und ich nehme zur Kenntnis, dass aktuell – das ist eine konkrete Aussage – Berlin/Brandenburg eine kleinere Kapazität dabei sind vorzubereiten.

Und selbstverständlich haben wir immer einen Plan B, und die Orientierung ist dann, in Kooperation mit einem anderen Bundesland oder vielleicht zweien – das wäre Sachsen-Anhalt oder Sachsen und Brandenb... und Nordrhein-Westfalen – dann vernünftige Übergänge zu schaffen.

Insofern darf ich noch mal sagen, das ist eine höchst komplexe Materie und wir haben die modernste und auch funktionsfähige DK-III-Deponie in Mecklenburg-Vorpommern. Sie funktioniert, und ich glaube, auch durch die Investitionen der letzten Jahre, im Übrigen auch die Maßnahmen, die mit dem Sozialministerium, was die Gesundheitsfragen anbetrifft oder im Übrigen auch der Umbau der Deponie zu einem Technologiestandort, das Gewerbegebiet und all die Fragen, bis hin zum Solarpark, der dort auf der Deponie jetzt entsteht, haben wir unsere Schularbeiten gemacht.

Was DK III anbetrifft, sind andere Länder jetzt mal dran, und wir werden uns dann auch natürlich bemühen, diese Kapazitäten in den anderen Bundesländern mit zu nutzen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage dazu stellen?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich war ja selbst auch bezüglich Transparenzfragen in Ihlenberg mehrfach in der Vergangenheit, und ich frage deshalb noch mal, aus welchen Gründen die Landesregierung die Einberufung eines Deponiebeirates für die Deponie – ursprünglich war das ja der Beirat für Umweltfragen der Deponie Ihlenberg – eingestellt hat, obwohl dieser in der Vergangenheit sehr erfolgreich bei der Herstellung von Transparenz zum Deponiebetrieb mitwirkte. Das ist praktisch bezüglich der Fragen, die natürlich aus der Bevölkerung auch immer kommen.

Minister Dr. Till Backhaus: Also wir haben ja nach wie vor eine hohe Transparenz im Übrigen mit der Übernahme unseres Hauses. Und ich persönlich bin auch sehr oft da gewesen und wir machen Tage der offenen Tür, es können alle Fragen gestellt werden an den Geschäftsführer. Herr Forster, der mittlerweile ja nach Sassnitz-Mukran gewechselt ist, und auch der Nachfolger Herr Axmann leisten dort wirklich eine transparente Arbeit. Und ich glaube, man darf auch ausdrücklich sagen, die Diskussionen um diesen Standort mit den Bürgermeistern, dem Landrat und so weiter, die laufen wirklich auf Augenhöhe. Und wir sind ja in vier Genehmigungsverfahren, auch da ist die Öffentlichkeit hergestellt. Insofern haben wir tatsächlich gesagt, es gibt das Informationsgesetz, wo auch jeder seine Anfragen stellen kann. Und wir beabsichtigen auch für die neue Legislaturperiode, dann, wenn die Genehmigungsverfahren in 26 abgeschlossen sind – die kennen Sie zum Teil auch –, dass wir dann auch darüber nachdenken, erneut einen Deponiebeirat zu installieren.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Thomas Diener, die Frage zum **Thema Nummer 8** zu stellen.

Thomas Diener, CDU: Ja, Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, ich bin ja froh, dass ich mit einigen unterkomplexen Fragen zum Fortgang der Fragestunde auch beitragen kann.

Es geht hier um die Richtlinie über die Anerkennung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit, der sogenannten Gemeinnützigkeitsrichtlinie. Gemäß Paragraph 5 der oben genannten Richtlinie ist diese seit dem 31.12.2024 außer Kraft. Welche Auswirkungen hat dies auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für die Kleingartenvereine in unserem Land, zum Beispiel im Hinblick auf Pacht oder Steuerzahlungen und dergleichen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Diener! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das Bundeskleingartengesetz Paragraph 2 regelt das eindeutig. In einer Zeit, wo wir über Entbürokratisierung, Vereinfachung nachdenken, ist vollkommen klar, haben wir uns dazu entschlossen, für mich steht tatsächlich das Kleingartenwesen unter unserem Schutz, unter dem Bundeskleingartengesetz, für das ich im Übrigen immer wieder gekämpft habe, und es ist gut, dass wir das haben. Und die Kommunen sind in der Pflicht, die Gemeinnützigkeit anzuerkennen. Das kennen sie auch und das machen sie auch in hervorragender Weise.

Und insofern ist das eindeutig geregelt, deswegen haben wir von diesem Verfahren, nämlich die Anerkennung und da noch weitere Rechtsverordnungen zu erlassen, haben wir Abstand genommen. Es gilt das Bundeskleingartengesetz. Und damit sind die Kommunen in der Pflicht und machen das auch gut, aus meiner Sicht, die Gemeinnützigkeit anzuerkennen.

Was wir neu gemacht haben, ist die sogenannte Schätzungsrichtlinie. Das heißt, wenn ein Gartenverein auf einen anderen Bewirtschafter übergehen soll, dass wir da die Grundsätze regeln innerhalb des Landes, und das funktioniert auch ganz gut.

Also das Kleingartenwesen ist in Mecklenburg-Vorpommern wirklich eine tolle ehrenamtliche Tätigkeit und die Gemeinnützigkeit bleibt erhalten. Daran ändert sich nichts, wenn man die Kriterien einhält.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Thomas Diener, CDU: Ja, vielen Dank, noch bloß zur Klarstellung: Das ist also nicht beabsichtigt, dann weitergehende Regelungen zu erlassen, die Gemeinnützigkeit sozusagen festzuschreiben, weil es Bundesregelungen gibt, die darüber hinausgehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Nein, es gilt das Bundeskleingartengesetz und das ist die Grundlage der Entscheidung. Das kennen die Kommunen, und darüber sind sie auch informiert.

Thomas Diener, CDU: Das ist eine ideale Begründung dann für das Dauergrünlandgesetz ...

Präsidentin Birgit Hesse: Ja, Herr Abgeordneter, vielen Dank! Es ist schön, dass Sie sich über die Antwort des Ministers freuen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung und bitte den Abgeordneten Enrico Schult, die Frage zum **Thema Nummer 9** zu stellen.

Enrico Schult, AfD: Guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin Oldenburg!

Ich habe eine Frage zu einem, ja, Vorfall, der sich offensichtlich am Gymnasialen Schulzentrum in Wittenburg ereignete. Das muss Oktober oder November dieses Jahres gewesen sein, da wurden offensichtlich Aufkleber verteilt mit dem, vom F.C. Hansa Rostock, da stand aber „F.C. Antifa“ drauf und auch Aufkleber „Alpakas gegen Nazis“ – mutmaßlich.

Da frage ich Sie, haben Sie davon Kenntnis, dass dort im Unterricht oder sozusagen Nachmittagsprogramm solche Aufkleber verteilt wurden, haben Sie davon Kenntnis, dass an diesem Tag Organisatoren des Projekts „Alpakas gegen Nazis“

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

oder eine Frau Kristine Ringe vor Ort waren und dort diese Aufkleber verteilt haben

(Julian Barlen, SPD: Denen müsste man einen Orden verteilen, den Alpakas.)

oder, oder sich quasi an dieser Schule dort aufgehalten haben?

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Herr Schult, ja.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Enrico Schult, AfD: Ja, vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin!

(Unruhe bei Sebastian Ehlers, CDU,
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Frau Oldenburg, wie sehen Sie das denn, dass diese Kristine Ringe, die offensichtlich dort war und halt diese Aufkleber verteilt hat, „F.C. Antifa“, wie sehen Sie sich da, sozusagen, dass insbesondere der Beutelsbacher Konsens, die Neutralität eingehalten wurde, wenn diese Frau Ringe,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wenn die Frau Ringe vorher im Internet posiert – „Rosen sind rot, Veilchen sind blau, Höcke ist ne Nazi-Sau“ –, haben solche Leute was an unseren Schulen verloren, Frau Oldenburg, können Sie dazu mal kurz ausführen?

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Schult, das Gymnasiale Schulzentrum Wittenburg ist eine UNESCO-Projektschule und beschäftigt sich dann eben auch in Form der Kooperation mit außerschulischen Partnern auch mit verschiedenen Projekte. Jetzt gab es, im November war es ein Projekt „Für den Frieden! #HändeReichen #BrückenBauen“ für die Jahrgangsstufen 9 und 10. In den verschiedenen Workshops gab es: Was verbindet Menschen? Was trennt Menschen? Müssen Unterschiede zu Konflikten führen? Und das ist alles auch vom Schulgesetz gedeckt, diese Arbeit, die die Schule dort macht als UNESCO-Projektschule, und deshalb alles gedeckt vom Paragraphen 2 des Bildungs- und Erziehungsauftrages.

Und während der Veranstaltung waren dann durch die Initiative

(Jens-Holger Schneider, AfD: Unfassbar!)

Sticker mit ihrem Logo auf einem Tisch platziert und diese Sticker waren kein Bestandteil der Workshops, lagen dort

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Lagen nur so rum, ganz genau!)

aber für die Schüler dort.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und die Schulleitung der Schule in Wittenburg versäumte es eindeutig, die auf dem Stapel auf dem Tisch platzierten Sticker im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung, die dann wiederum im Paragraphen 101 des Schulgesetzes geregelt ist, auf die Geeignetheit und auf die Rechtskonformität zu überprüfen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und daraufhin wurde dann mit der Schulleitung ein Gespräch geführt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU
und Julian Barlen, SPD –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport und bitte den Abgeordneten Martin Schmidt, die Frage zum **Thema Nummer 11** zu stellen.

Martin Schmidt, AfD: Ja, schönen guten Morgen!

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank für das Zulassen der Frage!

Ja, der F.C. Hansa Rostock ist einer der bekanntesten und größten Sportvereine hier in unserem Land, und ich hatte ja neulich eine kleine Anfrage gestellt, die Sie ja dankenswerterweise beantwortet haben, über die Förderung in der Vergangenheit. Und so, wie wir es ja mittlerweile wissen, gibt es auch einige finanzielle Schwierigkeiten dort im Verein und auch was die Zukunft der Flutlichtmasten und anderer Investitionen betrifft.

Und von daher ist meine Frage: Was hat Ihr Ministerium oder die Landesregierung in den kommenden beiden Jahren jetzt geplant, um den F.C. Hansa oder die Ostseestadion GmbH zu unterstützen?

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, die Landesregierung wird, wie Sie aus der kleinen Anfrage entnehmen können, den Hauptverein, den F.C. Hansa Rostock e. V. aus dem

Sportfördergesetz unterstützen. Darüber hinaus gibt es noch die F.C. Hansa GmbH & Co. KGaA, die den Drittligabetrieb als Profisport betreibt, und die mietet sich wiederum bei der Ostseestadion GmbH ein. Beides ist nicht förderfähig nach dem Sportfördergesetz. Wir werden den F.C. Hansa in diesem Bereich nicht unterstützen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Herr Schmidt, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Martin Schmidt, AfD: Ja.

Und gibt es denn aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, Förderfähigkeit herzustellen, dass man eben für Großevents, wo eben auch viele Bürger daran beteiligt sind und viele Fans, die ja sicherlich ein Interesse daran haben, dass man das eben unterstützen kann, auch finanziell, beispielsweise Investitionen fördert, die den Bau betreffen am Stadion oder Ähnliches?

Ministerin Stefanie Drese: Es hat mit dem Verein und mit der Stadt Gespräche gegeben. Wenn die Stadt dieses Stadion übernehmen würde, dann wäre die Möglichkeit einer Förderfähigkeit gegeben. Davon hat die Stadt Abstand genommen und auch der Verein ist darüber informiert, also im Moment sehe ich da keine Fördermöglichkeit.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Bau. Ich bitte den Abgeordneten Thore Stein, die Frage zum **Thema Nummer 12** zu stellen.

Thore Stein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Minister! Ende November hat sich in Gießen die neue Jugendorganisation der Alternative für Deutschland gegründet. Es gab da bekannterweise auch entsprechende Gegenproteste.

Und meine Frage ist: Ist Ihnen bekannt, dass es auch innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern einen Aufruf zur Teilnahme an diesen Demonstrationen gab? Und gab es auch Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern?

(Julian Barlen, SPD:
Und wurden die schon belobigt? –
Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion Die Linke)

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir kennen Aufrufe, aber nicht im Detail und mit Sicherheit nicht alle. Und wir gehen auch davon aus, dass es Teilnehmer gegeben hat, Sie meinen jetzt vermutlich, an den Gegenprotesten. Sicher wissen wir von den Teilnehmern auf der polizeilichen Seite.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Die sind im Bereich von knapp unter 200 Personen. Aber es hat mit Sicherheit auch Teilnehmende aus Gegenprotestrichtung gegeben.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Stein, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

(Julian Barlen, SPD: Wollen
Sie wieder die Adressen haben,
um Hausdurchsuchungen durchzuführen?)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Stein hat jetzt die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

Bitte, Herr Stein!

Thore Stein, AfD: Hausbesuche sind ja eher Ihr Metier.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Minister, ist es denn bekannt beziehungsweise würde es Ihnen bekannt werden, wenn es von Teilnehmern aus Mecklenburg-Vorpommern zu Straftaten gegen die Polizeikräfte oder gegen Teilnehmer der Gründungsveranstaltung gekommen ist oder wenn das noch ermittelt wird?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Straftaten in einem anderen Bundesland passieren, kriegen wir das in der Regel nicht zur Kenntnis, sondern allenfalls – und das wäre eine sehr abstrakte Ebene –, wenn es später zu Verurteilungen kommt

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

oder zu entsprechenden Eintragungen in den digitalen Registern, weil die Ermittlungen üblicherweise geführt werden an dem jeweiligen Tatort, und dann wird es durch die dortige Polizei und im Zweifel auch durch die dortigen Gerichte verhandelt werden, es sei denn, es wären Straftaten, die hier im Lande geschehen, dann müsste es aber im Vor- oder Nachlauf sein, da hätte ich keinen Überblick.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Sebastian Ehlers, die Frage zum **Thema Nummer 13** zu stellen.

Sebastian Ehlers, CDU: Ja, schönen guten Morgen, Herr Minister! Ich hatte jetzt eigentlich die Ministerpräsidentin hier erwartet, da das Thema ja bei ihr liegt. Aber sie scheint jetzt ja noch nicht da zu sein, obwohl keine Abmeldung vorliegt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Herr Minister, wir haben im Juni ja bereits uns zu dem Thema hier ausgetauscht in der Regierungsbefragung. Ich zitiere aus Ihrer Antwort: „Ich gehe davon aus, dass wir auf jeden Fall dicke bis zu seinem Ausscheiden, eher geplant im Sommer, die entsprechende Nachbesetzung zumindest entscheiden können.“ Also es geht um den Inspekteur der Landespolizei.

Und von daher die Frage – das Schreiben liegt ja angeblich seit dem Sommer, seit August in der Staatskanzlei –: Wann wird denn nun entschieden?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Personalauswahl wird bei uns im Hause getroffen, aber tatsächlich wird am Ende die Ministerpräsidentin die abschließende Entscheidung treffen. Das ist bei diesen Personalangelegenheiten in dieser Weise vorbehalten.

Ich gehe davon aus, dass wir zwischenzeitlich die Dinge übergeben konnten. Der neue Staatssekretär hat seinerseits noch mal die Gelegenheit genutzt, auf die Dinge draufzuschauen. Als wir gesprochen haben in der Fragestunde, habe ich diesen Staatssekretärswechsel in der Glaskugel noch nicht in dieser Weise vorhergesehen. In der Tat hat er seine Gelegenheit genutzt, hat noch einmal selber draufgeschaut. Ich gehe davon aus, dass wir weiterhin erstens den Inspekteur bis zum Jahresende haben und zum Zweiten auch zeitnah zu einer Nachbesetzung kommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Ehlers, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Sebastian Ehlers, CDU: Sehr gerne.

Da das Jahr ja nun sich dem Ende entgegenneigt, und es gibt ja ein Schreiben von Herrn Dahlemann, dass ja Nachbesetzungen von bestimmten Positionen, Abteilungsleiter aufwärts, ab 1. Januar nicht mehr vorgenommen werden können, daher die Frage, Inspekteur ist nicht Abteilungsleiter, aber zumindest in der Besoldung,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

in der B-Besoldung entsprechend ja höher auch eingruppiert

(Patrick Dahlemann, SPD: Abteilungsleiter.)

als andere Referatsleiter, von daher fällt dann der Inspekteur der Landespolizei auch unter diesen Beförderungsstopp,

(Patrick Dahlemann, SPD: Nein.)

der ab 01.01. dann gilt hier im Land?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nein, es ist in der Tat ein Referatsleiter. Und zum Zweiten ist das eine B-Besoldung, die im Januar noch umsetzbar ist. Von daher habe ich an der Stelle keine Besorgnis.

Sebastian Ehlers, CDU: Vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 14** zu stellen.

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Ich wollte mich noch mal mit dem Thema Landeskatastrophenschutzgesetz auseinandersetzen. Wir haben im Innenausschuss ja auch schon häufiger mal darüber gesprochen. Es war ja eigentlich auch in der Planung, dass das noch vor Abschluss der Legislatur kommt, eine Novelle, und ich glaube, das ist auch dringend notwendig. Und jetzt kam halt auch in der Antwort von der Kollegin Frau van Baal die Auflistung mit den geplanten Vorhaben, und beim Landeskatastrophenschutzgesetz fehlt da die zeitliche Umsetzung. Und da wollte ich einfach mal nach dem aktuellen Stand fragen und ob wir denn noch in dieser Legislatur damit rechnen können.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Fragen in einer, ich versuche trotzdem, beide aufzugreifen.

Erstens. Die Kolleginnen und Kollegen sind immer das gleiche Referat – ich glaube, darauf hatte ich schon wiederholt hingewiesen –, die auch beim Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz aktiv sind, das jetzt schon ein ganzes Stück weiter ist und deshalb momentan prioritär bearbeitet wird, damit wir damit auf jeden Fall noch in dieser Legislatur hier in den Landtag kommen.

Parallel haben die Kolleginnen und Kollegen gleichwohl, ähnlich wie beim Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz, einen längeren Prozess vorweggeschaltet, indem man nicht, wie es häufig bei Gesetzen ist, als Regierungsseite ein Gesetz macht und dann in die Verbändeanhörung gibt und alle Verbände ganz überrascht draufschauen, sondern wir haben einen längeren Prozess zusammen vor allen Dingen mit den Landeshilfsorganisationen, mit den Landeskatastrophenschutzorganisationen und verschiedenen anderen Beteiligten geführt und quasi eine Themensammlung vorgenommen.

Die Themensammlung ist mit den Beteiligten abgestimmt, ist auch mit mir vorabgestimmt, ist aber noch nicht zum Abschluss gelangt. Da werden also noch weitere Abstimmungen erforderlich sein. Und die Kolleginnen und Kollegen selbst gehen zurzeit oder sind unsicher, ob sie den Abschluss des KRITIS-Dachgesetzes auf der Bundesseite abwarten wollen und sollen. Dann muss man sicherlich zugestehen, dass die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen weniger stark in den Legislaturperioden denken, als wir das tun. Im Zweifel ist auch ein gut vorbereitetes Gesetz für die nächste Legislatur mit Sicherheit etwas wert.

Meine Hoffnung bleibt gleichwohl, dass wir auf die Zielgerade kommen, aber das Argumentationsmuster ist nicht von der Hand. Das KRITIS-Dachgesetz des Bundes zielt auf sehr große Einheiten ab, ab denen es erst greift. Und die Überlegung der Kolleginnen und Kollegen ist es, ob man dann als Landesgesetzgeber die Chance nutzen müsste und sollte, unterhalb dieser Schwellenwerte – damit wäre die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz in dem Bereich ja hoffentlich nicht ausgefüllt, zumindest geht der Bundesinnenminister in der Ministerkonferenz davon aus, dass er nicht sperren will, sondern darunter sagt, dann müsst ihr Länder eben tätig werden –, die Kolleginnen und Kollegen schauen deshalb, ob möglicherweise wir unsererseits entweder Verweisungsregeln oder Einbindungsregeln für kleinere

Einheiten ebenfalls aufnehmen, und sind deshalb ein Stück weit mit einem Auge sehr stark dabei, zu schauen, wie das KRITIS-Dachgesetz weitergeht.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Nein, vielen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Nikolaus Kramer, die Frage zum **Thema Nummer 15** zu stellen.

Nikolaus Kramer, AfD: Schönen guten Morgen, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Frau Ministerin, Frau Wenke Brüdgam wurde im Februar 2022 Landesbeauftragte für Frauen und Gleichstellung. Sie wurde damit Beamtin auf Zeit im Range einer Abteilungsleiterin im Justizministerium. Ihre Tätigkeit sollte ursprünglich bis zum Ende der 8. Wahlperiode dieses Landtages befristet sein.

Das Justizministerium hat am 05.12. eine Erklärung von Frau Brüdgam veröffentlicht. Darin heißt es, Frau Brüdgam trete von ihrem Amt zurück beziehungsweise Frau Brüdgam habe sich von ihrem Amt „zurückgezogen“. Aus diesen Formulierungen ist nicht zweifelsfrei erkennbar, ob zwischen Frau Brüdgam und dem Land Mecklenburg-Vorpommern weiterhin ein Arbeitsverhältnis besteht. Daher frage ich Sie: Welchen beamtenrechtlichen Status hat Frau Brüdgam mit heutigem Stand?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Aufgrund des Rücktritts von Frau Brüdgam am letzten Freitag befinden wir uns in der Auflösung des Arbeitsvertrages. Es ist angestrebt, einen Aufhebungsvertrag zu schließen. Da wir noch in den laufenden Verhandlungen sind, kann ich Ihnen noch keine konkreten Aussagen geben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Nikolaus Kramer, AfD: Ja, und zwar, sollte es dann zu diesem Aufhebungsvertrag kommen – was eine Sache von fünf Minuten ist, wenn beide das wollen im Übrigen, brauche ich keine ganze Woche dafür –, gibt es auch für Ruhestandsbeamte, welche Frau Brüdgam dann wäre, natürlich auch gewisse Wohlverhaltenspflichten.

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Deswegen frage ich mich:

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wird vom Justizministerium in diesem Verfahren ein Disziplinarverfahren geführt? Ist eins eingeleitet worden? Ist das geplant?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Ein Disziplinarverfahren kommt hier nicht infrage, weil sie keine Beamtin im eigentlichen Sinne ist, sondern es sind arbeitsrechtliche Maßnahmen geprüft worden. Durch den Rücktritt von Frau Brüdgam hatten die sich erledigt und wir befinden uns in der Aufhebung des Arbeitsvertrages.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Sebastian Ehlers, die Frage zum **Thema Nummer 16** zu stellen.

Sebastian Ehlers, CDU: Ja, vielen Dank!

Guten Morgen, Frau Ministerin!

Auch zur gleichen Thematik: Sie wurden ja damit auch medial zitiert, dass Vorwürfe auf mehreren Ebenen geprüft werden. Können Sie uns bitte sagen, was dort ganz konkret geprüft wird?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Genau. Als wir ...

Sebastian Ehlers, CDU: Wurde, Entschuldigung!

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Entschuldigung! Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Ehlers, neben den arbeitsrechtlichen Maßnahmen in Bezug auf Verletzungen von Dienstpflichten kam eine Strafbarkeit wegen Paragraf 90a StGB Verunglimpfung von Hoheitszeichen eines Staates in Betracht. Deshalb haben wir, als wir davon Kenntnis erlangt haben am 2. Dezember 2025, also letzten Dienstag, nachdem das Video dann auch bei uns eingegangen ist, habe ich erst mal für mich entschieden, dass ich das Thema an meine Staatssekretärin allein übertrage, sowohl strafrechtlich als auch arbeitsrechtlich, um die Einflussnahme aufgrund der Parteizugehörigkeit auszuschließen.

Frau Bohlen hatte dann veranlasst, dass das Video am gleichen Tag an die Generalstaatsanwältin weitergeleitet wurde zur Vorabprüfung. Frau Brüdgam wurde hierüber informiert. Aktuell läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Frau Brüdgam aufgrund dieser Anzeige.

Und wie gesagt, um auf Ihre Frage zurückzukommen, neben den arbeitsrechtlichen Maßnahmen sind strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet worden.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie noch eine Nachfrage stellen?

Sebastian Ehlers, CDU: Ja, vielen Dank erst mal auch für die transparente Antwort hier an der Stelle! Zu berichten gibt es ja auch mehrere Strafanzeigen, die dort gestellt

wurden, also außerhalb des Ministeriums. Inwieweit wird das dann auch, liegen auch darüber Informationen dem Justizministerium vor?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Da ich mich aus dieser Sache vollkommen rausgezogen habe und keine Berichte mehr an die Staatsanwaltschaften, in dem Fall an mich erfolgen, sondern allein an die Staatssekretärin Bohlen, ist mir jetzt aufgrund der heutigen Fragestunde nur das Strafverfahren bekannt, was ich gerade berichtet hatte. Medienberichten konnte man natürlich entnehmen, dass weitere Anzeigen stattgefunden haben, aber da bin ich aus der Berichterstattung raus, müsste mich dann also noch mal konkret informieren, wenn Sie das dann im Rechtsausschuss gerne wollen, und dann könnte ich darüber nähere Auskunft geben.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Constanze Oehrich, die Frage zum **Thema Nummer 17** zu stellen.

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

Das Thema ist bekannt. Seit November 2025 nehmen die drei Antidiskriminierungsberatungsstellen unseres Landes keine neuen Fälle mehr an, weil aufgrund der unsicheren Finanzierung die Träger einfach nicht wissen, ob sie ihre Beratungsarbeit ab Februar 2026 fortsetzen können. Und der Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern hatte deshalb am 5. November einen offenen Brief veröffentlicht und Maßnahmen zum Erhalt der Antidiskriminierungsberatung in Mecklenburg-Vorpommern gefordert.

Wir hatten in der vergangenen Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingereicht mit der Forderung, den Fortbestand der bestehenden Antidiskriminierungsberatungsstellen durch eine verlässliche Landesfinanzierung ab 2026 vorzusehen und dafür eben 700.000 Euro einzuplanen. Die Dringlichkeit des Antrags wurde verneint, daher kam der Antrag ja dann jetzt auf die Tagesordnung des Landtages und wird morgen beraten.

Ich weiß, dass die rot-rote Koalition reagiert hat in der Zwischenzeit und mit einem Haushaltsänderungsantrag dafür gesorgt hat, dass die zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsberatung im Landeshaushalt nun immerhin mit 195.000 Euro pro Jahr ausgestattet wird. Gespräche mit den Trägern der Antidiskriminierungsberatungsstellen haben aber deutlich gemacht, dass das bei Weitem nicht ausreicht. Also die bisherige Summe, also die Summe, die bisher, die Höhe der Summe, die bisher vom Bund kam, liegt bei 650.000 Euro, sodass also eine Summe von 455.000 Euro ausgeglichen werden müsste. Und wie das passieren könnte, haben wir eben in der gestrigen Haushaltsberatung gehört.

Und deswegen wäre halt meine Frage, welche Möglichkeiten bestehen, diese Differenz auszugleichen zwischen den beiden Summen. Es sind 195.000 Euro von der Koalition eingeplant im Landeshaushalt für die zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsberatung, gebraucht würden eigentlich oder gekommen sind vom Bund bisher 650.000 Euro, gebraucht würden eigentlich 700.000 Euro. Also welche Möglichkeiten bestehen, um diese Differenz auszugleichen?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Genau.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Oehrich! Wir hatten ja zwei Förderphasen, wo der Bund durch das respekt*land diese drei Antidiskriminierungsberatungsstellen gefördert hatte. In der ersten Projektförderphase waren es insgesamt 440.000 für alle drei Stellen, und das wurde dann erhöht auf 660.000 in der zweiten Förderphase.

Ich war mit Frau Ataman in der Zwischenzeit sehr im engen Kontakt. Wir haben miteinander geredet. Und natürlich, obwohl es bis zum 13.11. nicht feststand, ob sie etwas für respekt*land weiter bekommt, was ja leider nicht der Fall ist im Bundeshaushalt, sind wir dabei verblieben, dass sie jetzt einmal Kassensturz macht und schaut, wie sie da mit unterstützen kann, denn wir sind uns sicher, wir können nicht immer eins zu eins ein Bundesprojekt übernehmen. Wir sehen aber die Wichtigkeit gerade der Antidiskriminierungsberatungsstellen, und deshalb war unser Petitum von Anfang an auch gegenüber der Bundesebene, dass wir hier mit 50/50-

Förderung herangehen würden. Und da habe ich auch nie irgendwie eine ablehnende Haltung seitens des Bundes erhalten. Und wir sind jetzt noch dabei, den Kassensturz dann abzuwarten auf Bundesebene, und hoffen, dass wir dann mit einer 50-prozentigen Kofinanzierung definitiv vorankommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Oehrich, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, gerne.

Frau Ministerin, danke!

Wie ist es denn, wenn vom Bund nichts kommt? Hat die Landesregierung vor, dann selbst einzuspringen?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Die Haushaltsmittel sind eingeplant, und das ist der Rahmen, der uns dann zur Verfügung steht.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin, und gute Besserung!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen und Digitalisierung. Hierzu bitte ich den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 18** zu stellen.

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Herr Minister!

Um es kurz zu machen, wie angekündigt in der Frage, es geht um vITA 4.0, also MV-PC in seiner vierten, fünften oder zehnten Inkarnation. Da wollte ich mich gerne mal nach dem aktuellen Stand erkundigen. 2024 hat das DVZ ja eigentlich schon angekündigt gehabt, dass der 2025 überall verfügbar ist. Wie sieht es da aus?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wulff, vITA 4 oder der einheitliche IT-Arbeitsplatz, darum geht es ja, um es mal zu übersetzen, sind dauernd diese Begrifflichkeiten, mit

denen man es zu tun hat, haben wir noch nicht. Wir haben immer noch diese sehr heterogene Systemlandschaft. Viele Rechner laufen immer noch auf Windows 10 mit der Problematik, dass ja Microsoft da selber von weg will. Die Wartung verursacht jedes Jahr höhere Zusatzkosten und der notwendige Schutzbedarf ist noch nicht gegeben.

Deswegen ist es für uns wichtig, jetzt diesen einheitlichen IT-Arbeitsplatz einzuführen. Das DVZ hat auf der Basis von Windows 11 diesen entwickelt. Der wird auch schon im Landesamt für Finanzen eingesetzt.

(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuell läuft die Bestandsaufnahme in sechs Ressorts zur Vorbereitung der Einführung, und drei Ressorts haben komplexe Fachverfahren, Bildung, Soziales, Landwirtschaft. Da werden wir jetzt erst im ersten Quartal mit der Bestandsaufnahme reingehen können.

Unser Ziel ist, dass das Roll-out in den Behörden beginnt, sobald die Vorbereitungsarbeiten dafür abgeschlossen sind, also für die nicht problematischen, also jetzt nicht mit diesen komplexen Fachverfahren für die Ressorts, dann im ersten Quartal des nächsten Jahres und für die anderen dann entsprechend später. Unser Ziel ist, möglichst in diesem Jahr – nicht in diesem, schön wäre es –, im nächsten Jahr die meisten Behörden dann tatsächlich auch auf Windows 11 zu haben und so wenig wie möglich da diese Zusatzkosten noch tragen zu müssen für Windows 10.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Nein, danke! Das mache ich dann nächstes Jahr.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Fragestunde ist grundsätzlich auf eine Stunde begrenzt. Die hätten wir jetzt erreicht. Ich habe aber nur noch eine Frage übrig. Sofern sich jetzt kein Widerspruch regt, würde ich diese letzte Frage jetzt zulassen, zumal Herr Wulff auch jetzt schon an der Frage ...

Minister Dr. Heiko Geue: Das passt doch.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD, und
Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: ... – an der Frage steht! –, an dem, an dem Saalmikrofon steht.

Bitte, Herr Wulff, Sie haben das Wort!

David Wulff, FDP: Ja, vielen Dank!

Wir bleiben bei der Umstellung in der Digitalisierung. Das ganze Thema E-Akte ist ja auch schon länger angekündigt. Es sollte, also das Fachverfahren, die Software, die die E-Akte da verwaltet, soll umgestellt werden, aber das schon seit vielen Jahren, also weg von DOMEA zu einem neuen System halt hin.

Und auch hier die Frage nach dem aktuellen Stand und wie sich das dann so entwickelt.

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie die Frage noch zulassen! Es passt so gut in das, was wir gerade auch gesagt haben.

Und vielen Dank, Herr Abgeordneter, dass Sie da auch noch mal fragen! E-Akte, genauso wie beim einheitlichen IT-Arbeitsplatz, wir wollen die bestehende DOMEA-Lösung – da haben wir ja schon eine elektronische Akte in den obersten Landesbehörden – ablösen, weil die sich auch überlebt hat. Und wir haben in anderen Landesbehörden noch gar keine entsprechende E-Akte, muss also dringend eingeführt werden, sonst schaffen wir all das nicht, was wir ja wollen mit der

Verwaltungsdigitalisierung. Da sind wir, im Staatsministerium sind wir uns ja auch weitestgehend einig.

Also innovative Lösungen einführen, IT-Sicherheit umsetzen, dafür brauchen wir die E-Akte. Der Landesmaster dafür ist bereitgestellt, steht im DVZ für den Betrieb bereit. Jetzt ist es noch notwendig, bei den obersten Landesbehörden, die mit DOMEA-Daten arbeiten, dass die Aktenbestände bereinigt werden. Wir haben doch jetzt gesehen, dass die nicht so sind, dass man die einfach migrieren kann. Rund 30 Prozent der Aktenbestände müssen bereinigt werden. Zum Beispiel sind das dann solche Akten und Vorgänge, die noch Mitarbeitenden zugeordnet sind, die es gar nicht mehr gibt. Also solche Dinge sind technische Dinge, organisatorische Dinge. Lösbare Aufgabe, muss aber jetzt gemacht werden, soll bis zum zweiten Quartal des nächsten Jahres dann auch wirklich abgeschlossen sein, damit wir dann entsprechend umsetzen/machen können.

Im Pilotpartner Bergamt soll die Einführung im Januar beginnen. Pilotpartner LAiV, da gibt es noch technische Anforderungen, die zu lösen sind, danach geht es auch sofort los. Wichtig, wie gesagt, für uns gehört zusammen einheitlicher IT-Arbeitsplatz und E-Akte. Das wollen wir im nächsten Jahr dann schaffen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Auch hier dann im nächsten Jahr wieder.

Minister Dr. Heiko Geue: Gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Befragung der Landesregierung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 8/5680.

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Anpassung
der Finanzbeziehungen zwischen Land und
Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern**

(Erste Lesung)

– Drucksache 8/5680 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Inneres und Bau Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt in der undankbaren Rolle, im Mittagstief ein etwas trockeneres Thema an den Mann/die Frau bringen zu wollen. Gleichwohl will ich mich zumindest intensiv bemühen.

FAG – Finanzausgleichsgesetz – ist nichts anderes als das zentrale Gesetz, über das das Land mit den Kommunen die Einnahmen, die wir aus Steuereinnahmen und Ähnlichem haben, aufteilt und auf die Kommunen dann zuteilt. Das FAG in seiner jetzigen Gestalt ist vor einigen Jahren sehr grundlegend überarbeitet worden. Wir haben also ein relativ neues Modell, bei dem vereinbart worden war, damals, dass man nach circa drei Jahren Laufzeit einmal durchchecken lässt durch die gleichen Gutachter, die damals die Idee für die jetzige Struktur gegeben haben, ob die damals erhofften Effekte eintreten, ob die verschiedenen Faktoren zutreffend sind, weil da verschiedene Rechenoperationen in diesem komplexen Gesetz passieren.

Dieses Gutachten ist in den letzten anderthalb Jahren angefertigt worden, noch einmal, durch das gleiche Gutachterteam wieder, das das ursprüngliche Gesetz als Idee auch entwickelt hat, gemeinsam mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden,

gemeinsam, und das bedeutet, in mehreren Workshops und Runden, in denen die Gutachter Zwischenergebnisse vorgestellt haben, Zwischenfragen diskutiert haben. Das Endergebnis liegt jetzt vor. Und was wir Ihnen hier an die Hand geben, ist in großen Teilen die Umsetzung genau der Ergebnisse, die die Gutachterinnen und Gutachter – nein, nur Gutachter, es waren nur Männer – uns an die Hand gegeben haben.

Das, was uns die Gutachter an die Hand gegeben haben, sind vor allen Dingen folgende Überschriften:

Innerhalb des Gesetzes gibt es die sogenannte Schlüsselmasse, das also, was das Land auf die Kommunen nach verschiedenen Faktoren runtergibt. Und die Schlüsselmasse teilt man zunächst in die, quasi für die kreislichen Aufgaben, für die Landkreise und ein bisschen für die kreisfreien Städte, und die für die Gesamtzahl der Städte und Gemeinden auf. Der Maßstab der Verteilung ist von den Gutachtern nachkorrigiert worden. Aufgrund der Ausgabenstrukturen, die sie sich im Übrigen umfangreich angeschaut haben, schlagen sie vor, künftig rund 27 Millionen Euro mehr auf die kreisliche Ausgabenseite zu verlagern, weil sie dort eine stärkere Belastung sehen.

Zweiter Vorschlag der Gutachter, es gibt einen sogenannten Nebenansatz. Was meint „Nebenansatz“? Gucken wir erst mal, was ist der Hauptansatz: Wenn die Schlüsselmasse auf die Kommunen verteilt wird, wird die – ein bisschen salopp formuliert – nach Köpfen verteilt. Eine Gemeinde mit 300 Einwohnern kriegt also 300-mal einen Betrag x und eine Gemeinde mit 10.000 Einwohnern, eine Stadt, bekommt dann 10.000-mal diesen Betrag. Der Nebenansatz, Nebenansätze versuchen dort Veränderungen vorzunehmen, dass quasi ein Einwohner manchmal mehr wert sein kann als 1,0. Und das gilt für Kinder. Kinder sind für die jeweiligen Kommunen, in denen sie leben, durchaus mit mehr Aufwendungen verbunden. Ein Kind zählt also – in Anführungszeichen – mehr als ein Erwachsener bei der Geldverteilung.

Bislang zählte ein Kind mit dem Faktor 1,22. Natürlich gibt es keine „0,22-Kinder“, aber der Belastungsfaktor von Kindern ist höher. Die Gutachter schlagen auf Grundlage ihrer Feststellung vor, statt 1,22 künftig 2,05 vorzusehen. Mal ein bisschen salopp, ein

Kind soll also genauso viel zählen bei der Geldverteilung auf die Kommunen wie zwei Erwachsene, sogar einen Hauch mehr. Das beruht gleichermaßen auf den Ermittlungen, welche Kostenblöcke mit Kindern und Jugendlichen einhergehen. Wie stellt man das fest? Ganz einfach, indem man die entsprechenden Schullastenausgleichszahlungen, die Kitakosten und Ähnliches aufsummiert.

Drittens, es gibt einen Nebenansatz für Soziallasten. Auch hier wird also aus der Regel, ein Einwohner zählt wie 1,0, eine Abweichung vorgenommen. Die Soziallasten – Nebenansatz zur Verteilung – betrifft vor allen Dingen die Teilschlüsselmasse für die kreislichen Aufgaben, weil die Soziallasten weitgehend innerhalb der Landkreise und der beiden kreisfreien Städte, soweit sie die Kreisaufgaben wahrnehmen, sich bemerkbar machen. Die wird drastisch erhöht nach den Vorschlägen der Gutachterinnen und Gutachter. Sie beträgt bisher 5,7 als Rechenfaktor und wird künftig 22,23 betragen. Das ist circa ein Faktor 3,5-mal höher als bislang.

Weil das zu ganz erheblichen Verschiebungen zwischen den Beteiligten führt, wird das in drei Schritten umgesetzt. Der erste Schritt verdoppelt zunächst, und dann wird in zwei weiteren kleineren Schritten die Anpassung auf diesen deutlich höheren Wert vorgenommen. Profitieren tun hier vor allen Dingen Schwerin, ein wenig Rostock und die drei östlichen Landkreise, weil dort die Soziallasten/Belastungen einfach deutlich ausgeprägter sind, als sie es in anderen Bereichen des Landes sind.

Zu guter Letzt gibt es einen größeren Batzen von Nebenansätzen. Erneut zählt der eine Einwohner ein bisschen mehr als 1,0 für die verschiedenen zentralörtlichen Funktionen. Es gibt Grundzentren, Mittelzentren, Oberzentren. Und weil die Überlegung ist, dass die in der Regel auch für ihr gesamtes Umland Aufgaben mit übernehmen, kriegen sie quasi pro Einwohner etwas obendrauf, damit sie diese Dinge finanzieren können. Die zentralörtlichen Nebenansätze haben die Gutachter überprüft. Ich quäle Sie jetzt nicht mit Einzelwerten. Sie werden geringfügig angepasst, sind aber bei Oberzentren und Mittelzentren ziemlich genau im Bereich dessen, was wir schon in den letzten Jahren angewendet haben.

Einziger Wermutstropfen ist, die Gutachter haben vorgeschlagen, den Grundzentren keinen Zuschlag mehr zu geben, weil sie davon ausgehen, es gäbe dort keinen Effekt.

Wir haben uns – das ist die zweite Abweichung – dagegen entschieden. Wir würden den Nebenansatz, zumindest schlagen wir es Ihnen so vor, beibehalten, weil wir bei den über 90 zentralen Orten im Lande wissen, dass mehr als die Hälfte Grundzentren sind. Die haben oft in einem großen Radius trotzdem mit dem Hausarzt vor Ort und der Apotheke und der Physiotherapeutin eine Funktion. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, diese Funktion auch weiterhin finanziell abzubilden. Die Gutachterinnen und Gutachter hatten, nein, Gutachter hatten schon beim letzten Mal Bedenken, ob der Nebenansatz anzuwenden sein sollte. Wir würden ihn weiterhin, im Übrigen Arm in Arm auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Raumordnung vorschlagen. Die Grundzentren sollten weiterhin für diese besondere Aufgabe auch besondere Unterstützung erhalten.

Zu guter Letzt haben wir zwei kleinere Faktoren. Es gab einen Nebenansatz für Demografie, den haben wir ausprobiert. Die Gutachter sagen, entgegen ihren Erwartungen vor vier/fünf Jahren im Gutachten haben sie keinerlei positiven oder negativen Effekt feststellen können, und schlagen vor, den abzuschaffen. Dem würden wir folgen. Und es gibt eine noch mal besondere Volte, die das Gesetz schlägt, die sogenannte Mindestfinanzausstattung. Was steckt da gedanklich hinter? Gedanklich steckt dahinter, dass man schaut, was eine Kommune quasi pro Einwohner im Durchschnitt an Finanzausstattung hat. Und wenn man deutlich unter diesen Durchschnitt runtersinkt, dann wird aufgefüllt, damit man wenigstens in die Nähe dieses Durchschnitts kommt.

Die Frage ist eben, ab welchem Wert, ab welcher Unterschreitung dieses Wertes dieses Hilffssystem greift und auf welches Niveau dieses Hilffssystem dann wiederum angleicht. Die Kollegen der Kommunalabteilung sprechen ein bisschen liebevoll von der „kommunalen Finanzsozialhilfe“ – die Idee also, ein zumindest Mindestniveau herzustellen. Wir hatten uns entgegen des Vorschlags der Gutachter vor einigen Jahren auf 90 : 90 festgelegt. Die Idee war vor allen Dingen, sehr finanzschwachen Kommunen einmal ein paar Jahre lang die Chance zu geben, aus der zum Teil hohen Schuldenbelastung herauszuwachsen, zu gut Deutsch, vom Durchschnitt. Wer mehr als 90 Prozent unter den durchschnittlichen Finanzausstattungen lag, bekam eine Auffüllung, und zwar auf 90 Prozent dieser durchschnittlichen Finanzausstattung.

Die Gutachter – noch mal – hatten letztes Mal schon gesagt, 85 : 85 sei nach ihrer Überzeugung die Obergrenze. Sie haben das diesmal noch wieder einmal sehr deutlich betont, haben insbesondere sehr umfänglich Prüfung vorgenommen, wie stark es auch für diejenigen, die Gewerbegebiete ausweisen, hemmend wirken mag, das noch zu tun, weil ich am Ende wenig oder gar keinen Effekt habe. Wir folgen daher mit dem Gesetzesvorschlag jetzt dem wiederholten Vorschlag der Gutachter, auf ein 85 : 85-Niveau hinunterzugehen. Zu gut Deutsch, wer vom Durchschnitt 85 Prozent, weniger als 85 Prozent bekommt, bekommt erneut eine Auffüllung, zumindest bis auf 85 Prozent dieses durchschnittlichen Niveaus. Aber das soll nach Überzeugung der Gutachter deutlich mehr Motivation vor allen Dingen für etwas wohlhabendere oder günstig gelegene Kommunen erzeugen, tatsächlich Geld in die Hand zu nehmen. Und das ist die Aufgabe, die damit verbunden ist, um Gewerbegebiete zu erschließen und dementsprechend umzusetzen.

Wir versuchen also damit jetzt ein Stück weit einen stärkeren Spagat. Wir sind nicht unwesentlich – Sie sicherlich in Gesprächen auch – kritisiert worden von den Gemeinden, denen es besser geht. Das ist der Versuch, ein Stück stärker dem damaligen Gedanken auch zu folgen und den jetzt aktuell aufzugreifen. Sie sehen also, weitgehend setzen wir die Gutachterempfehlung um – zwei Ausnahmen, das eine ist die stufenweise Angleichung bei den Soziallasten, und das Zweite ist, dass wir auf die Streichung für Grundzentren gerne verzichten würden. Wir schlagen es Ihnen zumindest so vor und würden uns freuen, wenn Sie dem folgen.

Sie finden darüber hinaus im Gesetz erstens die Anpassung der kommunalen Beteiligungsquote. Das ist das, was wir alle zwei Jahre begleitend zum Haushalt ohnehin vor Augen haben. Sie finden darin vor allen Dingen aber auch eine Anpassung, die wir bereits letztes Jahr mit den Kommunen vereinbart hatten zum Breitbandausbau. Der kommunale Eigenanteil wird über den kommunalen Aufbaufonds, also ein Instrument des FAG, umgesetzt – auch da eher eine technische Lösung. Und zu guter Letzt haben wir die sogenannten Ausgaben für den übertragenen Wirkungskreis überprüft. Auch das schlagen wir Ihnen mit dieser Änderung vor, umzusetzen im Haushalt. Gestern haben Sie uns dankenswerterweise schon die Möglichkeit gegeben, rund 40 Millionen mehr – noch mal, 40 Millionen Euro mehr – für den übertragenen Wirkungskreis in die kommunale Familie zu geben, weil

die Aufwendungen dort gewachsen sind. Dieser höhere Betrag wird gleichermaßen dann verteilt über das, was ich Ihnen eben an die Hand gab, über die entsprechenden Zuweisungen nach dem FAG.

Eine Änderung würden wir Ihnen gerne noch in den laufenden Beratungen dann der Ausschussarbeit an die Hand geben. Die Landkreise bitten, für zwei Jahre, abweichend von dem sonst üblichen Schlüssel, wie das Geld nur dieser Kreisaufgabenteilmasse auf die Landkreise für den eben genannten übertragenen Wirkungskreis verteilt wird, diesen Teil anders zu verteilen. Die haben unter sich sechs für zwei Jahre eine Sonderregelung sich vorgenommen. Wir würden Ihnen gerne antragen, wenn sich sechs Landkreise einig sind, für zwei Jahre etwas anderes zu wollen, das auch umzusetzen, auch wenn es nicht konkret dem System, wie wir es sonst rechnerisch täten, entspricht. Aber wenn sechs sich einig sind, und es sind nur die sechs Betroffenen, dann scheint es mir nicht fernliegend, Ihnen das zumindest vorschlagen zu dürfen. Das ist jetzt kurzfristig noch etwas, was wir Ihnen nachreichen würden in die Ausschussberatungen hinein.

Und da das Gesetz jetzt ohnehin auf dem Weg ist, würden wir Ihnen oder haben Ihnen auf den Weg mitgegeben ebenfalls die Vereinbarungen aus dem Kommunalgespräch von vor circa drei/dreieinhalb Wochen. Sie wissen, dass wir die Schlüsselmassen, dass wir die kommunale Finanzausstattung – auch wenn Sie mit anderen Zahlen agieren als wir –, dass wir die kommunale Finanzausstattung mit den zutreffenden, ...

(Torsten Renz, CDU: Mit den richtigen!)

Genau, Sie scheinen mir immer noch mit den alten zu argumentieren.

(Torsten Renz, CDU: Da hat Rot-Rot
was Falsches eingebracht.)

... dass wir die kommunale Finanzausstattung deutlich im gemeinsamen Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden angepasst haben. Aber diese Anpassungen brauchen Ihre Unterstützung im Gesetzgebungsverfahren.

Wir brauchen also im FAG entsprechende Änderungen:

Erstens – so war es vereinbart mit den kommunalen Spitzenverbänden –, dass die höheren Steuereinnahmen, die für die Kommunen mit der Herbststeuerschätzung für die kommenden beiden Jahre prognostiziert sind, bei ihnen bleiben und nicht, was sie eigentlich täten, über den Gleichmäßigkeitsgrundsatz in die große Masse der Schlüsselmasse hineinmüssen.

Zweitens, indem wir die Ausgleichs, die der Bund vornimmt für den sogenannten Investitionsbooster – das war ein großes Steuerentlastungspaket aus dem Sommer, vor allen Dingen für Investitionen von Unternehmen und die damit verbundenen Einnahmeausfälle auf der kommunalen und Landesseite, gibt der Bund den Ländern und Kommunen über einen Umsatzsteuerschlüssel zurück –, auch diese Beträge waren zugesagt, vollständig bei den Kommunen zu belassen. Auch das müssen wir entsprechend im FAG vorsehen, weil die normalen Mechanismen dazu führen würden, dass das durch den Fleischwolf kommt und gleichmäßig so wie immer verteilt würde. Wir nehmen es ausdrücklich für zwei Jahre aus diesem Fleischwolf raus und packen es gesondert in die entsprechende Schlüsselmasse hinein. Wir schöpfen darüber hinaus die Kreditaufnahmemöglichkeit des Kommunalen Ausgleichsfonds aus, um 60 Millionen Euro zusätzlich für die kommunale Finanzausstattung in den kommenden beiden Jahren bereitstellen zu können.

Und zu guter Letzt verlagern wir Abrechnungsansprüche – auch so ein wunderschönes Wort aus dem FAG-Deutsch. Gemeint ist, dass Sie immer in einem Haushalt aufgrund von Prognosen annehmen, wie viel Steuereinnahmen das Land insgesamt in den nächsten beiden Jahren hat. Und im Haushaltsvollzug erweist es sich dann nicht selten, dass die Steuereinnahmen höher oder niedriger ausfallen als prognostiziert, weil das Leben sich nicht immer an den Haushaltsplan hält. Das führt dann aber dazu, weil wir eine sehr feste Quote haben, wie die Kommunen an den Steuereinnahmen beteiligt werden, dass eventuell sie weniger bekommen – der Haushalt ging dann eben von geringeren Steuereinnahmen aus – oder umgekehrt mehr bekommen haben, weil wir von mehr ausgegangen sind. Und es gibt dann Mechanismen, dass zwei Jahre später die Kommunen entweder Geld nachträglich bekommen oder Geld zurückgeben müssen, damit man immer in diesem gleichen Verteilungsmaßstab bleibt.

Wir hätten aus den letzten Jahren erhebliche Rückforderungsansprüche. Die würden aber, wenn sie jetzt zusätzlich 26/27 aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgenommen werden, dort wirklich schmerzhaft sein. Deshalb würden wir Ihnen vorschlagen, für diese beiden Abrechnungsansprüche der kommenden beiden Jahre ebenfalls eine Ausnahmesonderregelung des FAG aufzunehmen, um die deutlich nach hinten zu legen und damit die Finanzausstattung der Kommunen 26 und 27 auf dem gemeinsam vorgesehenen deutlich höheren Niveau, nämlich von plus 155 Millionen Euro 2026 und plus 191 Millionen Euro 2027 vorzusehen.

Ich bin sehr dankbar, dass die kommunalen Spitzenverbände mit uns an dieser Stelle intensiv – durchaus auch kritisch, gar keine Frage – in Diskussionen eingetreten sind, aber wir gemeinsam für alle Beteiligten Lösungen gefunden haben, mit denen es gelingt, Stabilisierung in die kommunale Finanzausstattung zu bringen. Auch wenn – das gehört zur Vollständigkeit dazu – alle Haushalte auf Landes- wie Kommunalseite eng bleiben, mit dem FAG geben Sie uns jetzt aber die Möglichkeit, die Verabredungen umzusetzen. Ich wäre daher dankbar, wenn wir das gemeinsam im ersten Quartal auf die Reise bringen, denn dann können wir, wenn es im März als Gesetz käme, bereits die Zahlungen des gesamten Jahres 26 auf der Grundlage dieser neuen Regelung und damit verbesserter Regelung für die kommunale Finanzausstattung umsetzen.

Ich hoffe, ich konnte zumindest bei all der trockenen Masse ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um vier Minuten überschritten, das heißt zusätzliche Redezeit von einer Minute für die Oppositionsfraktionen.

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Enrico Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Bürger da draußen, liebe Steuerzahler da draußen! Heute geht es um das Thema „Kommunaler Finanzausgleich“. Bei diesem Thema werden hier im Plenum regelmäßig immer die gleichen Forderungen erhoben. Und welche das sein werden, das wird uns gleich wahrscheinlich die CDU-Fraktion hier noch mal an dieser Stelle vortragen. Deshalb erlauben Sie mir einen Versuch, nämlich einen Versuch, der ritualisierten Belanglosigkeit zu entkommen und zum Thema „Kommunale Finanzlage“ einmal nüchtern zu sprechen, werte Kollegen.

In einem Positionspapier vom Juli dieses Jahres schrieb der Städte- und Gemeindetag M-V von einer historisch beispiellosen Finanzkrise der Kommunen in den nächsten Jahren.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt beziehen Sie
sich ja auf meine Rede von gestern.)

Das Titelblatt des Positionspapiers zeigt eine dramatische Grafik: Ein roter Pfeil stürzt in einen Abgrund immer tieferer Defizite. Für 2024 wird dort für M-V ein kommunaler Finanzierungssaldo von minus 280 Millionen Euro angezeigt.

Suchen wir uns eine sachliche, eine nüchterne Darstellung der Lage, da kommt einem sofort der Landesrechnungshof in den Sinn. Der hat nämlich glücklicherweise vor wenigen Tagen seinen Kommunalfinanzbericht vorgelegt, und auch im Kommunalfinanzbericht gibt es einen dicken roten Balken für den negativen kommunalen Finanzierungssaldo. Auch dort ist von 280 Millionen Euro Defizit die Rede. Aber es gibt noch eine andere, steil ansteigende Linie dort zu sehen, werte Kollegen. Das sind die bereinigten Einnahmen der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2014 hatten die Kommunen bereinigte Einnahmen von rund 4

Milliarden Euro, im Jahr 2024 lag der Wert bei rund 7 Milliarden Euro. Das entspricht einem Wachstum von 75 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt M-V wuchs im gleichen Zeitraum nur um 50 Prozent. Der Staat, hier in seiner kommunalen Ebene, nimmt sich also einen immer größeren Anteil der von den, von den Bürgern erwirtschafteten Steuereinnahmen und geschaffenen Werte natürlich.

In Richtung Städte- und Gemeindetag muss ich deshalb ganz deutlich sagen, dass ich mir mehr Sachlichkeit beim Thema Kommunalfinanzen wünsche. Den Steuerzahlern kann die Forderung aller staatlichen Ebenen nach immer mehr Geld eben nicht mehr vermittelt werden, sehr geehrte Kollegen. Es wäre schön, wenn auch Kommunen, aber vor allem Land und Bund endlich mal versuchen, mit dem reichlich vorhandenen Steuergeld auszukommen, sehr geehrter Herr Kollege Renz von der CDU!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich habe deshalb keinerlei Verständnis, werte Kollegen, für die Forderung des Städte- und Gemeindetages, eine Notlage zur Aussetzung der Schuldenbremse zu erklären, wie es gefordert wurde. Fairerweise muss man sagen, dass unsere Kommunen am Ende der fiskalischen Befehlskette stehen. Ich glaube, das ist Ihnen allen bekannt, auch den Kommunalpolitikern unter uns. Bund und Länder, Bund und Land helfen ihnen laufend weitere Aufgaben und Standarderhöhungen über, oft ohne den vollständigen finanziellen Ausgleich dafür zur Verfügung zu stellen.

Das ist so, der übertragene Wirkungskreis schlägt immer mehr zu Buche. Ich kann das als Kreistagsabgeordneter natürlich auch an Beispielen festmachen. Völlig zu Recht wird seitens der Kommunen die von der Politik der Altparteien im Bund verursachte Explosion der Sozialkosten kritisiert. Dieser Kritik, der schließen wir uns an. Die im Kommunalgespräch 2025 vereinbarten Maßnahmen zur Dämpfung des Anstiegs der Sozialkosten sind zu begrüßen. Dazu soll die Landesregierung auch über den Bundesrat auf den Bund einwirken.

Sehr geehrte Kollegen, wir werden sehen, ob die jetzige SPD-geführte Landesregierung den politischen Willen hat, einer maßgeblich SPD-geprägten

Sozialpolitik der Bundesregierung entgegenzutreten. Da bin ich in der Tat gespannt, ob sich das wirklich so umsetzen lässt.

Im Kommunalgespräch 2025 wurden auch eine Reihe von Abreden zu kommunalen Investitionen getroffen. Hier geht es insbesondere um die Verwendung der Sonderschulden. So muss man es ja ganz klar sagen. Für Infrastruktur und Klimaneutralität – drei Investitionsbudgets im Umfang von 780 Millionen Euro soll es dazu geben. Dazu wird gleich auch noch von Ihrer Stelle sicher viel zu hören sein.

Ich möchte für meine Fraktion hier den nüchternen, verantwortungsvollen Blick auf die kommunalen Investitionen wagen, sehr geehrte Damen und Herren. Sehen wir uns einmal meinen Heimatlandkreis, die Mecklenburgische Seenplatte an. Im Jahr 2024 bestanden Gesamtermächtigungen für Investitionen in Höhe von 250 Millionen Euro. Die Investitionsauszahlung betrug allerdings nur 58 Millionen Euro. Es wurden also lediglich 23 Prozent der geplanten Investitionen umgesetzt. Im Jahr 2023 lag die Umsetzungsquote bei 40 Prozent. Als Gründe dafür gibt der Landkreis MSE akute Lieferengpässe, Kapazitätsmangel in der Verwaltung, bei Firmen und Ingenieurbüros an und natürlich rasant gestiegene Kosten. Das ist ja auch, na, wirklich so nachvollziehbar. Die Stadt Rostock schaffte in 2024 66 Prozent Umsetzungsquote, der Durchschnitt, 2014 bis 2024 lag die Umsetzungsquote bei 50 Prozent. Und dann schaue ich mir noch mal die Stadt Schwerin an: 2024, Umsetzungsquote lediglich 46 Prozent. Die Werte in den Vorjahren lagen zwischen 30 und 40 Prozent Umsetzungsquote.

Laut KfW-Kommunalpanel 2025 lag deutschlandweit die Umsetzungsquote aber bei rund 66 Prozent. Da haben wir in der Tat eine Diskrepanz zu Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben also bereits jetzt hier in M-V vielfach massive Umsetzungsprobleme bei kommunalen Investitionen. Die Mittel aus den Schulden des Bundes werden kommunale Investitionskredite ersetzen. Statt die Kommunen verschuldet sich der Bund allerdings, werte Kollegen. Das entlastet die Kommunen, aber für den Steuerzahler wird sich da nichts ändern, denn letztlich ist der Steuerzahler derjenige, der dafür geradestehen muss.

Eine reale Erhöhung der kommunalen Investitionstätigkeit wird es leider nicht geben. Bereits jetzt greifen harte Engpässe bei Bauverwaltung und Bauwirtschaft. Wo linke Bildungs- und Schulpolitik Studienabbrecher produziert statt Bauingenieure und Handwerker, kann nicht mehr gebaut werden, auch wenn Geld da ist. Wo linker Klimawahn herrscht, gehen Rohstoffe und Arbeitsstunden eben in Windmühlen statt in Straßen und Schulen, sehr geehrte Kollegen!

Wir sehen hier, wie die von linker Politik und ihren schwarzen Erfüllungsgehilfen über Jahre und Jahrzehnte geschaffene Probleme auch nicht mit Milliardenschulden zu kompensieren sind. Verantwortungsvolle Politik, werte Kollegen, sucht ihr Heil nicht in Schuldenorgien, sie steht für eine regelbasierte, verlässliche, vorhersehbare kommunale Finanzausstattung. Und das haben wir hier an dieser Stelle schon immer wieder gefordert. Effekthascherische, intransparente, unberechenbare Kommunalgespräche oder Kommunalgipfel – Herr Pegel, ich weiß jetzt nicht, wie es heißt, heißt es jetzt noch Kommunalgipfel, dann ist ja die Ministerpräsidentin dabei, beim Kommunalgespräch offensichtlich nicht, aber ich bin jetzt völlig irritiert, wie das jetzt heißt, ist es ein Kommunalgespräch, da können Sie ja vielleicht noch mal für Aufklärung sorgen –, das brauchen wir nicht. Wir sind der Haushaltsgesetzgeber. Hier soll das entschieden werden.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen anstatt bürokratischer Fördertöpfchen wieder Bürgerfonds oder der Vorpommernfonds ...

Nein, jetzt nicht, Herr Renz!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult, Ihre Redezeit ist um.

Enrico Schult, AfD: ... brauchen wir einfach zu handhabende Investitionspauschalen und Schlüsselzuweisungen.

Ich freue mich dennoch auf die Beratung im Ausschuss, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Kommen Sie bitte zum Ende!

Enrico Schult, AfD: ... sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Es liegt ein Antrag auf Kurzintervention vor durch Herrn Renz.

Bitte schön!

Torsten Renz, CDU: Ja, Herr Schult, ich will Ihnen einfach die Gelegenheit geben, hier noch mal für Aufklärung zu sorgen, weil die Rede, so, wie ich sie wahrgenommen habe, immer wieder in Richtung der ehrenamtlichen Stadtvertreter oder Gemeindevertreter ging, Sie in den Raum gestellt haben, dass sie nicht verantwortungsvoll mit dem Geld umgehen, was ihnen zur Verfügung steht. So haben Sie es zum Ausdruck gebracht, auch immer wieder ganz explizit in Richtung CDU, was ich natürlich zurückweise.

Unsere Ehrenamtlichen vor Ort gehen sehr bewusst mit dem Steuergeld um. Das will ich noch mal deutlich sagen. Und wenn ich berichten darf aus dem Erleben vor Ort, dann ist es eben so, dass eben auch Vertreter Ihrer Partei beziehungsweise Ihrer Fraktion dem Haushalt zum Beispiel in der Stadt Güstrow zustimmen.

(Beifall Marcel Falk, SPD –
Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Insofern will ich einfach mal feststellen, dass sicherlich Ihre Analyse, dass zusätzliche Aufgaben vom Bund beziehungsweise vom Land nicht ausfinanziert sind, dass ich diese Analyse teile, aber den Vorwurf einfach für die Ehrenamtler zurückweise, dass dann vor Ort nicht verantwortungsbewusst mit Steuergeld umgegangen wird, dass ich

den so nicht teile und diesen Vorwurf einfach im Namen der Ehrenamtler zurückweise.
– Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

Enrico Schult, AfD: Ja, sehr gerne!

Herr Renz, da brauchen Sie nicht zurückzuweisen, weil der Vorwurf gegenüber den Ehrenamtlern gar nicht so formuliert wurde.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich bin selbst stellvertretender Bürgermeister meiner Heimatgemeinde, Herr Renz.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Ich weiß, ich weiß um die finanziell prekäre Situation der Kommunen. Ich weiß um die finanziell prekäre Situation auch des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte. Wir hatten am Montag Haushaltsberatungen. Es wurde sozusagen eifrig debattiert, und immer wieder natürlich der übertragene Wirkungskreis wurde da angesprochen, dass Aufgaben, die vom Land oder vom Bund beispielsweise an die Kommunen übertragen wurden, dass die eben nicht ausfinanziert, entsprechend ausfinanziert wurden. Da haben wir gar keinen Dissens. Im Gegenteil, das sehe ich ganz genauso wie Sie.

Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, und das ist eben diese Kritik, die ich auch insbesondere an den Städte- und Gemeindetag richten möchte, dass es nicht mit immer mehr Schulden getan ist. Denn was haben wir jetzt gemacht? Auf dem Kommunalgipfel hat man sich zusammengesetzt. Man hat sozusagen Geld genommen, was gar nicht da ist, das hat man verteilt. Alle freuen sich, die Bürgermeister freuen sich, die Landräte freuen sich. Aber wir wissen doch beide

selber, dass das keine Investitionen sind, die jetzt die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern oder in Deutschland ankurbeln werden. Das sind Investitionen, die aus dem regulären Haushalt, und das sagt ja unser Landeshaushalt auch eindeutig aus, die aus dem regulären Haushalt herausgenommen wurden, jetzt sozusagen in dieses Sondervermögen gepackt werden. Und da werden jetzt Schulen und Polizeigebäude und Feuerwehren und so weiter davon finanziert.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr!)

Und das ist eben diese Kritik, die ich noch mal deutlich hier formuliere.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist
nicht wahr! Sie arbeiten mit Lügen!)

Die Kritik am Land, die Kritik am Bund und natürlich die Aufforderung, die Erwartungen
...,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Lassen Sie mich bitte aussprechen!

... die Erwartungen insbesondere an die Kreisverwaltung, auch in der Seenplatte, wo es massiven Stellenaufwuchs gab, dass man selber natürlich schaut, wo kann ich jetzt Einsparungen generieren, innerhalb der Verwaltung, bei den Mitarbeitern natürlich, und natürlich immer zu sagen, nein, das geht nicht, das geht nicht, das geht nicht, das ist uns zu einfach. Und deshalb sagen wir ganz klar, die Kommunen sind selbst – wie der Kommunalfinanzbericht das ja auch deutlich ausformuliert –, die Kommunen selbst sind hier in der Pflicht. Aber eine Kritik an Ehrenamtlichen werden Sie von mir nie hören, weil ich ja selber und viele unserer Parteikollegen natürlich auch

(Torsten Koplin, Die Linke: Ach deshalb!)

ehrenamtlich tätig sind und die Probleme kennen in den Kommunen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Inhalten des Gesetzes hat der Minister ja schon sehr umfangreich ausgeführt. Deshalb erspare ich uns da die Wiederholungen, was so im Gesetz steht, komme noch auf ein/zwei Punkte nachher zurück.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem wir nun von Herrn Schult gehört haben, was eigentlich alles falsch läuft aus seiner Sicht mit der Finanzierung der Kommunen, ...

(Enrico Schult, AfD: Sie waren ja auch
beteiligt daran, Herr Reinhardt!)

Ja, ja, ja, bleiben Sie ganz ruhig, Herr Schult!

... habe ich von Ihnen aber jetzt auch wenig echte Lösungsansätze gehört. Eigentlich habe ich gar keinen gehört,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Das ist nicht seine Stärke.)

außer, dass der Staat mit seinem Geld auskommen soll und den Kommunen dann doch noch irgendwie mehr geben soll. Das war jetzt so ungefähr der Lösungsvorschlag,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

obwohl ich, genauso wie mein Kollege Renz, ja auch die Analyse teile, was den übertragenen Wirkungskreis betrifft. Da reden wir, ich würde sagen, seit 20 Jahren drüber, dass das immer mal wieder so passiert, dass Gesetze übertragen werden und sie nicht ausfinanziert werden.

Vielleicht müssen wir uns da aber auch mal von einer anderen Richtung nähern, vielleicht müssen wir einfach mal sagen, wir beklagen das immer, vielleicht sagen wir einfach auch mal von unten, und das wird schwer genug werden, welche Standards wollen wir dann nicht mehr – da kommt man in schwierige Diskussionen –, sollen die Kindergartengruppen vergrößert werden, wollen wir irgendwas in der Behinderten-/Altenpflege. Das ist eine schwierige Diskussion, der werden wir uns aber stellen müssen, weil in der Tat wird das Geld wahrscheinlich nicht mehr werden. Insofern rufe ich uns dazu auf – ich sehe das, ich unterstütze zum Beispiel auch die Klage, ich glaube, das ist der Landkreis Vorpommerns-Greifswald gegen das KiföG, weil ich da, und das merken wir, glaube ich, alle in unseren Kommunalhaushalten, dass das doch sehr doll explodiert ist und dass dort doch auch die Kommunen, trotz einer Erhöhung des Landesanteils, das will ich durchaus sagen, trotzdem aus meiner Sicht überfordert werden –, insofern rufe ich uns dazu auf, das nicht immer nur weiter zu beklagen, sondern vielleicht auch mal von unten zu gucken, gemeinsam, welche Standards können denn verändert oder gar abgeschafft werden. Das ist keine leichte Diskussion, die wir uns dann da vornehmen.

Ansonsten ja, wenn wir uns das Land angucken, die Landkreise rechnen mit mehr als 300 Millionen Defizit im nächsten Jahr. Selbst, wenn es dann nur 250 werden, ist das eine immense Summe. Rostock, Schwerin kommen dazu mit hohen zweistelligen Millionenbeträgen. Wir haben das auch aus Wismar gehört, Herr zukünftiger Senator, womit Sie sich da rumschlagen dürfen werden – sicherlich auch keine beneidenswerte Aufgabe. Und das lässt einen tatsächlich ein wenig ratlos. Und wir standen schon einmal vor so einer Problematik, ich glaube, sie war zwar nicht ganz so prekär, als wir 2019/2020 das alte FAG gemacht haben und auch damals mit Unterstützung des Bundes über 300 Millionen an die kommunale Ebene zusätzlich runtergegeben haben. Das war, damals war Licht am Tunnel zu sehen bei vielen Gemeinden, das war so, wir müssen aber heute konstatieren, dass dieses Licht am Tunnel völlig verschwunden ist und wir eigentlich, wenn die nächsten zwei Jahre so eintreten, wir noch weiter in den

Tunnel reingefahren sind, als wir jemals drin waren. Insofern stehen wir da vor großen Problemen.

Es ist so, mit dem Kommunalgespräch, was stattgefunden hat, hat sich die Lage ein bisschen verbessert, aber auch nur ein klein wenig. Ich glaube, bei uns in der Seenplatte, wir waren ja am Montag dabei, Herr Schult, ging das jetzt irgendwie um 5 Millionen, die es dann, ne, um 10 Millionen,

(Enrico Schult, AfD: 10!)

10 Millionen waren es,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

die sich der Haushalt verbessert. Es bleiben am Ende trotzdem 60 Millionen geplantes Defizit im nächsten Jahr über. Und es stimmt auch, diese Verbesserungen sind zunächst zu großen Teilen zum einen auf Kredit aus dem kommunalen Ausgleichsfonds, den wir ab 2028 zurückzahlen müssen, und es sind Verschiebungen von Abrechnungsbeträgen, der Minister hat es genannt, auch die müssen ab 2028 weiter zurückgezahlt werden. Insofern ist das ein Erkaufen von Zeit, man könnte auch sagen, es ist ein Bumerang, der auf uns 2028 zurückfällt.

(Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Natürlich kann man auch sagen, die Koalition hat sich ein wenig übers Wahljahr Zeit gekauft. Wir werden da 27 in sehr ernste Gespräche eintreten, wenn es nicht tatsächlich zu einem neuen Geldregen kommt. Danach sieht es zurzeit nicht aus.

Und dann will ich auf eine Sache noch eingehen, Herr Minister, die Sie gesagt haben. Das ist der Nebenansatz für die Grundzentren, wo ja die Gutachter erklärt haben, dass sie den nicht für notwendig erachten. Sie haben dann gesagt, Ja, das sind Orte, die halten Ärzte, Apotheken, Schulen, Kindertagesstätten vor. Das stimmt so weit, es gibt aber auch Orte darunter, die das ebenfalls tun, und die kriegen diesen Nebenansatz nicht. Das bedeutet am Ende, wenn, ich glaube, es sind 70 Grundzentren, wenn ich

da so ganz, oder 68, wenn diese 68 das bekommen, bekommen die darunter ja schon mal weniger – weil irgendwo muss es ja herkommen – und haben zum Teil die gleichen Aufgaben und kriegen dann nicht diesen Nebenansatz. Insofern, das würde ich dann auch gern im Innenausschuss und auch im Finanzausschuss vielleicht im Zusammenhang mit der Mindestfinanzgarantie näher beleuchten und auch intensiv diskutieren, ob es tatsächlich richtig und sinnvoll ist und der Gerechtigkeit dient.

Ich kenne die Diskussion der letzten Jahre um die Grundzentren. Ich komme nun mal aus einer Stadt, die kein Grundzentrum ist, deshalb beleuchtet man das vielleicht auch immer ein wenig aus der eigenen Sicht, das will ich gar nicht verhehlen. Aber es gibt ja viele solche Orte, die früher ländlicher Zentralort, glaube ich, hießen. Auch darüber kann man ja nachdenken, ob man so etwas wieder einführt. Aber ich denke, hier müssen wir uns ehrlich machen und tatsächlich dann auch eine Lösung finden, die dann allen Siedlungsschwerpunkten, so will ich es mal sagen, gerecht würde. Deshalb freuen wir uns auf die Diskussion, stellen uns der auch und stimmen der Überweisung in den Innenausschuss und, ich nehme an, in den Finanzausschuss natürlich zu. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und René Domke, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Teilnehmende des Jugendcamps der Europaschule Rövershagen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier im Landtag sind.

Ich rufe auf für die Fraktion Die Linke Herrn Bruhn.

Dirk Bruhn, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Renz – ist noch nicht da.

Dann wollen wir uns die Zahlen noch einmal ordnen, aber bevor wir dies tun, möchte ich ein Zitat, das Sie gestern verwendet haben, vollständig vortragen. Herr Renz hat den ersten Satz herausgesucht, ich meine das Zitat des Bürgermeisters der Hansestadt Wismar, Thomas Beyer: „Die Lage des städtischen Haushalts für die kommenden zwei Jahre ist angespannt. Dennoch war es bislang immer Konsens zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, auch in einer schwierigen Situation weiter in die Infrastruktur zu investieren und auch weiterhin ein gutes Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten. Und ich bin mir sicher, dass das auch künftig so bleiben wird. Es gab auch in jüngster Zeit gute Gespräche der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung und es wurde den Kommunen Unterstützung zugesagt.“ Zitatende.

Ich könnte Ihnen noch weitere Zitate heraussuchen von Vertretern der kommunalen Familie, die mit dem Abschluss des Kommunalgipfels einverstanden sind. Die von Herrn Renz gestern genannten Schlüsselzuweisungen basieren auf dem Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Sie wurden nach Punkt und Komma des Gesetzes errechnet. Das waren zum damaligen Zeitpunkt für das Jahr 2026 887 Millionen und für das Jahr 2027 749 Millionen. Zum Vergleich die Vorjahre: 2020 964, 2021 981, 2022 978 und 23 und 24 jeweils etwas über 1 Milliarde Euro.

Dazu muss man wissen, dass die Schlüsselzuweisungen nur einen Bestandteil der jährlichen Finanzausgleichszahlungen sind. Hier der Vergleich mit den Vorjahren: 2024 betrugen Finanzausgleichsleistungen 1,535 Milliarden Euro, 2025 1,54, 26 sind veranschlagt 1,328 Milliarden Euro und für 2027 1,292 Milliarden Euro.

Wie gesagt, das waren frühere Planzahlen, alle waren sich bewusst, dass das nicht das Ergebnis sein könnte. Es wurde ein Kommunalgipfel bewusst auf einen Zeitraum nach der Herbststeuerschätzung terminiert. Man könnte das vergleichen, dass man sich eine Baustelle anguckt, die gestern begonnen hat, zwei Lagen Steine liegen und man behauptet, das Haus hat nur zwei Lagen Steine. Eines Aufstandes der Kommunalpolitiker, so, wie ihn Herr Renz gestern eingefordert hatte von unserer Seite, bedurfte es nicht, da sich jeder seiner Verantwortung bewusst war.

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig! –
Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr richtig!)

Die Ergebnisse des Kommunalgipfels kurz zusammengefasst: Es ergibt sich eine Verbesserung zum früheren Haushaltsentwurf von 2026 von 155 Millionen Euro und für 2027 eine Verbesserung von 191 Millionen Euro. Wenn man die eigene Finanzkraft der Kommune und die Finanzausgleichszahlungen des Landes zusammenfasst, ergibt sich folgendes Bild. Die Finanzausstattung beträgt für die einzelnen Jahre wie folgt: 2024 3,22 Milliarden Euro, 2025 3,3 Milliarden Euro, 2026 3,38 Milliarden Euro, 2027 3,4 und für 2028 3,38 Milliarden Euro. Das sind dann noch Abweichungen im unteren einstelligen Bereich.

Natürlich wissen wir, dass wir mit diesen Zahlen nicht alle Probleme lösen können, aber mehr war nicht möglich. Und natürlich hat auch die Bundesregierung eine Verantwortung, weil in vielen Bereichen durch die Bundesgesetzgebung die tatsächlichen Erfüllungsaufwände oder Kostenfolgen weit über die ursprünglichen Gesetzesfolgenabschätzung hinausgehen. Da gab es ja auch schon die ersten Beihilfen.

Ich möchte persönlich, Herr Renz, noch sagen – aber, ist er hier,

(Jeannine Rösler, Die Linke: Der ist nicht da.)

ich weiß es nicht.

(Torsten Koplin, Die Linke: Der ist gerade raus.)

Na gut, ich sage es trotzdem, vielleicht kann er es sich nachher anhören.

Ich habe mich immer bemüht, Ihre Aussagen zu Bildungspolitik, Kinderbetreuung für mich zu erschließen und zu erfassen. Aber wenn ich jetzt feststelle, dass Sie mit Halbwahrheiten arbeiten und Unwahrheiten, werde ich das nicht mehr tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Da ich ja vorsichtig sein muss mit den Worten „Halbwahrheiten“, „Unwahrheiten“, möchte ich es belegen. Halbwahrheiten sind Arbeit mit alten Zahlen, und Unwahrheiten sind, dass wir das Gymnasium abschaffen wollten.

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke)

Für mich steht die Frage der sehr geschätzten Kollegin Tegtmeier von gestern Abend noch unbeantwortet im Raum.

Zu Herrn Schult: Wenn man so wenig Interesse an kommunaler Finanzpolitik hat, warum macht man denn so was?

(Enrico Schult, AfD: Was, haben
Sie mir nicht zugehört, Herr Bruhn?!)

Ich habe zugehört, aber trotzdem würde ich mir etwas von einem ...

(Enrico Schult, AfD: Dann haben Sie nicht
verstanden, was ich gesagt habe.)

Nein, verstanden habe ich das auch. Sie haben viel Falsches gesagt, dass Sie ...

(Michael Meister, AfD: Das war alles richtig! –
Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Ich hatte, glaube ich, sieben Minuten. Hatte ich nicht sieben Minuten?

(Unruhe im Präsidium –
Schriftführer Christian Brade: Ich habe nur fünf.)

Na gut, dann ist es ... – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Es tut mir leid, aber das waren tatsächlich nur fünf Minuten, da war keine zusätzliche Redezeit beantragt.

(Torsten Koplin, Die Linke: Doch,
gestern, hatten wir angemeldet.
Ich nehme es auf mich. Sorry!)

Ich rufe auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Dr. Terpe.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte bei der Rede von Herrn Schult so den Eindruck, dass er gescheut hat, sich der intellektuellen Belastung zu stellen, sich auch mal mit dem FAG auseinanderzusetzen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern können wir ja sonst auch eine Tagesordnung für den Landtag machen, wir reden einfach mal und gehen gar nicht nach der Tagesordnung.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Wenn man sich den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern anschaut, könnte man meinen, das wäre ein ganz normaler Vorgang, nicht weiter groß beachtenswert. Im FAG sind regelmäßige Intervalle der Überprüfung der Finanzbeziehungen vereinbart, diese sind jetzt fällig und entsprechend wird jetzt eine Anpassung vorgenommen. Das

Ganze auf Basis von Gutachten, nicht als Ergebnis eines Feilschens – alle können zufrieden sein.

(Enrico Schult, AfD: Nein,
nur der Steuerzahler nicht.)

Ich war zufrieden, dass zumindest der Minister auch gesagt hat, vor welcher Matrize das alles stattfindet.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Auch wenn dieser Eindruck für weite Teile des Gesetzentwurfes stimmen sollte, so wird bei näherer Betrachtung doch deutlich, dass es um weit mehr geht, insbesondere für die Kommunen, denn, wie wir auch gestern im Rahmen der Haushaltsberatungen gehört haben, den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Und mit diesem Gesetzentwurf versucht zumindest die Landesseite einen Beitrag zu leisten, dass es nicht noch schlimmer kommt.

Bei aller notwendigen Kritik muss man auch sagen, dies ist ein richtiger Schritt. Gut ist, dass mit dem Gesetzentwurf die von uns lange geforderte Klarheit zur Umsetzung der Mittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz in den Kommunen beginnt. Genau diese Klarheit mithilfe einer Änderung des FAG umzusetzen, war die erste Forderung unseres Antrags im Juli dieses Jahres. Gut ist auch, dass mit der Anpassung des Paragraphen 6 die für die Kompensation der Steuermindereinnahmen der Kommunen zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Anteile an der Umsatzsteuer vollständig bei den Gemeinden verbleiben. Damit wird eine weitere unserer Forderungen aus eben dem genannten Antrag aus dem Sommer umgesetzt.

Aber der Gesetzentwurf enthält auch bittere Pillen. So ist die Absenkung der kommunalen Beteiligungsquote ein schwerer Schlag, der unsere Kommunen vor große Herausforderungen stellen wird. Und ob die endlich gestiegenen Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis wirklich die tatsächlichen Kosten decken, das

werden wir uns noch genauer anschauen müssen, ich glaube, das wird die Zukunft zeigen.

Klar ist schon jetzt, die Probleme der Kommunen können nur gemeinsam mit dem Bund gelöst werden. Dass die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Veranlassungskonnexität – also das hat ja gerade erst stattgefunden – ohne tatsächliche Ergebnisse endete, ist kein gutes Omen. Hier muss die Landesregierung sich noch deutlich stärker einbringen für uns und klarmachen, wenn die Kommunen nicht schnell umfangreich entlastet werden, droht dort der finanzielle Kollaps.

(Beifall Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Forderung, dass das Land keinen weiteren Belastungen der Kommunen im Bundesrat zustimmt, bleibt daher bestehen und ist angesichts der aktuellen Zahlen so dringend nötig wie nie, also handeln Sie auch danach! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Der Abgeordnete Dr. Harald Terpe
verlässt das Rednerpult.)

Mir liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Schult vor.

(Marc Reinhardt, CDU: Zurück! –
Enrico Schult, AfD: Na, das kann ich
doch nicht so stehen lassen. – Zuruf von
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Enrico Schult, AfD: Das kann ich doch nicht so stehen lassen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na denn!

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Dr. Terpe, es treibt mich natürlich noch mal hier ans Mikrofon. Ich bin ja nun selber stellvertretender Bürgermeister, ich bin auch hier im Finanzausschuss und leite den Finanzausschuss meiner Heimatgemeinde. Natürlich sind mir die Probleme der Kommunen bekannt, seit Jahren schon. Das Problem, was ich zum Beispiel habe oder meine Gemeinde, wir bekommen Fördermittel für E-Ladesäulen für Elektroautos, aber da fährt kein Elektroauto, da fährt quasi, kein Tourist kommt bei uns ins Dorf. Aber 15.000 Euro für einen Gehweg sind einfach nicht drin.

Daher ist meine Botschaft, die ich auch noch einmal an Sie senden möchte, denn Sie sind ja quasi auch der Urheber dieser Sonderschulden, was ja auch beispielsweise auf Bundesebene nur mit den Stimmen der GRÜNEN durchzuführen war. Das ist das große Problem, was ich für die Zukunft sehe, und das hat ja der Kollege Reinhardt auch deutlich skizziert, dass wir das Verschieben der Probleme in die Zukunft – wir haben nächstes Jahr Landtagswahl hier, wir wissen alle, warum jetzt mit einmal so viel Geld lockergemacht wird für die Kommunen, das ist nämlich der Casus knacksus hier –, aber trotzdem verschieben wir die Probleme in die Zukunft. Wir nehmen Geld auf, das ist so, als wenn wir zur Bank gehen, einen Lottoschein kaufen für 10.000 Euro und hoffen, dass wir einen Lottogewinn sozusagen einfahren, erzielen.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Das ist das Dilemma, vor dem wir stehen, aber wir müssen doch an die Ursachen ran, wir müssen an die Struktur ran, wir müssen tatsächlich die Sozialabgaben reduzieren.

(Torsten Koplin, Die Linke: Aha!)

Aber glauben Sie doch nicht ernsthaft, dass das gelingen wird auf Bundesebene,

(Zuruf von Michael Meister, AfD –
Torsten Koplin, Die Linke:
Das ist Ihre Lösung, Herr Meister?)

dass das nämlich – das ist doch gerade das Thema der SPD –, also da bin ich deutlich kritischer und skeptischer.

(Unruhe bei Michael Meister, AfD,
und Torsten Koplin, Die Linke)

Das ist ein Verschieben der Probleme in die Zukunft, das habe ich mit meinem Redebeitrag deutlich ausgeführt, Finanzbeziehungen Land und Kommunen, das ist ja im FAG geregelt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf antworten?

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da möchte ich drauf antworten.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zumindest war die Sache mit dem Lottoschein jetzt auch keine intellektuelle Meisterleistung, das muss man schon sagen dazu.

Und natürlich kann man wirtschaftspolitisch auch mit aufzunehmenden Krediten, wenn man sie wirklich der Zukunft widmet, sehr viel anstellen, und das ist auch richtig so.

(Jeannine Rösler, Die Linke: Richtig!)

Dass wir mit dem gesamten Kredit jetzt auch etwas machen, was in der Vergangenheit versäumt worden ist, nämlich eigentlich aus Abschreibungen investieren, das wissen wir, da war Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, er ist dann auch nicht so ganz sattelfest,

aber richtig ist, wir müssen investieren, und wir müssen in Zukunftssachen investieren, und dann kommen wir auch aus der möglichen Umschlingung sozusagen der immer wieder strukturellen Haushaltsdefizite raus. Das ist die einzige Möglichkeit. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ja, alle Jahre wieder kann man fast sagen, alle zwei Jahre wieder unterhalten wir uns hier über das Finanzausgleichsgesetz, was natürlich folgerichtig ist, da regelmäßig vor oder mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt auch Änderungen am Finanzausgleichsgesetz erforderlich sind, allein schon, weil sich die Finanzströme verändern. Und gute Sitte ist es dabei mittlerweile seit vielen Jahren, dass in diesem Zusammenhang Kommunalgespräche natürlich aufgenommen werden,

(Zuruf von René Domke, FDP)

um sich auf tragfähige Lösungen bei sich verändernden Finanzströmen zu einigen. Kommunalgespräche, das wurde vorhin gefragt oder angesprochen, hießen tatsächlich früher Kommunalgipfel, waren aber auch Kommunalgespräche, also Gespräche zwischen Landesregierung hauptsächlich und kommunaler Ebene, teilweise auch unter Beteiligung von Abgeordneten – Herr Reinhardt war auch schon mit dabei, ich nämlich auch in der Vergangenheit –, und das ist ein sehr effektives Instrument, um Lagen zu erörtern und Verhandlungen zwischen Land und kommunaler Ebene zu führen.

Und schade, dass Herr Renz jetzt nicht da ist, weil was Herr Renz hier gestern Abend gesagt hat, das hat mich doch so ziemlich aus der Fassung gebracht, weil für mich hörte sich das sehr merkwürdig an. Also da wir in gemeinsamer

Regierungsverantwortung mit der CDU auch in Kommunalgipfelgesprächen, damals als Kommunalgipfel, die Instrumente verabredet hatten, die auch heute im vorliegenden FAG ausgereizt werden, sind die Aussagen von Herrn Renz am gestrigen Abend mehr als bemerkenswert. Das hörte sich für mich so an, als hätten wir diese Instrumente dafür geschaffen, um zu tricksen oder zu täuschen. Und wenn das ein ehemaliger CDU-Innenminister hier zum Besten gibt, ist das wirklich bemerkenswert. Da hatte ich seinerzeit tatsächlich einen vollkommen anderen Eindruck von meinen Kollegen von der CDU, die da mit am Tisch gesessen haben.

(Marc Reinhardt, CDU: Da haben wir auch
Großes erreicht. Davon sind wir jetzt weit entfernt!)

Meine Erfahrung ist nämlich, und ich hatte ja gesagt, das weiß ich aus Teilnahme an diesen Gesprächen, dass die Teilnehmenden von kommunaler Ebene sich eben nicht unterbuttern lassen. Sie waren immer fähig und bereit, auf Grundlage ihres profunden Wissens lösungsorientiert zu diskutieren und für sie akzeptable Ergebnisse zu erzielen. Und ich würde mich wirklich sehr wundern, wenn das heute anders wäre.

(Beifall Julian Barlen, SPD,
und Dirk Bruhn, Die Linke)

Und diese Instrumente, die hier angesprochen wurden, sind ja gerade für Situationen wie diese, vor der wir jetzt stehen. Und 2020, das war doch nicht die erste Krise, Herr Reinhardt, Sie sind doch auch schon länger dabei.

(Marc Reinhardt, CDU: Ja,
das war ein großer Schritt.)

Die große Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

da haben wir doch das erste Mal über solche Fonds geredet, um einen Ausgleich für wegfallende kommunale Mittel aufzusetzen. Und das haben wir jetzt schon mehrfach

gehört, mit der Neufassung des FAG 2020 wurde die finanzwissenschaftliche Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs verbindlich festgeschrieben. Und das Gutachten liegt vor, Sie haben das alle, und der Minister hat in einfacher Sprache gut erläutert, welche Maßnahmen und Empfehlungen jetzt im Finanzausgleichsgesetz umgesetzt werden.

Das letzte Kommunalgespräch fand also am 19.11. dieses Jahres statt. Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände hatten sich bereits im November 2024 darauf geeinigt, die finalen Gespräche zum kommunalen Finanzausgleich nach der Herbststeuerschätzung zu führen, um diese einbeziehen zu können. Es ging dabei auch nicht nur um das FAG., es wurden auch andere wichtige Verabredungen getroffen. Darüber haben wir heute und auch gestern schon einiges gehört.

Die Finanzlage von Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in erheblich schwerem Fahrwasser. Die Ursachen wurden auch mehrfach genannt, das liegt an der konjunkturellen Entwicklung in ganz Deutschland, der Steigerung bei den Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, und an strukturellen Einnahmeausfällen im Ergebnis des Zensus 2022. Auch wenn die Herbststeuerschätzung festgestellt hat, dass sich die Steuereinnahmen der Gemeinden und die kommunale Finanzausstattung besser als zuletzt erwartet entwickelt, kann ja nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass sich die finanzielle Situation der kommunalen Ebene übrigens auch in ganz Deutschland in einem schlechten Trend befindet, und das liegt leider auch natürlich an der Ausgabenentwicklung. Und das Land ist immer mitbeteiligt, Stichwort „Beteiligungsquote“. Wenn die Gemeinden Einnahmen verlieren, hat das Land einen entsprechenden größeren Einnahmeverlust zu verzeichnen.

Und vorhin ist die EntschlieÙung Richtung Bundesebene angesprochen worden. Das zielt hier ab auf eine Veranlassungskonnexität. Das hat Herr Renz gestern auch hier belächelt. Also ich finde, wir nehmen diese Sache doch sehr ernst, sonst hätten wir diese EntschlieÙung auch nicht auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Mit dem vorliegenden FAG werden nicht nur Mindereinnahmen ausgeglichen, sondern auch Investitionsmittel in noch nicht dagewesenem Umfang auf den Weg gebracht zum Wohle unserer Menschen in unseren Gemeinden. Ich will jetzt nicht die ganzen einzelnen Punkte aufzählen, das hat der Minister schon eindrucksvoll, wie gesagt, in einfacher Sprache gemacht. Darauf hinweisen möchte ich nur, dass trotz dieser ganzen Verabredungen die geplanten Rückführungen der kommunalen Wohnungsbaualtschulden bis zum Jahr 2030 davon unberührt bleiben. Also dieser Pfad, der wird fortgeführt, und auch die Sonderbedarfszuweisungen, die bei Bedarf auch noch verstärkt werden können, sind weiterhin vorgesehen.

Und ich sage an dieser Stelle noch einmal, in Bezug auf das FAG sind die kommunalen Spitzenverbände mit den Verabredungen im letzten Kommunalgespräch sehr zufrieden. Land und Kommunen wollen auch 2027 erneut in Gespräche über die Finanzlage ab 2028 einsteigen und notwendige Maßnahmen natürlich beraten.

Ich freue mich auf die Beratung im Innenausschuss und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Domke.

René Domke, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Redezeit ist nicht so lang, deswegen muss ich mich ein bisschen beschleunigen und kann gar nicht auf die Einzelheiten eingehen. Die sind alle vorgestellt worden.

Dem FAG liegt unter anderem die Einigung des Kommunalgipfels zugrunde, alles sehr, sehr spät und alles auch noch mitten in der Befassung mit dem Haushalt, jetzt Erste Lesung. Der Verweisung werden wir zustimmen natürlich. Aber sollte man die Einigung nicht auch noch einmal hinterfragen? Das wird sicherlich genug Gesprächsstoff geben.

Die Frage, die sich stellt, ist, FAG heißt Finanzausgleich, etwas zu verteilen, ist immer schwer, wenn die Decke für alle zu kurz ist. Und ich glaube, darauf sind die Vorredner auch schon eingegangen, jede Ebene beklagt im Moment eine angespannte Haushaltssituation, und am Ende ist es die kommunale Ebene, die viel abfangen muss, weil alle anderen mit Schuldenbremsen und anderen Mechanismen natürlich immer auch eine gute Argumentation haben, es auf die kommunale Ebene runterzudrücken.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Wir müssen ernsthaft mal wieder darüber reden, wie es tatsächlich um die Konnexität bestellt ist. Und da wünschte ich mir vom Bundesgesetzgeber und vom Landesgesetzgeber auch an mancher Stelle viel mehr Ehrlichkeit in der Kosten-Folgen-Abschätzung, auch wie die kommunale Ebene damit belastet wird. Wir haben darauf hingewiesen, es kann nicht so weitergehen in Deutschland, dass die Sozialkosten immer stärker ansteigen und immer weiter entkoppelt werden von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das kann am Ende keine Volkswirtschaft verkraften auf Dauer. Ich glaube, die Erkenntnis ist inzwischen gereift.

Ich fand es gut, Marc Reinhardt, dass das angesprochen wurde, das ganze Thema Grundzentren noch mal zu überdenken. Ich denke, das Geld muss der Aufgabe folgen und nicht irgendeiner Definition, was ein bestimmtes Zentrum ausmacht, sondern es müsste definiert werden, welche Aufgaben werden erfüllt, und dafür müsste es so eine Art Punkte geben. Und anhand eines solchen Systems könnte man viel, viel besser da nachsteuern. Die Schreckensmeldungen über die finanzielle Schieflage vieler Städte und Landkreise, das haben wir die letzten Wochen nachlesen können, auch der Aufschrei der kommunalen Ebene ist ja noch nicht ganz verhallt.

Ich habe mir in Nordwestmecklenburg sagen lassen, wir könnten nicht mal eine Haushaltskonsolidierung hinbekommen, wenn wir ab morgen alle Beschäftigten nach Hause schicken würden. Das muss man sich einfach mal vorstellen, selbst dann würde es nicht mehr gelingen, den Haushalt zu konsolidieren! Das heißt, wir sind also wirklich, wirklich ganz tief im Fass.

Ich will noch auf eine, will mich noch kritisch äußern, wie das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität erreicht werden soll. Ich bin kein Freund davon, dass die Mittel, diese 50.000 pro Gemeinde einfach mal so quer übers Land geblasen werden. Wir haben erhebliche Zweifel, dass da überhaupt irgendetwas Sinnvolles am Ende passieren kann, was nachhaltig Wachstum schafft. Ich glaube, jede Gemeinde hat es verdient, mit diesem Geld arbeiten zu können. Aber alleine diese Steuerungswirkung –, was wir uns aber auch nicht gewünscht hätten, insofern ist das vielleicht doch die bessere Lösung, wenn die Landesregierung noch ein Riesenprogramm aufgelegt hätte, was bürokratisch umgesetzt werden sollte, das wäre wahrscheinlich auch falsch –, aber ein bisschen mehr Steuerung hätte ich mir dort gewünscht und vor allem wirkliche Investitionen in Wachstumsprojekte und nicht in irgendetwas, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

René Domke, FDP: ... was sowieso schon in Kernhaushalten hätte bearbeitet werden müssen.

(Beifall David Wulff, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gerne noch mal für die SPD meine Kritik wiederholen, zu der ich stehe. Wir haben eine Berichterstattung in den Medien. Das habe ich Ihnen gestern vorgetragen. Da können wir Wismar nehmen, da können wir die Landkreise nehmen, da können wir die Stadt Schwerin nehmen, überall hantieren wir mit Formulierungen: „Landkreis vor dem Finanzkollaps“, dann „historische Krise“, „in der Stadt fehlen 30 Millionen“ – und so geht das weiter –, „tiefes Loch in Wismars Stadtkasse“. Das ist die Istsituation. Und Sie stellen sich hin, und da geht es nicht um die Instrumente, die Sie

hier zur Anwendung bringen –, Sie stellen sich hin und verkaufen, das Land gibt 350 Millionen mehr.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das ist Ihre große Botschaft. Das bezieht sich auf zwei Jahre. Das ist zum größten Teil Geld, was die kommunale Ebene selbst zur Verfügung stellt über diese Instrumente.

Und wenn Sie dann diesen Gesetzentwurf nehmen als Arbeitsgrundlage und die letzte Seite, die Anlage, dann können Sie doch deutlich sehen, wenn wir jetzt mal das Jahr 2027/28 nehmen oder auch 2026, dass die kommunale Ebene nicht mehr Geld zur Verfügung hat. Und das hängt unter anderem damit zusammen, dass die Steuereinnahmen der kommunalen Ebene höher sind als vor drei/vier Jahren.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass die Redezeit jetzt abgelaufen ist.

Torsten Renz, CDU: Aber das, was sie in der Gesamtheit haben, ist dann nicht mehr ...

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Torsten Renz, CDU: Und sie haben zusätzliche Ausgaben, die Personalausgaben.

(Zuruf aus dem Plenum: Aufhören! –
Der Abgeordnete Torsten Renz beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Beifall Marc Reinhardt, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich hatte gestern schon Gelegenheit, in der Haushaltsdebatte zum Landeshaushalt darauf hinzuweisen, dass wir drei Themen haben, die sowohl Bund, Land, aber eben auch die Kommunen in Schwierigkeiten bringen, zum einen den Rückgang der Einnahmen, vor allem durch den Zensus und nicht so hohe Steuereinnahmen wie in der Vergangenheit, und zum anderen steigende Sozialausgaben. Und das ist ein Mix, der auf allen drei Ebenen zu Problemen führt. Das ist ganz klar und transparent gesagt worden, und das hat dazu geführt, dass wir so wie versprochen von Anfang an, versprochen im Herbst, ein Kommunalgespräch geführt haben nach der Steuerschätzung. Das war die Voraussetzung, weil es ja nur Sinn macht, wenn man die aktuelle Steuerschätzung kennt. Und dieses Gespräch hat stattgefunden.

Und, Herr Renz, das, was Sie eben aus den Medien berichtet haben, das konnten wir ja auch alle lesen. Und ich habe keinen Einzigen gehört, der gesagt hat, dass diese Einigung aus dem Kommunalgespräch heraus dazu führt, dass alle Probleme gelöst sind. Im Gegenteil, ich habe in der Pressekonferenz – in der anschließenden – mit den kommunalen Spitzenverbänden genau darauf hingewiesen, dass das, auf was wir uns verständigt haben, zu einer Verbesserung der Lage führt, aber dass damit nicht alle Probleme gelöst sind.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt.)

Und, Herr Schult, es war wirklich gut, dass Sie heute gesprochen haben, denn alle konnten an Ihrer Rede sehen, Sie haben null Ahnung von Kommunalfinanzen,

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

und offensichtlich interessiert es Sie auch nicht. Ich will an der Stelle das unterstreichen, was Herr Renz gesagt hat, den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene zu unterstellen, sie wüssten nicht, wie sie mit dem Geld umgehen, und nach dem Motto, da werden unsinnige Sachen gemacht, das kann ich als Ministerpräsidentin nicht bestätigen.

Über die Frage, wofür Geld ausgegeben wird – das ist kommunale Selbstverwaltung –, kann man in den Parlamenten diskutieren.

(Enrico Schult, AfD: Dann lassen Sie
die kommunale Selbstverwaltung doch zu!)

Aber – und das will ich ausdrücklich hier sagen, weil ich das auch im Kommunalgespräch gesagt habe und auch hinterher in der PK, das ist mir wichtig – ich und die Landesregierung, wir haben ein großes Vertrauen zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, zu den Landräten und auch zu den ehrenamtlichen Kommunalparlamenten vor Ort, gut zu entscheiden, wofür dieses Geld ausgegeben werden muss.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und Torsten Renz, CDU)

Und deshalb ist ja ein Ergebnis, dass der Mammutteil der Mittel, die wir aus dem Bund bekommen, direkt an die Kommunen geht. Und deshalb ist auch ein Ergebnis, dass jede Kommune, jede Gemeinde, egal, wie klein sie ist, wenigstens einmal von diesem Vermögen profitieren kann, von den vorgegebenen 50.000 Euro. Das war uns sehr wichtig für die kommunale Selbstverwaltung.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ob nun die Treffen „Kommunalgespräche“ heißen oder „Kommunalgipfel“, es finden fortlaufend Gespräche mit der kommunalen Ebene statt, weil es geht gar nicht anders.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Auf der kommunalen Ebene werden die Entscheidungen getroffen, und nichts, was hier im Land beschlossen wird, betrifft nicht die kommunale Ebene. Und auch die großen Milliarden des Bundes, die werden ja nicht im Regierungsviertel in Berlin oder

in Schwerin verteilt, sondern direkt vor Ort eingesetzt. Und da ist es uns wichtig gewesen, zusammen auch Klarheit zu haben.

Ich habe gestern über die Schwerpunkte berichtet, zum Beispiel Investitionen in Schule, und, Herr Schult, Sie verbreiten hier am Mikrofon Unwahrheiten, wissentlich,

(Enrico Schult, AfD: Welche?)

denn es ist mehrfach erklärt worden von der kommunalen Ebene

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und mir nach dem Investitionsgipfel,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

von der kommunalen Ebene und mir nach dem Kommunalgespräch und von mir gestern hier ganz transparent auch bei der Haushaltsdebatte, dass zum Beispiel 600 Millionen Euro für Schulbauprogrammmittel dazukommen zu dem, was aus kommunalen Haushalten gemacht wird, dass die Mittel zum Beispiel von Feuerwehren dazukommen, zu dem Programm, was es schon gibt.

(Enrico Schult, AfD: Die Investitionsquote
ist doch gesunken, Frau Schwesig,
das können Sie doch nicht bestreiten!)

Es stimmt einfach nicht, dass diese Mittel genommen werden und die Aufgaben aus dem Landeshaushalt oder den kommunalen Haushalten damit ersetzt werden. Das will ich einmal zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und wenn Sie davon reden, dass diese Gespräche intransparent sind, dann stimmt auch das nicht. Es ist das Normalste der Welt aus meiner Sicht, und es war mir wichtig, das einzuführen als Ministerpräsidentin, dass wir uns regelmäßig mit der kommunalen Ebene besprechen. Und bei dem letzten Gespräch waren alle Landräte dabei. Beim letzten Gespräch war der Städte- und Gemeindetag dabei, vertreten durch verschiedene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Das Gespräch darüber wurde direkt nach dem Gespräch ...

(Enrico Schult, AfD: Warum sind wir denn nicht dabei als Haushaltsgesetzgeber?)

Das Ergebnis ist in eine gemeinsame Erklärung geflossen, und diese gemeinsame Erklärung ist sofort nach dem Gespräch veröffentlicht worden, inklusive Pressekonferenz. Da können Sie nicht von intransparent reden, das weise ich zurück, eine nächste Unwahrheit von Ihnen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Regierung sagt, das waren gute Gespräche, und es liegt vielleicht auch ein bisschen in der Natur der Sache, dass die Opposition sagt, glauben wir nicht, obwohl sie gar nicht dabei war. Deswegen würde ich sagen, lassen wir einfach einen Bürgermeister zu Wort kommen, der dabei war.

Ich zitiere aus einer E-Mail, die an meinen Büroleiter geschrieben worden ist nach dem Kommunalgespräch: „Sehr geehrter Herr Winkler, vielen Dank für die sehr gute Organisation des Kommunalgesprächs. Ich empfand die Gesprächsatmosphäre sehr angenehm, stets auf Augenhöhe und an der Lösung orientiert. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes werden von den Ergebnissen profitieren und auch jede kleine Gemeinde wird in die Lage versetzt, sinnvolle Investitionen zu tätigen. Danke für dieses Vertrauen und diese mutigen Entscheidungen! Bitte leiten Sie diesen Dank an die Ministerpräsidentin weiter.“ Das ist die Meinung eines Bürgermeisters, der dabei war, und die sollte aus meiner Sicht zählen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich möchte einen Wortbeitrag vom Abgeordneten Reinhardt aufgreifen, weil ich den teile. Herr Reinhardt, Sie haben gesagt, wir haben eigentlich in der letzten Legislatur zusammen ein sehr gutes FAG gemacht und damit die Kommunen in die Lage versetzt, eine bessere Finanzausstattung zu bekommen, inklusive Infrastrukturpauschale. Und mir geht es auch so, dass ich ziemlich ernüchtert bin, wie diese wirkliche Kraftanstrengung, die das Land gemacht hat, um die kommunale Ebene besser finanziell auszustatten, jetzt aufgezehrt ist. Die Gründe habe ich benannt. Die Gründe sind nicht Unfähigkeit auf kommunaler Ebene, wie sie Herr Schult unterstellt, sondern die Gründe sind einfach zurückgehende Mittel durch den Zensus – das hat die Kommunen und das Land hart getroffen – und die nicht so stark ansteigenden Steuereinnahmen, aber vor allem die Sozialausgaben.

Und bei den Sozialausgaben haben wir zwei Bereiche, die auch hier im Landtag schon mehrfach diskutiert wurden. Der erste Bereich, die steigenden Kosten bei Kitas, da habe ich eine klare Auffassung. Wir haben immer gesagt, Erzieherinnen und Erzieher müssen besser bezahlt werden.

(Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

Und die Kostensteigerung kommt ja nicht durch die Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit haben wir zusammen damals – SPD und CDU – komplett auf den Tisch gelegt, die Elternbeiträge,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

aber durch die Kostenfreiheit sind jetzt bessere Tarifabschlüsse gekommen, weil die Eltern nicht mehr belastet werden durch höhere Gebühren. Und gerade da, wo in der Vergangenheit die Erzieherinnen und Erzieher sehr schlecht bezahlt worden sind und nicht wie hier zum Beispiel in der Stadt Schwerin in der Städtischen Kita GmbH schon Tariflohn bekommen haben, sind die Kosten massiv gestiegen.

Erzieherinnen und Erzieher haben in den letzten Jahren ein Gehalt, eine Gehaltsverbesserung von 2.400/2.500 Euro im Durchschnitt auf im Durchschnitt bis 3.400 Euro. Das ist nicht ohne, und das schlägt sich nieder. Ich sage aber ganz deutlich, das war gewollt. Und ich finde, deswegen sollten wir auch zu dieser Kostensteigerung stehen, weil wir sehen ja auch, wo sie ankommt, bei der Unterstützung der Familien und bei der besseren Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher.

Und ich glaube, das habe ich auch ganz offen mit dem Städte- und Gemeindetag besprochen, dass die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren eher dazu führen wird, dass der eine oder die andere Bürgermeisterin noch diesen Kosten hinterhertrauern wird, weil es ist gut, wenn wir Kosten für Kitas haben. Das heißt nämlich, ich habe Kinder in meiner Gemeinde, und das ist aus meiner Sicht wichtig für die Zukunft. Und trotzdem war die Kritik des Rechnungshofs berechtigt – und das habe ich hier auch am Mikro gesagt –, dass wir für mehr Transparenz sorgen müssen, zum Beispiel bei der Frage, wenn die kommunale Ebene mit den Trägern verhandelt, für die Kitas, zum Beispiel für ein Weihnachtsgeld für die Erzieher, ob es dann am Ende auch gezahlt wird, und was eigentlich ist, so soll es vorgekommen sein, so haben Landräte berichtet, wenn die Sachen nicht gezahlt werden. Dafür haben wir jetzt eine Regel eingeführt.

Und der zweite große Kostenblock, und der ist hochsensibel und schwierig, das ist das Bundesteilhabegesetz.

(René Domke, FDP: Das ist der größte Posten.)

Das Bundesteilhabegesetz hat in den letzten Jahren zu einer massiven Kostensteigerung geführt. Wir waren irgendwo mal bei 100 Millionen, dann bei 300 Millionen, jetzt bei 600 Millionen. Und die Prognose ist steigend.

(Michael Meister, AfD:
Das ist doch Wahnsinn!)

Diese vielen Millionen belasten den Landeshaushalt und auch den Kommunalhaushalt. Und nun gibt es hoffentlich in diesem Hause in großer Mehrheit eine Einigung, dass es richtig ist, dass wir Menschen mit Behinderung besser unterstützen. Aber richtig ist auch die Kritik des Rechnungshofes, dass auch hier wir für mehr Transparenz sorgen müssen.

Wir sind längst in der Taskforce Soziales-Finanzministerium-Innenministerium-kommunale Ebene und besprechen Dinge, wie wir zu mehr Transparenz kommen. Und wir haben verabredet – das ist meine ganz persönliche Bitte an die kommunale Ebene gewesen –, dass wir in diese Gespräche auch die Träger einbinden müssen, denn auch die Träger müssen die Sensibilität dafür haben, dass, wenn uns die Kosten durch eine Pflichtleistung wie BTHG immer weiter steigen, dass dann das Geld praktisch weniger wird für andere wichtige Aufgaben, die die Träger machen, wie freiwillige Leistungen. Das ist ein hochkomplexes und hochsensibles Thema, was aber das Mindeste war, dass wir dafür sorgen, dass die kommunale Ebene und die Landesebene einmal in die Kosten hineinschauen dürfen und auch prüfen dürfen, ob das, was verabredet wurde, auch tatsächlich umgesetzt wurde. Und diese Regel hat zu massiven Protesten auch bei den Trägern geführt, weil es nicht wirklich gewollt scheint. Und da würde ich mir mehr Ehrlichkeit wünschen.

Die Gleichen, die aus der Opposition hier regelmäßig bei einer Kitadebatte ans Mikro gehen und sagen, Gruppen sollen kleiner werden, sagen jetzt aber, bitte kommunale Ebene nicht weiter belasten. Die Gleichen, die hier mit uns die Debatte geführt haben, warum wir nicht, wie der Rechnungshof gefordert hat, für mehr Transparenzregeln sorgen, habe ich vermisst, als es dann um die Proteste ging.

Im Gegenteil, sehr geehrter Herr Reinhardt, sehr geehrter Herr Renz, Ihr Fraktionsvorsitzender, der Fraktionsvorsitzende der CDU, wo Sie hier regelmäßig sagen, warum macht ihr nichts zu Transparenz, wo mir Herr Merz in der Staatskanzlei sagt, wir müssen ans BTHG ran, wir müssen Sozialleistungen kürzen, um letztendlich den Sozialstaat wieder in den Griff zu kriegen, darüber ist ...

(Torsten Renz, CDU: Was ist der konkrete Vorwurf in unsere Richtung?)

Lassen Sie mich zu Ende aussprechen!

(Torsten Renz, CDU: Ja, ja!)

Da geht der Fraktionsvorsitzende bei einer Demo,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wo es nur, es ging gar nicht um eine Kürzung, es ging nur um eine Transparenzregelung, und da sage ich mal ganz klar, ja, wenn wir über 1 Milliarde Euro in diese Sozialleistung stecken, dann ist es berechtigt und gerechtfertigt und wird Zeit – das sage ich selbstkritisch –, dass wir jetzt eine Regelung haben, wonach die kommunale Ebene und die Landesebene sagen kann, ich will sehen, ob das, was verhandelt ist, tatsächlich auch ausgegeben wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wissen Sie was? Ihr Fraktionsvorsitzender hat sich als Allererstes auf diesen Demoplatz hingestellt. Ich meine, dass die Opposition uns nicht beispringt und sagt, ja, das haben wir hier eigentlich so diskutiert und es ist richtig, was die Regierung macht, das weiß ich auch, und so können wir auch schon alleine stehen,

(Marc Reinhardt, CDU: Müssen
Sie auch mal machen, die Erfahrung.)

aber sich hinzustellen und dann sich auf die Seite der Demonstranten zu stellen und komplett die Landesregierung zu kritisieren,

(Harry Glawe, CDU: Die waren doch auch da! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

obwohl wir genau etwas gemacht haben, was hier beraten wurde und was Sie oft fordern,

(Torsten Renz, CDU: Die haben
doch gar nicht gesprochen!)

das halte ich für höchst unglaubwürdig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Torsten Renz, CDU: Die
haben doch gar nicht gesprochen!
Die haben doch gar nicht gesprochen!)

Sie haben recht. Sie haben nicht gesprochen.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Sie haben einfach ganz feige ein Video gemacht

(Sebastian Ehlers, CDU: Ganz feige! Feige!)

und sind uns in dieser Frage in den Rücken gefallen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Feige!)

Und ich sage ja nur, wir brauchen Ihre Unterstützung nicht. Wir stehen das selber. Ich bitte nur in dieser ganzen Diskussion, in der ganzen Diskussion um die Belastung der kommunalen Ebene, sich einmal mit den Vorschlägen der kommunalen Ebene auseinanderzusetzen – die gehen nämlich viel weiter und werden viel härter, auch gegenüber den Trägern – und dann sich ehrlich und glaubwürdig für eine geradlinige Sache zu entscheiden. Aber nicht, wenn es mal hier beim TOP passt, Gruppen bitte alle kleiner, egal, was es kostet und wie die Kommunen es bezahlen sollen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Hat keiner beantragt!)

dann nicht hier bei Kommunalfinzen sagen, die kommunalen Ebenen haben viel zu hohe Sozialkosten, wir müssen mal was machen, und dann fangen wir an mit dem Minimum an Transparenzregeln, und dann steht man auch nicht dazu.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Ich bin es gewohnt, dass die CDU zu Dingen, die wir zusammen entschieden haben, nicht steht. Daran habe ich mich jetzt langsam gewöhnt. Aber Sie machen es aktuell immer noch. Sie widersprechen sich selber. Und ich habe hier nur die herzliche Bitte an alle Abgeordneten, die diese Lage der kommunalen Ebene sehr ernst nehmen, und so habe ich das hier in der Debatte wahrgenommen, dass wir dann auch zusammen ehrlich sein müssen und den Mut haben zu gucken, woher kommen diese riesigen Kostensteigerungen und wie gehen wir damit um. Und um das zu entscheiden ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Ministerpräsidentin, ich wiederhole es noch einmal: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Ja, gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: Zuerst einen kleinen Dank von meiner Seite für die sachliche Darstellung dieser komplexen Thematik!

Nichtsdestotrotz gibt es zum Schluss Ihrer Rede Dinge, die Sie in den Raum stellen, wo ich Sie bitten möchte, darüber nachzudenken, ob Sie das aufrechterhalten wollen, bezogen auf die CDU, wenn es zum Beispiel darum geht, kleinere Gruppen zu fordern. Ich sage Ihnen, das ist von uns nicht gekommen. Wir fordern immer einen Dialog mit

allen Beteiligten, um gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen. Aber definitiv haben Sie von mir keine Stellungnahme, dass ich kleinere Gruppen fordere.

Wir haben definitiv keine Stellungnahme abgegeben zum Thema KiföG, das, was Sie vorgelegt haben, was Sie als Landesregierung sozusagen aus meiner Sicht verbockt haben durch die Rede der Bildungsministerin, indem Sie nämlich alle Sozialpartner ...

Präsidentin Birgit Hesse: Renz, ich würde Sie bitten, die Frage zu stellen!

Torsten Renz, CDU: Ich möchte darum bitten klarzustellen, dass wir gar keine Position in diesem Punkt bezogen haben, dafür oder dagegen. – Herzlichen Dank erst mal!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich habe keine Frage gehört. Deswegen kann ich nicht darauf antworten und deswegen würde gerne in der Sache weitermachen.

Fakt ist, dass wir mit dem Haushaltsbegleitgesetz schnell auf die Kritik des Rechnungshofes reagiert haben, und dort sind Transparenzregeln drin. Und wenn wir uns hier alle ernsthaft damit beschäftigen wollen, woher die Steigerungen der Sozialkosten kommen, insbesondere im Bundesteilhabegesetz, was ein ganz sensibles Gesetz ist, weil es um die Unterstützung der Menschen mit Behinderung geht und wo zurzeit nicht sichtbar ist, wo denn eigentlich die Verbesserungen gerade für diese Menschen ankommen, wenn wir auf der anderen Seite gemeinsam auf kommunaler Ebene und Landesebene diese millionenschweren Kostensteigerungen haben, dann brauchen wir Transparenzregelungen. Und bei diesen Transparenzregelungen sind Sie, speziell Ihr Fraktionsvorsitzender, uns in den Rücken gefallen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ei, jei, jei!)

Und ich finde, hier immer so zu tun und draußen beim ersten Protest nicht dazu zu stehen, das ist einfach nicht geradlinig und unglaublich. Ich sage es gerne noch mal.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und deshalb habe ich die herzliche Bitte,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Dass, wenn es uns wirklich darum geht zu schauen, wie es mit der kommunalen Ebene weitergeht,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

dass wir uns mit großer Ernsthaftigkeit und großer Sachlichkeit – ich weiß nicht, ob das noch möglich ist, es ist ein paar Monate vor der Wahl – aber mit diesem Thema auseinandersetzen.

Die Ministerpräsidenten sind jedenfalls darüber mit dem Bundeskanzler im Gespräch, und wir sind ja auch in Verhandlungen zur Veranlassungskonnexität. Ich glaube, Harald, du hattest das angesprochen. Es geht darum, dass wir auf Bundesebene eine Regel einführen, die wir auf Landesebene kennen, dass, wenn der Bund etwas beschließt, was Land und Kommune betrifft, dass es dann auch konnex sein muss, so, wie wir es ja vom Land gegenüber der Kommune haben.

Darüber sind wir gerade in Verhandlungen mit dem Bund, und wir sind auch in diesem Fall in den Verhandlungen mit dem Bund darüber, dass es natürlich so ist, dass, wenn das Bundesteilhabegesetz, als es eingeführt wurde, nur 100 Millionen Euro gekostet hat und wir jetzt heute bei 600 sind, und so geht es ja jedem anderen Bundesland, dass wir dann dringend darüber sprechen müssen, wie diese Mehrkosten wenigstens anteilig durch den Bund mit unterstützt werden. Denn es ist ja richtig, die Kosten werden jetzt erst mal nicht sinken, das Gesetz ist da, sie werden sogar weiter steigen, und deswegen ist es wichtig, dass wir sowohl im Verhältnis Land/Kommune zum Bund weiterkommen, aber dass wir uns das auch zusammen hier im Land angucken. Genau

darum geht es uns auch in den Transparenzregeln, und das sind auch Ergebnisse des Kommunalgesprächs.

Der kommunalen Ebene ist es sehr wichtig, dass wir an dieser Stelle weitermachen. Und deswegen glaube ich, dass der Kurs von kommunaler Ebene, Trägern und wir als Land ist, gemeinsam diese Kostenentwicklung anzuschauen, transparent zu machen und zu schauen, wo geht es in die richtige Richtung, aber wo gibt es vielleicht auch Fehlsteuerungen, dass wir diesen Kurs weitergehen müssen, weil ansonsten die Kosten Land und Kommune – da können wir hier so viel diskutieren, wie wir wollen – weiter belasten und der Spielraum für alles andere immer geringer wird. Und umso wichtiger ist es, dass in dieser Situation die Bundesregierung, der Bundestag ermöglicht haben, dass alle Kommunen unabhängig von der Haushaltslage trotzdem investieren können. Und das haben wir auch mit der 50.000-Euro-Regel ermöglicht, dass – das ist mir noch mal sehr, sehr wichtig – trotz der laufenden Haushaltsprobleme die Kommunen investieren können.

Und ich will es hier noch mal ganz deutlich sagen: Niemand von uns hat behauptet – und ich habe es ganz klar in der PK nach dem Kommunalgespräch gesagt –, dass das, was jetzt auf dem Tisch liegt, alle Probleme löst. Das kann gar keiner, dazu sind die Finanzprobleme auf allen Ebenen gerade viel zu groß. Dazu müssen wir andere Wege gehen, ich habe eben einige transparent skizziert. Aber dass wir hier so tun, als ob damit alles erledigt ist, Herr Renz, das stimmt einfach nicht. Und das war mir noch mal wichtig darzustellen.

Ich lade alle sehr herzlich ein, bei diesem Kurs mitzumachen, denn niemand wird darum herumkommen, diese Fragen zu beantworten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Mir liegen jetzt noch weitere Wortmeldungen vor, zunächst für die Fraktion der AfD Herr Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!
Werte Kollegen!

Ja, Frau Schwesig, das war offensichtlich dem Wahlkampf geschuldet, dass Sie sozusagen uns jetzt noch mal frontal angegangen sind als AfD.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie unterstellen mir, ich hätte keine Ahnung, ich sage die Unwahrheit. Ich sagte es, ich bin stellvertretender Bürgermeister, seit 2014 Vorsitzender des Finanzausschusses einer kleinen Gemeinde. Ich kenne die Probleme der Kommunen hier im Land.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und da zeichnen Sie natürlich selbstredend verantwortlich dafür. Es gibt Geld, es gibt Geld vom Bund, es gibt Geld vom Land mit irgendwelchen kleinen Fördertöpfchen, die Sie immer bereitstellen, aber dass die Kommunen selbstständig, eigenständig investieren können, da legen Sie die goldenen Zügel an, und das ist das, was ich hier auch immer wieder kritisiere.

Und, Frau Ministerpräsidentin, Sie müssen auch mal klar sagen, wenn Sie einräumen, es wird genug investiert, ich bin immer ein Freund von Zahlen, schauen Sie sich gerne – jetzt schauen Sie runter und schreiben Einladungskarten, das zeigt ja auch, wie respektlos Sie dieses Parlament hier ansehen –, dann schauen wir uns doch mal die Zahlen an: Investitionsquote des Landeshaushaltes im Jahr 2024 17,6 Prozent, Investitionsquote des Landeshaushaltes im jetzigen Haushalt 13,9 Prozent.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Das ist eine Absenkung der Investitionen. Das sind Zahlen, die stehen im Haushalt drin.

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Das muss man doch ganz klar zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

Aber wo zum Beispiel ein Aufwuchs zu erkennen ist, bei der Personalquote 2024 23,1 Prozent, 2026/27 26,6 Prozent.

(Tilo Gundlack, SPD:
Und da gibt es Steigerungen.)

Das heißt, Sie erhöhen das Personal, aber die Investitionen, die reduzieren Sie.

(Tilo Gundlack, SPD: Da gibt es Steigerungen.)

Ja, Herr Gundlack, und Sie wissen es natürlich, Sie wissen es, Sie reduzieren die Investitionen und versuchen, das in Sondervermögen hineinzuschieben,

(Tilo Gundlack, SPD: Da gibt es Steigerungen.)

um das sozusagen jetzt noch alles zuzudecken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Denn eines liegt doch auf der Hand –

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

und davor haben Sie natürlich zu Recht Angst –, wenn Sie das jetzt laufen lassen würden, 2026 haben wir Landtagswahlen, und Sie versuchen jetzt, die Gemeinden irgendwie zu beschwichtigen, ihr bekommt noch mal 50.000 und ihr bekommt noch was.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und natürlich sind die beim Kommunalgipfel alle ganz freudig darüber und sagen, super, nehmen wir mit. Ja, was sollen sie denn machen?! Sie stehen mit dem Rücken zur Wand. Aber letztlich übertüncht das nur die Probleme, die wir hier im Land haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das ist sozusagen ein Sterben auf Zeit. Es wird sich nicht nachhaltig was ändern an den Kommunalfinanzen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktions... – Herr Renz, nein, der Fraktionsvorsitzende Herr Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch mal das Wort ergriffen, und zwar aus dem einfachen Hintergrund, wenn ich dann auch persönlich angesprochen werde im Zusammenhang mit der Demonstration der Sozialverbände, die wir hier erleben durften, dann will ich Ihnen deutlich sagen, dass ich, ja, an dieser Demonstration mit vielen Kolleginnen und Kollegen teilgenommen habe, weil es einfach der Respekt gebietet, wenn so viele Menschen sich auf den Weg machen nach Schwerin, weil sie unser, weil sie ihr Anliegen präsentieren wollen, dann, finde ich, ist es nur recht und billig, und ich würde sogar sagen, unsere Pflicht, sich dieser Diskussion auch zu stellen, sich das anzuhören.

Ich habe zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Art und Weise für einzelne Positionen Partei ergriffen, sondern ich habe – und dazu stehe ich auch, und dazu steht auch unsere Fraktion – den Umgang, den Umgang mit den Menschen dort kritisiert, weil wir über die Hintertür oder die Koalition über die Hintertür versucht hat, Reformen anzupacken – „über die Hintertür“, gemeint den Haushalt, über das Artikelgesetz 12 –, Reformen umzusetzen,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Haushaltsbegleitgesetz, so heißt das Gesetz.
Es begleitet den Haushalt, das ist üblich.)

die man eigentlich im Miteinander am Runden Tisch miteinander bespricht. Und deswegen sind über 5.000 Menschen gekommen, auch weil sie den Umgang kritisieren, den Umgang der Landesregierung mit den Trägern dieses Landes. Und das will ich an dieser Stelle noch einmal klarstellen.

Ich habe auch mich inhaltlich an vielen Stellen anderweitig positioniert. Ich habe auch gesagt, dass der Sozialstaat reformiert werden muss, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir nicht umhinkommen werden, auch über die Absenkung von Sozialstandards zu reden.

Und insofern finde ich, Frau Ministerpräsidentin, den Vorwurf oder das, was Sie hier dargestellt haben, schlichtweg falsch und unredlich. Und ich bitte, das einfach zur Kenntnis zu nehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Ich hatte noch versäumt anzusagen, dass die Ministerpräsidentin die Redezeit der Landesregierung um weitere 20 Minuten überschritten hat und damit der Oppositionsfraktion 7 Minuten zusätzlich zur Verfügung stehen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Renz.

(Julian Barlen, SPD: Gehen Sie jetzt auch
auf die PM und die Entschließung ein,
wo Sie kleinere Gruppen fordern?
Oder soll ich das gleich machen?)

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fangen wir gleich mal mit diesem Punkt an, dann auch noch mal für Sie, Herr Barlen. Ich gehe davon aus, Sie haben unsere Änderungsanträge zum Haushalt gelesen, auch insbesondere die im Bildungsbereich. Hier haben wir, nachdem wir das schon mal im Landtag beantragt haben, explizit dafür geworben – um auch eine gewisse Gelassenheit in der Politik und keinen Wettbewerb zu haben –, dafür geworben, eine Kommission einzusetzen, die sich damit befasst, und einen Vorschlag unterbreitet, wie es weitergehen soll im KiföG-Bereich, was die Erzieher-Kind-Relation betrifft. Aus meiner Erinnerung ist die einzige Fraktion, die die Verkleinerung der Gruppengröße hier immer wieder fordert und auch als Ziel schon vorher definiert, die Fraktion der GRÜNEN oder DIE GRÜNEN. Wir haben das nie getan und auch immer wieder beantragt, in den Dialog zu gehen, um hier gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten.

Wenn wir jetzt aber noch mal auf diese Vorwürfe kommen, die mein Fraktionsvorsitzender zum größten Teil ja zu Recht zurückgewiesen hat, will ich noch ein/zwei Dinge dann hier auch noch mal kundtun.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie haben als Landesregierung, wenn auch nicht vielleicht Sie persönlich, aber Sie als Landesregierung haben sozusagen eine Lawine losgetreten beim Thema KiföG, indem Sie aus unserer Sicht ziemlich unprofessionell gehandelt haben. Und an der Spitze der Bewegung stand hier die Bildungsministerin, die am 08.10. eine Rede gehalten hat – ich habe daraus gestern zitiert – mit unzähligen Vorwürfen in Richtung der Sozialverbände.

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Das waren keine Vorwürfe.)

Und daraus hat sich eine Demonstration ergeben, die es in Größenordnung nach der Wende in diesem Land noch nicht gab mit über 5.000 Leuten. Und ich sage es noch mal: Die CDU-Fraktion hat sich weder in der Debatte noch am Rande von Demonstrationen oder auch in der Folge jemals inhaltlich positioniert und Sie kritisiert, was Sie hier auf den Weg bringen, sondern Sie haben – und diese Kritik, sollten Sie

annehmen –, Sie haben durch unprofessionelles politisches Handeln sozusagen die Misere verursacht, dass die Sozialvertreter sozusagen diese Demo organisiert haben.

Und wenn Sie jetzt mit Lösungsansätzen kommen, Sie haben ja einen auch etwas ausführlicher beschrieben, wo ich mal sage, wenn wir gesetzliche Regelungen haben und wir ja immer gesagt haben, die kommunale Ebene, sprich die Landkreise sind professionell unterwegs, die haben gutes Personal, die verhandeln mit den Trägern diese Entgeltvereinbarung, dann hat mir noch keiner erklärt, auch wenn wir jetzt diese Lösung auf den Weg gebracht haben, was jetzt die große Errungenschaft ist, wenn wir möglicherweise beim Land zusätzliches Personal einstellen, und die setzen sich dann bei den Verhandlungen dazu – die gesetzliche Regelung, die hat sich nicht geändert, außer, dass jetzt unsere große Lösung sein soll, dass wir zusätzliches Personal akquirieren, die dann danebensitzen, neben den Vertretern der Landkreise und den Vertretern sozusagen der Kitaträger –, was das effektiv bringen soll. Wenn es dann plötzlich zu Einsparungen kommen sollte, nur weil dort Landesbedienstete danebensitzen, dann muss ich ja sagen, dann hat das Personal, und das will ich denen nicht unterstellen, vorher irgendwie fachlich doch nicht korrekt gehandelt. Also das als großen Wurf jetzt darzustellen, um die Transparenz zu verbessern, glaube ich, ist nur bedingt eine Lösung.

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt
übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen müssen wir über entsprechende Standards sprechen, so, wie der Fraktionsvorsitzende das gesagt hat. Und ich habe auch noch nicht gehört – falls der Vorwurf dann aufrechterhalten wird durch Sie –, dass sich die CDU solchen Debatten verweigert.

Aber was ich kritisiere, ist, und das war auch bei diesem Gesetzgebungsverfahren jetzt wieder so, beim Haushaltsbegleitgesetz KiföG – ich weiß nicht, ob Sie darüber informiert werden, aber deswegen sage ich Ihnen das noch mal –: Wir haben eine Anhörung zu diesem Thema gemacht, da gab es sieben oder acht Paragraphen, die Sie eingebracht haben, die dann nach der Demo sozusagen zurückgenommen worden

sind, politisch. Und wir hatten gar keine Verhandlungsgrundlage mehr als Ausschuss, als Parlamentarier. Und erst den Tag darauf

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

ist eine Synopse durch das Bildungsministerium auf den Weg gebracht worden, wo von sieben oder acht Paragrafen sich fünf oder sechs geändert haben. Das heißt, es ist eine völlig neue Diskussionsgrundlage gewesen, die dann auch nicht mehr Gegenstand unserer Debatte im Bildungsausschuss war.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das war aber
Gegenstand der Gespräche, Herr Renz.)

Und Sie haben dann, Sie haben dann,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wahrscheinlich unter Federführung des Chefs der Staatskanzlei, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ...

Torsten Renz, CDU: ... nach den abschließenden Beratungen Änderungsanträge eingebracht, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Torsten Renz, CDU: ... über die kein Parlament debattiert hat. Und insofern grenzen Sie uns einfach bei der politischen Diskussion aus.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ich muss Ihnen sonst ...

Torsten Renz, CDU: Und ich glaube, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... das Mikro ausschalten.

Torsten Renz, CDU: ... das ist der Stil, den wir nicht auf Dauer pflegen sollten. –
Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Finanzminister Dr. Heiko Geue.

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen
und Herren!

Herr Renz, ich habe keinen einzigen Vorschlag von Ihnen gehört, wie wir die
Kostenexplosion im Sozialbereich in den Griff bekommen sollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wo sind sie? Nirgends! Sich dazustellen, zu sagen, oh, das macht die
Landesregierung aber alles ganz schlecht und es ist alles ganz schrecklich –

(Torsten Renz, CDU:
Haben Sie mir nicht zugehört?)

aber auf der anderen Seite sagen Sie,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

die Kommunen haben nicht genug Geld

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und das Land muss an die Rücklagen.

(Marc Reinhardt, CDU:
Sie könnten Schauspieler werden.)

Machen Sie doch,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

machen Sie doch bitte Vorschläge! Wir sind da, die Taskforce Soziales steht gerne für gute Vorschläge auch der CDU zur Verfügung.

(Torsten Renz, CDU: Haben wir
noch keine Einladung bekommen.)

Es tut mir so leid, Sie haben keine Einladung bekommen. Sie haben gar keine Chance, mit guten Vorschlägen auf die Landesregierung zuzukommen.

(Torsten Renz, CDU: Als Teilnehmer
der Taskforce nicht, nein.)

Ich hoffe, Sie hören die Ironie, die hier trieft.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Also es ist ja unglaublich!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplin, Die Linke)

So, ich habe mich aber auch deswegen zu Wort gemeldet, weil ich nicht dauernd diese Falschmeldungen der AfD – es ist nicht zu ertragen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ja.)

Sie behaupten immer, Staatsfinanzen in Katastrophe, keine Investitionen, 13,9 Prozent Investitionsquote, hat der Abgeordnete gerade gesagt. Ich will hier noch mal klarstellen: Wir reden in den nächsten zwei Jahren von einem Landeshaushalt von rund 12 Milliarden Euro jedes Jahr. Davon werden im nächsten Jahr – auch dank des Sondervermögens des Bundes,

(Enrico Schult, AfD: Genau, das ist es nämlich.)

auch dank des Sondervermögens,

(Zurufe von Enrico Schult, AfD,
und Torsten Koplin, Die Linke)

das sind Investitionen,

(Enrico Schult, AfD: Ja, natürlich.)

die am Ende ankommen –,

(Enrico Schult, AfD: Aber schuldenfinanziert,
Ihre Investitionen, Herr Dr. Geue.)

2,1 Milliarden Euro im nächsten Jahr geplant an Investitionen, 1,9 Milliarden in 2027, das sind in der Summe 4 Milliarden Euro. So eine Planung hatten wir noch nie in Mecklenburg-Vorpommern. Und das heißt, eine Investitionsquote, im nächsten Jahr 17,6 Prozent

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

und dann 16 Prozent. So viel zu diesen immer wieder falschen Behauptungen der AfD,

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –

Enrico Schult, AfD: Mit dem Sondervermögen,
Herr Geue, mit dem Sondervermögen.)

immer wieder. Sie versuchen, das Land schlechtzureden, Sie versuchen, den Menschen Angst zu machen. Ich weise das hiermit zurück. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf aus dem Plenum: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Abgeordnete Dr. Harald Terpe.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es geht hier nach der Reihenfolge.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja auf wunderbare, auf wundersame Weise zum FAG-Gesetz jetzt sehr, sehr viel Redezeit noch überall gewonnen.

Es geht jetzt immer hin und her,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

weil wir inzwischen längst wieder bei ganz anderen Themen gelangt sind. Aber wie man merkt, es sind offensichtlich sehr wichtige Themen, und es sind ja, steht ja jetzt im Zentrum die Frage der Kostenexplosion im Sozialbereich. Und da sind ja zwei Themen von der Ministerpräsidentin angesprochen worden.

Das eine ist das Bundesteilhabegesetz. Da beißt die Maus ja nun keinen Faden ab, dass das klar ist, dass da eine Kostenexplosion entstanden ist. Ich glaube, sie war

auch zu erwarten und es war von vornherein sicherlich so, dass man da, auch wenn man die Erwartungshaltung hatte, zunächst wahrscheinlich nicht hat durchsetzen können, dass dann auch tatsächlich der Bund, wenn er bestellt, dann auch bezahlt. Das ist ja nachvollziehbar. Und dann stellt sich natürlich immer wieder die Frage, was kann die Landesebene nun eigentlich machen, außer mit den Kommunen zusammen irgendwie die Rechnung zu bezahlen – das wird ja auch gemacht, anders, das merken wir ja, deswegen gibt es ja die Konflikte auch zwischen Landesebene und Kommunen – und auf der anderen Seite dann in den Landesrechnungshofbericht zu gucken, der sicherlich mehr da reingeschrieben hat. Aber etwas, was leistbar ist, war natürlich diese Taskforce. Ob die sozusagen der Stein der Weisen nachher ist, was sie bringen wird, ob das wirklich dann am Ende tatsächlich große Einsparungen ergibt, weiß man nicht.

Natürlich ist es berechtigt zu sagen, eine gewisse Transparenz muss da sein. Und danach sind wir immer wieder vor dem gleichen Thema, das kenne ich schon seit vielen, vielen Jahren: Ist der Aufwand, den man für die Erzielung der Transparenz sozusagen leisten muss, ist der bei dem, was man dann einsparen kann, gerechtfertigt? Das ist, vor dieser Gretchenfrage steht man häufig. Und natürlich ist es trotzdem berechtigt, eine Transparenz natürlich herzustellen. Ich glaube nur, dass es vielleicht nicht ganz so weit tragen wird, wie wir das erhoffen könnten oder vielleicht auch wollten an verschiedenen Stellen.

Gemeldet habe ich mich ehrlicherweise auch, weil natürlich ein bisschen danach gefragt worden ist, was machen denn die Bündnisgrünen. Und dann habe ich meinen verehrten Kollegen Torsten Renz gehört, der dann von sich geschoben hat, also es sind ja die GRÜNEN, ich bin es nicht, sondern die GRÜNEN sind das mit der Gruppengröße. Und da wollte ich noch mal richtigstellen,

(Torsten Renz, CDU: Weil das auch nicht seriös ist, was Sie da machen.)

da wollte ich noch mal richtigstellen, dass wir im Grundsatz –

(Zuruf von Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um die Betreuungsschlüssel und Qualitätsverbesserungen –,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

ob man das Gruppengröße nennt oder Betreuungsschlüssel, kommt doch aufs Gleiche raus,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

das muss man mal klar sagen. Eigentlich steckt ja dahinter, dass wir sagen, und das ist ja unser Credo seit vielen Jahren, da überraschen wir ja niemanden, dass wir seit vielen Jahren sagen, zusätzlich zu dem, was man vielleicht auch

(Torsten Renz, CDU: Nee,
wir machen konkrete Zahlen.)

politisch im Lande ...

Nun rede mir nicht immer dazwischen!

(Torsten Renz, CDU: Doch,
wir machen konkrete Zahlen,
wird doch gewünscht in der Debatte.)

Kannst du mal das ...

(Glocke der Vizepräsidentin –
allgemeine Heiterkeit –
Julian Barlen, SPD: „Kannst
mal den ...“ wäre auch möglich. –
Torsten Koplin, Die Linke: Nicht aussprechen!)

Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ja, ich muss jetzt tatsächlich mal dazwischengehen, weil es hier zu einem Dialog kommt und nicht mehr einen Zwischenrufcharakter hat, deswegen ...

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich meine, die Aufgeregtheit des Kollegen Renz ist groß, das weiß ich, das kenne ich ja.

Aber ich wollte nur noch mal klar sagen, ob Betreuungsschlüssel oder Gruppengröße, das ist ein und dasselbe, es läuft auf die gleiche Diskussion hinaus, und dahinter steckt der Gedanke zusätzlicher Qualität im Kitabereich.

Dann war auch völlig klar, dass man manches auch nicht zur gleichen Zeit leisten kann. Und jetzt haben wir aber die einmalige Situation, dass dadurch, dass tatsächlich die Demografie uns leider die Situation beschert, dass wir weniger zu betreuende Kinder in Zukunft haben. Ich bedauere das sehr und kann das dann auch nur unterstützen, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, es wird uns noch mal schwer auf die Füße fallen in vielen Gemeinden, dass wir eigentlich weniger Kinder dann haben. Wir müssten eigentlich, letztendlich wäre es schön, wenn man mehr Nachwuchs hätte – ihr wisst, meine familiäre Situation, ich habe dafür sicherlich beigetragen.

(Heiterkeit bei Falko Beitz, SPD –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

So, aber wir haben die einmalige Situation, jetzt nicht zu sagen, wir haben euch jahrelang erzählt, liebe Betreuer, Erzieher/-innen, Elementarpädagogen, lasst euch ausbilden, qualifiziert euch, und jetzt haben wir sie und dann sagen wir, nee, also eigentlich haben wir für euch gar keine Verwendung. Und da ist doch die Idee richtig, zu gucken,

(Torsten Renz, CDU: In einen Dialog zu gehen.)

ob man nicht teilweise sozusagen durch Verbesserung der Qualität, Verbesserung der Betreuungsschlüssel auch diese letztendlich dann auch sozialpolitische Situation auffangen kann.

(Torsten Renz, CDU:
Deswegen in einen Dialog gehen.)

So, richtig, und deswegen redest du mir schon wieder dazwischen, weil das eigentlich das Credo jetzt von mir ist.

(Torsten Renz, CDU: Weil du
nicht zum Punkt kommst.)

Und da nehme ich gerne die Hand der Ministerpräsidentin an, die gesagt hat, wir müssen da auch gemeinsam bestimmte Sachen sagen.

(Torsten Renz, CDU: Unsere Vorgehensweise.)

Und ich glaube, dass das auf verschiedenen Seiten des Parlamentes auch so ist, der Wunsch danach, an der Stelle zusammenzustehen und gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen. Und wie wichtig das ist, hat man ja gerade an dieser Demonstration auch gemerkt, es brennt den Leuten ja auch auf den Füßen. Da war es insbesondere natürlich das Teilhabegesetz, aber das trifft ja genauso für den Bildungsbereich zu.

Also, mein Credo ist, wir sollten das zusammen machen, und da sollten die Hände gerade in so einer sensiblen Frage, in so einer sensiblen Zeit, wo wir sozusagen in den Wahlkampf gehen, dann doch versucht werden, auf einen gemeinsamen Tisch, einen gemeinsamen Nenner zu führen. Denn es ist immer so, Ideen können wirklich vielfältig sein, und wenn man sie vernünftig unter einen Hut bringt, dann hat man viel geschafft. Das war mein Credo, deswegen habe ich mich noch mal zu Wort gemeldet.
– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle noch mal der Hinweis, Zwischenrufe sind gestattet, aber Dialoge zwischen dem Redenden und dem Plenum sind doch bitte zu unterlassen.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich an dieser Stelle Mitarbeitende der Stadtverwaltung Sassnitz. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Für die Fraktion der AfD hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Herr Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Werte Bürger! Ja, die Ministerpräsidentin hat hier nun noch mal ihren Finanzminister nach vorne geschickt.

Herr Finanzminister, Herr Dr. Geue,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

es wird trotzdem nicht besser. Sie haben es ja ganz geschickt gemacht, indem Sie sozusagen die regulären Investitionen vermengt haben mit den Schulden, mit dem Sondervermögen.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Das sind keine Schulden.)

Und es sind, es sind in der Tat – ja, das eine ist aber, das eine ist aber natürlich,

(Torsten Koplin, Die Linke:
Wir zahlen dafür keine Zinsen,
Herr Schult, wir zahlen dafür keine Zinsen.)

das eine, das eine ist darauf gemünzt oder erhofft, dass es sozusagen dann sich irgendwann zurückzahlen würde. Aber es sind und es bleiben Schulden, sehr geehrte Damen und Herren.

Und ich sehe das hier ganz klar, 2024, Investitionsquote 7,6 Prozent, und wenn ich das Sondervermögen außen vor lasse, haben wir 13,6 Prozent im aktuellen Haushalt 26/27. Sofern Sie das Sondervermögen, die Sonderschulden hinzuzählen, dann ist die Quote natürlich etwas besser. Aber es zeigt doch, dass wir 2024 eine Investitionsquote von 17,6 Prozent hatten ohne Sonderschulden, sondern damals schon im regulären Haushalt abgebildet. Und deshalb kann ich Ihnen ganz ehrlich sagen, machen Sie sich ehrlich an dieser Stelle und versuchen Sie nicht, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen, denn das glaubt man Ihnen nicht mehr.

Und fangen Sie nicht an, uns hier als Lügner zu bezichtigen, Herr Dr. Geue! Sie wissen ganz genau, wie es um unseren Haushalt bestellt ist,

(Rainer Albrecht, SPD: Er hat
von Unwahrheiten gesprochen.)

und Sie wissen auch – und darauf sind Sie gar nicht eingegangen –, dass insbesondere die Personalquote natürlich deutlich angewachsen ist. Wir geben immer mehr für Personal aus und geben immer weniger in die Investitionen hinein. Und natürlich auch die Zinsausgabenquote, 2024 1,4 Prozent und 2026/27 jetzt mittlerweile 1,8 Prozent. Das ist Geld, was wir vorhalten müssen, was wir dann nachher ja auch nicht zur Verfügung haben.

Und ich kann Ihnen ja auch mal sagen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

insbesondere auch den Kommunalvertretern, kann ich Ihnen sagen – Herr Albrecht, hören Sie zu, vielleicht wird das,

(Rainer Albrecht, SPD: Nee, nee.)

werden Sie das noch auch einschätzen

(Rainer Albrecht, SPD: Von Ihnen
kann ich bestimmt nichts lernen.)

und können das nachvollziehen als Kommunalvertreter –, ich kann Ihnen sagen,

(Glocke der Vizepräsidentin)

wofür wir das Geld zum Teil ausgeben. Das ist ja die Kritik auch der AfD-Fraktion, dass Sie immer wieder Sondertöpfe füllen, ob das der Bürgerfonds ist, ob das der Vorpommernfonds ist, aber die Gemeindevertreter, die Kommunalvertreter stehen als Applaudierkulisse da und dann kommen Sie

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

und dann kommen Minister oder die Ministerpräsidentin und dann müssen wir uns verneigen und sagen, vielen Dank, liebe Landesregierung, lieber Herr Minister,

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

dass wir so viel Geld von Ihnen bekommen. Das wollen wir nicht! Wir wollen den Kommunen das Geld direkt, Herr Falk, wir wollen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

dass die Kommunen das Geld direkt in ihre Haushalte geben, dass wir uns sozusagen nicht an irgendwelchen goldenen Zügeln führen lassen, sondern die Kommunalvertreter selbstständig entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Zuruf von Marcel Falk, SPD)

Das wollen Sie nicht, das wollen Sie nicht. Sie wollen sozusagen die Kommunen am Gängelband durch die Manege führen.

Und ich kann Ihnen einmal ein Beispiel nennen aus dem sogenannten Bürgerfonds – den wollen Sie ja demnächst abschaffen, ist auch richtig so, haben wir auch gefordert –,

(Julian Barlen, SPD: Falsch! Wird nicht
abgeschafft. Hören Sie bitte auf,
die Unwahrheit zu erzählen! –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

was da beispielsweise im Bürgerfonds, im Bürgerfonds gefördert wird. Hören Sie zu, hören Sie zu, ich habe eine,

(Glocke der Vizepräsidentin)

ich habe eine Anfrage ...

Offensichtlich – was trifft, das trifft, ne, Herr Albrecht, also Sie sind ja gar nicht mehr zu bremsen da auf Ihrem Platz –,

(Rainer Albrecht, SPD: Sie erzählen
hier so viele Unwahrheiten.)

offensichtlich merken Sie, dass Sie, dass ich da den Nerv getroffen habe.

Also, Bürgerfonds.

(Julian Barlen, SPD: Nee, Herr Schult,
wir merken, dass Sie die Unwahrheit
erzählen, mehr nicht.)

Ich habe eine Anfrage gestellt, welche Projekte da im Bürgerfonds finanziert wurden und aus meinem Wahlkreis in der Peenestadt Neukalen. Und zwar heißt es, da wurde für 26.000 Euro, wurden folgende Projekte gefördert: „Empowerment in Polykrisen und großer Transformation“

(Marcel Falk, SPD: Oh!)

„durch künstlerische Kommunikation“.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wow!)

Haben Sie gefordert, haben Sie gefördert, ist ein Projekt – sagt mir jetzt erst mal nichts,

(Michael Noetzel, Die Linke: Aber
man kann es trotzdem mal anprangern.)

aber vielleicht waren die,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

die, die, die, die Förderkriterien ... Das Weitere, das Nächste ist, Moment, das Nächste ist, das Zweite ist, was auch gefördert wird, 26.000: „Erzählungen über MV – Anstoß für Diskussionen zur Veränderung“.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Ja, liebe Kollegen, das kann alles heißen oder auch gar nichts, und das fördern Sie

(Zurufe von Heiko Miraß, SPD,
und Michael Noetzel, Die Linke)

über Ihren sogenannten Bürgerfonds!

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Und wenn ich jetzt, hören Sie zu, wenn ich Ihnen jetzt sage, was der, was der Bürgermeister der Peenestadt Neukalen dazu sagt, der sagt nämlich Folgendes, also: „Das sagt doch alles. Oder eben auch nichts. Neukalens Bürgermeister Rico Zoschke (CDU) kann da nur mit den Schultern zucken. Also die Stadt habe damit nichts zu tun. Er kenne diese Projekte auch nicht. Wahrscheinlich sind“ das eher Projekte vom „Projekthof Karnitz“.

Und das ist Geld,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

was aufgewendet – und das ist ein, ein, ein kleines Beispiel, ein kleines Beispiel,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

wo Sie die Kommunalvertreter an dem Nasenring durch die Manege führen, wo irgendwelche Projekte gefördert werden,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

wo der zuständige Bürgermeister gar nichts davon weiß. Glauben Sie mir nicht, glauben Sie nicht,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

dass der zuständige Bürgermeister, dass die Kommunalvertreter – im Übrigen ist Marc Reinhardt dort auch Kommunalvertreter –,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Marcel Falk, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass die nicht am besten wissen, dass die nicht am besten wissen, wofür das Geld eingesetzt wird?! Aber nein, Sie machen sich damit wichtig, mit Bürgerfonds, mit Vorpommernfonds.

Und das werden wir Ihnen ab 2026 nicht mehr durchgehen lassen,

(Beifall Thore Stein, AfD)

und deshalb sind Sie ja auch gerade so angefixt, weil wir diese Dinge an die Öffentlichkeit bringen,

(Michael Noetzel, Die Linke: Was haben Sie denn an die Öffentlichkeit gebracht?

Sie wissen doch gar nicht mehr,
was da passiert ist, und sagen jetzt,
das ist ganz schlimm. Das ist peinlich.)

und das werden wir immer weiter tun, sehr geehrte Damen und Herren, und das werden auch die Kommunalvertreter im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern sehen, wofür Sie das Geld ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Schult, ...

Enrico Schult, AfD: ... jetzt ausgeben.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... jetzt einen Moment,

(Tilo Gundlack, SPD: Was ein dummes Zeug!)

jetzt muss ich hier doch noch mal eingreifen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Es ist jetzt wirklich unglaublich laut. Es ist hier wirklich nicht mehr zu verstehen.

(Tilo Gundlack, SPD: Dann muss er
nicht so einen Scheiß erzählen.)

Ich bitte wirklich, dann nutzen Sie doch andere Instrumente, es gibt die Kurzintervention, es gibt die Zwischenfrage.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Die Zeit ist zu schade dafür.)

Ein bisschen mehr Ruhe wäre wirklich angebracht.

So, Herr Schult, bitte!

Enrico Schult, AfD: Ja, Pardon, Frau Präsidentin, es war wirklich sehr laut, ich musste denn etwas lauter sprechen. Aber jetzt sind wir ja wieder auf dem Geräuschlevel,

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Mimimi.)

wo wir uns gegenseitig auch zuhören und verstehen.

Deshalb haben wir als AfD-Fraktion immer ...

(Tilo Gundlack, SPD:
Verstehen tue ich Sie nicht.)

Also da geht es schon wieder los, es geht schon wieder los.

Deshalb haben wir als AfD-Fraktion uns dafür ausgesprochen, die Infrastrukturpauschale zu erhöhen, dass die Kommunen quasi selber natürlich in der Lage sind zu entscheiden, wofür geben sie das Geld aus.

Und um noch mal auf den Kommunalgipfel zurückzukommen, es ist in der Tat so – Kommunalgipfel –, wir sind der Haushaltsgesetzgeber, sehr geehrte Damen und

Herren, wir sind der Haushaltsgesetzgeber. Zum Kommunalgipfel kommen sie zusammen, insbesondere die Regierungsfractionen, der Städte- und Gemeindetag, der Landkreistag, und dann sind wir hier das Abnickerkabinett, wo wir einfach nur noch mit dem Kopf nicken,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

wo wir im Finanzausschuss noch drüber in Kenntnis gesetzt werden, was Sie, was die Granden da beschlossen haben. Und das ist keine seriöse, keine solide Politik, und das werden wir Ihnen auch immer wieder so deutlich sagen. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Einen kleinen Moment bitte, Herr Schult! Es gibt einen Antrag auf Kurzintervention durch Fraktion Die Linke.

Herr Bruhn!

(Christian Brade, SPD: Sind
ja nicht mehr so viele da. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dirk Bruhn, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank für das Wort!

Als Erstes möchte ich Ihre Kritik am Projekthof Karnitz aufs Schärfste zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Es ist absolut, was Sie hier gesagt haben, ist ehrabschneidend. Das ist eine private Initiative, um Kultur ins Dorf zu bringen, um Wissen zu vermitteln, um Kino zu machen. Es ist unglaublich, wie Sie sich darüber, wie Sie sich darüber äußern.

(Beifall Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Richtig!)

Dann bleibt mir nur übrig, wenn Sie sich noch mal über Finanzen äußern, Herr Schult, Ihr Wissen steht Ihnen bei Ihrer Einschätzung nicht im Weg,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

denn Sie haben gesagt, die Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand. Für unser Amt Demmin-Land ist das unwahr. In den letzten Jahren haben die Gemeinden gut aufgeholt.

Enrico Schult, AfD: Ah!

Dirk Bruhn, Die Linke: Sie haben gesagt, für Ihre Gemeinde als Finanzausschussvorsitzender wären Fördermittel für E-Ladesäulen das größte Problem. Das ist Quatsch! Das Problem der Gemeinde Nossendorf ist eine zu geringe Steuerkraft.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Ja, genauso sieht es aus.)

Und wenn Sie mal überlegen, Sie wollten sich einen Gehweg bauen, ...

Enrico Schult, AfD: Das habe ich tatsächlich, einmal ...

Dirk Bruhn, Die Linke: Sie wollen einen ...

Enrico Schult, AfD: Was wollen Sie bauen?

Dirk Bruhn, Die Linke: ... Gehweg bauen in Nossen ...

Enrico Schult, AfD: Einen Gehweg! Gehweg.

Dirk Bruhn, Die Linke: Wenn Sie sich mal überlegen, wenn Sie diesen Gehweg vor fünf Jahren gebaut hätten mit Schulden, dann wären Sie über die Hälfte schon los, wenn Sie die Baupreisentwicklung mit ansehen. Also diese auf schuldenfinanzierte Investitionen zu verteufeln, ist der größte Quatsch, den es gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Abgeordneter?

Enrico Schult, AfD: Ja, sehr gerne!

Ja, Herr Bruhn, mich wundert, dass Sie sozusagen über den Haushalt der Gemeinde Nossendorf – wie gesagt, ich bin Ausschussvorsitzender des Finanzausschusses da,

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Rainer Albrecht, SPD: Sagt ja noch nichts.)

bin stellvertretender Bürgermeister –, mich wundert, dass Sie über unseren Haushalt besser Bescheid wissen wollen als ich, insofern ringt mir das auch ein gewisses Lächeln ab.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das, was ich angesprochen habe, was ich angesprochen habe, ist tatsächlich, dass wir Fördermittel zur Verfügung gestellt bekommen hätten als Gemeinde für E-Ladesäulen für Touristen. Aber es – das ist ein Bundesförderprogramm, 90-

prozentige Förderung –, es gibt aber keine Touristen, die nach Nossendorf kommen, es gibt da niemanden. Dann sagt man doch lieber,

(Michael Noetzel, Die Linke: Die
sollen offensichtlich auch nicht kommen.)

warum müssen wir jetzt E-Ladesäulen im ländlichen Raum, warum lässt man uns als Kommunalvertreter nicht die Entscheidung.

Und genauso ist es doch beim Projekthof Karnitz. Sie mögen das eine ganz tolle Sache finden.

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

Dann nehmen Sie Ihr privates Geld, unterstützen den Projekthof Karnitz! Aber Sie nehmen Steuermittel, und die Steuermittel einzusetzen, das obliegt den Kommunalvertretern, denn die sind nämlich da gewählt vor Ort, die wissen, ob das sinnvoll eingesetzt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Und „künstlerische Kommunikation“ in Krisenzeiten, „Anstoß für Diskussionen zur Veränderung“, da sitzen drei/vier Gestalten, die sich gegenseitig immer wieder irgendwas vorräubern,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

und da 26.000 Euro zu verwenden. Das lehnen wir rundheraus ab als AfD-Fraktion. Und das sage ich Ihnen ganz offen, wenn wir 2026 in Regierungsverantwortung kommen sollten,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

dann werden wir gerade bei diesen Projekten ganz eindeutig den Rotstift ansetzen,

(Michael Noetzel, Die Linke: Ja, richtig! –
Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

denn das ist das Geld des Steuerzahlers, was Sie hier verprassen mit irgendwelchen dubiosen Projekten.

(Zurufe von Michael Noetzel, Die Linke,
und Jeannine Rösler, Die Linke)

Wir haben die gewählten Kommunalvertreter, geben Sie denen das Geld!

Und wenn die Neukalener Stadtvertreter meinen, der Projekthof Karnitz ist so eine tolle Angelegenheit, dann gehen Sie da hin, wie es in jeder anderen Stadt auch ist, stellen da einen Antrag auf Förderung und dann bekommen Sie den Antrag von den Stadtvertretern. Aber das wollen Sie nicht, Sie wollen keine autonomen Kommunen,

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen.)

Sie wollen keine selbstbewussten Kommunen, Sie wollen die Kommunen am Gängelband durch die Manege führen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

und die goldenen Zügel, die, die ziehen Sie immer enger. Und das lassen wir Ihnen auch nicht durchgehen, und das merken immer mehr Kommunalvertreter.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Jetzt kommen Sie mit Ihrem Kommunalgipfel, es wird noch viel Geld ausgeschüttet,

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

aber es wird nicht helfen, das sage ich Ihnen ganz offen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort der Abgeordnete Patrick Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will an dieser Stelle doch noch mal versuchen, etwas zur Versachlichung dieser Debatte beizutragen, und möchte sehr gerne auf einen Dialog hinweisen, der uns in der Landesregierung, uns in den Fraktionen, uns im Landtag, uns in den kommunalen Parlamenten, uns im Gespräch mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, aber auch mit denen, die Leistungen in unserem Land erbringen, selbstverständlich mit Trägern, mit Erzieherinnen und Erziehern, mit Elternvertretern, in den letzten Wochen und Monaten so intensiv beschäftigt hat wie kaum eine andere Frage.

Und ich glaube ernsthaft, dass dieser Haushaltsentwurf und diese beiden regierungstragenden Fraktionen die einzigen Fraktionen in diesem Haus sind, die es ehrlich meinen damit, erstens, nur versprechen, was sie halten können, und zweitens das aber auch mit Rückgrat den Menschen gegenüber sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Von allen anderen erlebe ich an dieser Stelle einen Eiertanz, der wirklich unredlich ist.

Und, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, ich muss an dieser Stelle einmal Sie zitieren. Ich zitiere aus Ihren Veröffentlichungen: „Wir brauchen jetzt keine

hektischen Sparprogramme“ – Zitat auf der einen Seite. Gestern sagen Sie zum Haushalt: „Dieser Haushalt lebt über die Verhältnisse des Landes – und die Landesregierung tut so, als sei alles in Ordnung.“ Sie sagen: „Einsparungen dürfen nicht zulasten“ der „Menschen ... gehen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wollen Sie denn nun?!

(Heiterkeit bei Marcel Falk, SPD)

Sie verkaufen die Menschen für blöd, die Regierung kann jeden Euro nur einmal ausgeben, Sie machen aus jedem einzelnen Euro des Landes zehn.

(Zuruf von René Domke, FDP)

Das funktioniert nicht, und das verstehen die Bürgerinnen und Bürger sehr viel besser.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sich am Rande einer hitzigen Demonstration hinstellen, wo Tausende Menschen auf die Straße gehen – übrigens mit sehr berechtigten Interessen –, ein bisschen hämisch aus der letzten Reihe zu sehen, wie zwei Ministerinnen, Frau Oldenburg und Frau Drese, gegrillt werden sollen, und danach noch ein kluges Video zu produzieren, dass das mit uns ja alles so nicht passiert wäre – meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Menschen schon noch ganz gut wissen, wie träge, wie schwierig, wie hakelig der Weg in der letzten Legislatur war, als sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig durchgesetzt hat, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern die Kita beitragsfrei machen. Dazu mussten wir Sie zum Jagen tragen, da mussten wir Sie überzeugen. Und sich dann jetzt heute hier so hinstellen und so zu tun,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

als wäre man der Rächer der Kinder und wäre der Vorreiter der Kitabeitragsfreiheit und der Instrumente, lieber Herr Renz und lieber Herr Peters, das funktioniert so nicht,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

da müssen wir, glaube ich, zur Versachlichung zurückkommen.

Und bei allem Respekt, wir haben Ausschussbefassungen, wir haben Anhörungen dazu, wir haben Diskussionen.

(Torsten Renz, CDU: Wenn mal eine wäre.)

Ich glaube, da muss man sich auch nicht für blöd verkaufen lassen. Ein öffentlicher Brief, eine öffentliche Reaktion der Parität, alles per Pressemitteilung, per Drucksachen längst draußen, und darauf sind die Anzuhörenden zum Teil auch eingegangen.

(Enrico Schult, AfD: Nein, wir haben gar nicht
darüber debattiert im Bildungsausschuss.
Da müssen Sie sich mal ein bisschen
informieren, Herr Dahlemann.)

Also so zu tun, als hätte man das alles nicht gewusst, ist wirklich Quatsch, Herr Renz, da hätte ich jetzt ehrlicherweise in der Argumentation ein bisschen mehr erwartet.

(Torsten Renz, CDU:
Das ist die Unwahrheit. –
Enrico Schult, AfD: Das ist wirklich
die Unwahrheit. Das haben wir
gar nicht diskutiert im Ausschuss.
Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will aber nicht nur die CDU an dieser Stelle in Rage bringen, sondern will zunächst noch mal ganz grundsätzlich sagen, mit Manuela Schwesig als Ministerpräsidentin an der Spitze in diesem Land

(Zurufe von Enrico Schult, AfD,
und Torsten Renz, CDU)

und im Übrigen mit Simone Oldenburg als zuständige Ministerin für die Kindertagesförderung können wir sehr selbstbewusst den Menschen ein Versprechen geben. Nur mit dieser Regierungskonstellation, nur mit diesen beiden handelnden Akteuren wird genau das gelten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

mit uns bleibt mit diesem Haushalt die Kita in Mecklenburg-Vorpommern beitragsfrei. Dafür streiten wir, und da wehren wir auch jeden Kampf hartnäckig ab.

Und trotzdem, trotz aller Sparbemühungen, trotz aller Haushaltsdrucksituationen, die wir haben, haben wir es geschafft, auch Qualitätsverbesserungen in dieser Legislatur hinzukriegen. Der Ferienhort ist beitragsfrei, wir haben die Gruppengrößen verkleinert, und ich kann sagen, immer dann, wenn Manuela Schwesig versprochen hat, dass wir auch eine Qualitätsverbesserung machen, dann haben wir sie eingehalten. Und darauf können die Menschen sich auch für weitere Schritte in Mecklenburg-Vorpommern fest verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich will ganz persönlich, ich will ganz persönlich an dieser Stelle auch sagen, auch als Vater einer 5-jährigen Tochter, ich habe großen Respekt vor der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern, und ich kann mir nur vorstellen, was die da jeden Tag leisten. Und deswegen habe ich auch großes Verständnis für den Wunsch, dass Gruppengrößen in der Krippe, im Kindergarten, im Hort kleiner werden. Aber wir sagen

eben auch, dass das mit einer soliden und vernünftigen Finanzpolitik leistbar sein muss und deswegen Schritt für Schritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was die AfD allerdings hier zum Schluss wieder abgezogen hat, Herr Schult,

(Enrico Schult, AfD: Na, bitte!)

das ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Sie tun so, als wenn Sie hier der Anwalt der Kommunen seien, Sie versuchen mit Ihren Ämtern eine politische Expertise darzustellen,

(Enrico Schult, AfD: Aber Erfahrung, die können
Sie mir nicht absprechen, Herr Dahlemann.)

die ich aus Ihren Redebeiträgen an keiner Stelle Ihnen bescheinigen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Enrico Schult, AfD: Die Erfahrung
können Sie mir nicht absprechen.)

Sie haben eindrucksvoll gezeigt, dass Sie die Systematik der Kommunalfinanzen, dass Sie selbst die Mittel, die wir, Manuela Schwesig mit dem Sondervermögen mit dem Bund erkämpft haben –

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

übrigens zinsfrei. Die Dinge, die wir im Sondervermögen machen,

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

das ist die große Chance für dieses Land. Worin investieren wir? Wir investieren in Schulen, in Feuerwehren. Wir investieren in Straßen, wir investieren in Kitas, wir investieren in Wirtschaftsgebiete.

(Enrico Schult, AfD: Der Steuerzahler. –
Zuruf von Michael Meister, AfD)

Alles das, was die Menschen von uns in diesem Land erwarten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

da wollen Sie die Axt anlegen. Und damit, und damit die Bürgerinnen und Bürger auch klar wissen, Sie sind im Übrigen auch einer der größten Gegner der Kitabeitragsfreiheit. Ich will Sie zitieren.

(Enrico Schult, AfD: Wo steht das denn?)

Sie bezeichnen die Kitabeitragsfreiheit in Ihrer Pressemitteilung, müssen Sie selbst lesen, als teures Wahlgeschenk,

(Thore Stein, AfD: Ja.)

als absehbar zu teuer, als oben versprochen und unten nicht zu leisten, nur der Pleitestaat Berlin würde sich das noch leisten. Und deswegen halten Sie die Diskussion zur Wiedereinführung von moderaten Elternbeiträgen für den Weg.

Das ist die AfD in diesem Land!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sie machen eine asoziale Politik, Sie wollen die Errungenschaften in diesem Land hinterfragen und versuchen wie immer, die Schwächsten gegen die Ärmsten

auszuspielen. Als die Schwächsten in der Gesellschaft einen Beitragsplatz bezahlt bekommen haben, haben Sie es kritisiert, dass andere mit einem Euro drüber sind. Jetzt, wo wir so ein Instrument haben, wollen Sie das wieder abschaffen,

(Der Abgeordnete Enrico Schult
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

nur um politisch Kapital daraus zu schlagen. Das wird es mit uns nicht geben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

darauf werden wir es im nächsten Jahr in der Zuspitzung auch ankommen lassen.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten, gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

(Thore Stein, AfD: Viel Erfolg, Herr Dahlemann!)

Patrick Dahlemann, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Dahlemann, Sie müssen tatsächlich da auch schon – also ich kann Ihnen sagen, 2016 stand die Beitragsfreiheit der Kita schon im Wahlprogramm der AfD.

(Thore Stein, AfD: Hört, hört!)

Wir setzen uns weiterhin für die, für die beitragsfreie Kita ein,

(Zuruf von Jeannine Rösler, Die Linke)

aber eines, eines wollen wir nicht, Herr Dahlemann, eines wollen wir nicht, und das haben Sie auch ganz gezielt angesprochen,

(Zuruf vonseiten der Fraktion Die Linke)

dass es benutzt wird. Und 2020, ich sage es Ihnen, 2020 war das ganze Land vollgestellt mit Großplakaten: „Gutes neues Jahr! Die Kita ist jetzt kostenfrei!“ Und wer war drauf? Die Ministerpräsidentin. Sie hat, sozusagen mit dem Geld der Landkreise und der Kommunen

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

hat sie Wahlkampf gemacht und dann offensichtlich ja auch die Wahl dann nachher gewonnen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und das ist das, und das ist das, was wir kritisieren, Herr Dahlemann. Und diese Pressemitteilung – ich bin bildungspolitischer Sprecher, bin auch für Kitas und so weiter zuständig –, wir kritisieren ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Sie müssen jetzt eine Frage formulieren.

Enrico Schult, AfD: Ja, ich bin doch dabei, Frau Präsidentin.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thore Stein, AfD)

Wir kritisieren durchaus, dass das Geld sozusagen so ausgegeben wird und dass die Kommunen dazu beitragen müssen,

(Jeannine Rösler, Die Linke: Das ist
keine Frage, das ist keine Frage. –
Zuruf von Thore Stein, AfD)

ohne eine Kostenkontrolle zu haben, ohne einen Überblick zu haben, was mit dem
Geld passiert ist.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Minute ist jetzt um.

Enrico Schult, AfD: Darauf bezieht sich,

(Philipp da Cunha, SPD:
Redezeit ist vorbei, tut mir leid.)

darauf bezieht sich unsere ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Die Minute ist um.

Enrico Schult, AfD: ... Kritik, und da bitte ich Sie, dazu auszuführen, denn das ist
nämlich das, was Sie dargestellt ...

(Der Abgeordnete Enrico Schult
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: So, Herr, Herr Abgeordneter, es wird Ihnen
jetzt schwerfallen,

(Ministerin Simone Oldenburg:
Du hast keine Frage gehört.)

auf diese eigentlich Nicht-Frage zu reagieren. Kriegen Sie es trotzdem hin? Ich denke,
ja.

Patrick Dahlemann, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

(Ministerin Simone Oldenburg:

Er hat nichts gefragt.)

Patrick Dahlemann, SPD: Ich danke Ihnen für diese Offenbarung. Sie haben offen darüber gesprochen, was im Wahlprogramm der AfD steht. Vor der Wahl wollen Sie den Leuten das Blaue vom Himmel versprechen – übrigens, diese wunderschöne Farbe überlassen wir Ihnen nicht –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

und nach der Wahl, jetzt im Laufe einer Legislatur, um den Kommunen nach dem Munde zu reden,

(Jens-Holger Schneider, AfD:

Ist eine Frage des Vertrauens.)

reden Sie von der Wiedereinführung von moderaten Gebühren. Wir haben für die Kitabetragsfreiheit Sie nicht gebraucht. Die CDU haben wir hartnäckig überzeugt,

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

die Linken aus Überzeugung in der Sache ganz vorneweg mit an unserer Seite. Und deswegen sage ich Ihnen, machen wir es zur Abstimmung im nächsten Jahr. Wer möchte,

(Der Abgeordnete Enrico Schult

spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

dass die Eltern sich weiter darauf verlassen können – wir werden es auf jedes große Plakat hauen, wir werden es den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog erklären, Sie sind

eine Gefahr für die Zukunft unserer Kinder, Sie sind eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt,

(Der Abgeordnete Enrico Schult
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

und da haben Sie sich gerade herrlich ehrlich offenbart in der Sache. Da werden wir Sie stellen und uns damit auseinandersetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Das war dann auch das Ende des Redebeitrags.

Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Torsten Renz, CDU: Ich hatte
eine Kurzintervention angezeigt. –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Herr Renz, das war, ich glaube, Ihnen auch, es war jetzt ein bisschen plötzlich, dass die Rede zu Ende geht.

(Schriftführer Stephan J. Reuken:
Nein, er hat das zwischendurch gezeigt.)

Ach so, das habe ich dann nicht gesehen.

(Enrico Schult, AfD:
Ja, das kann ich bestätigen.)

Es gibt dann noch einen Antrag auf Kurzintervention.

Herr Renz, bitte!

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Dahlemann, ich will Sie einfach bitten, auch wenn Sie meiner Bitte wahrscheinlich nicht folgen werden, bei der Wahrheit zu bleiben.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Es gab beim KiföG, es gab beim KiföG, über das wir gestern abschließend hier abgestimmt haben, keine fachliche Beratung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens.

(Enrico Schult, AfD: Hat er recht.)

Die Anträge lagen bis zur abschließenden Beratung weder im Bildungsausschuss noch im Finanzausschuss vor.

(Enrico Schult, AfD: Der Ausschussvorsitzende
guckt schon runter da hinten.)

Es wurde über die geänderten Paragraphen, die Sie dann vorgelegt haben, nicht im Rahmen der Ausschussberatung debattiert – ich möchte Sie bitten, bei der Wahrheit zu bleiben, das können alle Mitglieder des Ausschusses definitiv bezeugen –, sondern in der letzten Sitzung unter „Ausschussangelegenheiten“ wurde es dann vorgetragen. Aber uns den Vorwurf zu machen, dass wir eine Beratung in dem Sinne durchgeführt haben,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
So war es aber verabredet.)

das stimmt definitiv nicht, und ich wäre Ihnen eigentlich dankbar, einfach nur zu sagen, ja, ich habe recht. – Herzlichen Dank!

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, ich denke, Sie wollen darauf reagieren. (Zustimmung)

Dann bitte schön!

Patrick Dahlemann, SPD: Ich bin enttäuscht und habe ein bisschen den Eindruck, Herr Renz, Sie wollen die Menschen da draußen für blöd erklären.

Eine große Demonstration, zahlreiche Gespräche der Landesregierung mit den Spitzen der LIGA, mit den Interessenvertretern, mit den Eltern, ein permanenter Briefwechsel, unsere E-Mail-Verkehre waren voll, auch als Abgeordnete, genau davon, eine auf diese verändernden Punkte und Maßgaben eingehende Rede des Paritätischen auf dieser Demonstration und am Tag danach eine Anhörung, wo selbstverständlich diese Experten auch auf Punkte, wo wir uns bewegt haben, eingehen –

(Enrico Schult, AfD: Das wurde doch wieder
von der Tagesordnung genommen. –
Der Abgeordnete Torsten Renz
kehrt zu seinem Platz zurück.)

jetzt den Eindruck zu erwecken,

(Enrico Schult, AfD:
Der hat ja gar keine Ahnung.)

als würden Sie gefühlt mit der Abstimmung gestern ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz!

Patrick Dahlemann, SPD: ... zum Doppelhaushalt im Parlament

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD:
Sie haben gar keine Ahnung.
Sie waren gar nicht dabei offensichtlich.)

zum ersten Mal davon erfahren haben, ist schlicht unredlich, ist unwahr.

(Enrico Schult, AfD: Das,
was Sie da erzählen, ist unwahr.)

Und ganz ehrlich, lieber Herr Renz, ich finde, ein bisschen mehr Größe in der Sache, dass man auch mal sagen könnte, da ist man auf Punkte, wo andere eine andere Haltung da draußen dargestellt haben, auch eingegangen und diese Punkte findet man richtig, ich glaube, das wäre die Sacharbeit, die auch der Opposition gut zu Gesicht stehen würde. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank! Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Herr Renz, das ist nicht wertschätzend, wenn Sie während der Erwiderung

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das war nicht wertschätzend.)

auf Ihre Kurzintervention zum Platz gehen

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und die nicht entgegennehmen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich nehme ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist, das ist ein unparlamentarisches Verhalten,

(Enrico Schult, AfD: Das war dreist gelogen.)

und das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich, ausdrücklich ...

Also!

(Glocke der Vizepräsidentin –
Enrico Schult, AfD: Dreist gelogen, meine Güte!
Stellt sich da hin und erzählt von was, wo er
selber gar nicht mit dabei war.)

Vielleicht ist jetzt hier mal Ruhe, wenn die Glocke erklingt und ich hier etwas zum Umgang miteinander zu sagen habe!

(Torsten Renz, CDU: Ja,
da gehören Wahrheiten dazu,
aber nicht in dieser Art und Weise.)

Sie können da gerne sich dagegen wenden, aber es ist meine Bewertung, und zu der stehe ich auch, dass man wertschätzend Dinge entgegennehmen muss, die man eingefordert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

So, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/5680 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern und des Architekten- und Ingenieurgesetzes, auf Drucksache 8/5681.

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der
Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern
und des Architekten- und Ingenieurgesetzes**

(Erste Lesung)

– Drucksache 8/5681 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Inneres und Bau Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ebenfalls formales Thema – mal gucken, was noch passiert in der Diskussion –, die Landesbauordnung.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Wiederholt angekündigt, ist es jetzt die große Novelle, die wir Ihnen vorstellen, die entstanden ist in einem gemeinsamen Prozess mit verschiedenen Verbänden, die entweder auf der Wirtschaftsseite insgesamt oder in den planenden und bauausführenden Berufen im Speziellen tätig sind, also die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Architekten- und Ingenieurskammern sowie der Landesbauverband, aber auf der anderen Seite eben auch die unteren Bauaufsichtsbehörden, die jeden Tag mit der Landesbauordnung umgehen.

(Rainer Albrecht, SPD: Und die
Wohnungswirtschaft nicht vergessen!)

Und die Wohnungswirtschaft. Ganz herzlichen Dank! Rainer Albrecht hat vollkommen recht, also die, die praktisch anwenden, was die Landesbauordnung in vielfältiger Weise an täglichen Bauprozessen begleitet.

Wir haben uns im Sommer vor anderthalb Jahren in einem Gespräch darauf verständigt, dass wir aus der ewigen Überschrift „ihr müsst entbürokratisieren“ mal versuchen auszubrechen, mit dem Versprechen, dass wir es konkret machen. Und ich bin offen eingestanden nicht sicher gewesen, wie lang die Liste wird. Die Einladung und das Versprechen war, dass die eben genannten beteiligten Verbände eben nicht die Verbändepapiere schicken – die kenne ich schon –, sondern ihre Mitgliedsunternehmen bitten und die wiederum die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag mit dieser Landesbauordnung umgehen, sich einfach mal ein paar Wochen einen Zettel auf den Schreibtisch zu legen und alle die Sachverhalte, wo man sich dreimal die Woche drüber ärgert und sich fragt, warum muss ich das eigentlich tun, die mal auf einen Zettel zu nehmen, sodass wir nicht in der großen Überschrift „Bürokratie abbauen“ den schnellen und gemeinsamen Konsens finden, sondern in vielen kleinen Punkten, paragrafengenau, absatzgenau, satzgenau, zifferngenau, problemgenau schauen, wo wir eigentlich Dinge abbauen, und dann auch mal in dieser Runde, das haben wir mehrfach getan, in den Dialog eintreten.

Denn, das will ich vorwegschicken, keine Regelung von denen, die wir Ihnen jetzt zur Streichung und Änderung vorschlagen, hat irgendwann mal irgendeine Kollegin oder ein Kollege oder gar dieser Landtag mit der Überzeugung beschlossen, jetzt erfinde ich etwas, wo sich die nächsten Jahre jeden Tag Menschen nach Kräften darüber ärgern werden, völlig sinnlos, aber ganz groß boshaft, sondern jede der Regelungen hat immer jemanden gehabt und auch hier eine Überzeugung gefunden, dass es dieser bedürfen könnte, dass sie der Sicherheit dient, dass sie an anderer Stelle relevant ist.

Einer der Abgeordneten schmunzelt und zweifelt zumindest. Ich schwöre Ihnen, keiner hatte böse Absicht. Und deshalb wird – und das war dann auch in den Diskussionen übrigens zu spüren – zu nahezu jeder Regelung, wo jemand sagt, da, glauben wir, können wir ran, jemand anders sagen, oh, da habe ich aber Bedenken.

Also, wir haben uns auf diesen Weg gemacht. Ich bin dankbar bei den vielen Beteiligten und vor allen Dingen denen in den Arbeitsebenen, die mit diesem genannten Schmierzettel ein paar Wochen gelebt haben. Wir haben mehrere Seiten, die wir Ihnen an die Hand geben durften, jetzt zusammen herauskristallisiert. Wir haben in insgesamt drei großen Gesprächsrunden, Diskussionsrunden, Dialogforen mit den eben Beteiligten, mit deren Arbeitsebenen diese Dinge herauskristallisiert.

Und drei große Überschriften sollen drüberstehen: Erstens die Vereinfachung, zweitens die Beschleunigung und drittens die Entbürokratisierung. Und man hat sich im Übrigen über alle Grenzen hinweg auf die große Überschrift der Ermöglichungskultur, also Bauen und Planen ermöglichen, statt die Ermöglichung zu vermeiden, geeinigt. Es werden, wenn Sie in den Gesetzentwurf hineinschauen, größere Gestaltungsspielräume vor allem bei Neubauten, aber insbesondere bei Umbauten, bei Umnutzungen, Bestandsgebäuden, aus denen ich etwas anderes mache, Ihnen vorgeschlagen. Sie werden Erleichterungen finden vor allen Dingen bei der Schaffung von Wohnraum, weil wir da durchaus erhebliche Herausforderungen haben, vor allen Dingen auch bei der Schaffung im Bestand.

Und wir werden Abweichungen erleichtern. Einfacheres und kostengünstiges Bauen soll das Ziel sein, ohne dass ich hier mich versteigen würde, irgendeinen Betrag in den Raum zu stellen, den künftig der Quadratmeter kostet. Uns würde, offen eingestanden, schon reichen, wenn die ständige Dynamik nach oben etwas abgeflacht würde und wir wieder zu – in Führungszeichen – „normalen Kostensteigerungsindizes“ kämen.

Wenn wir mal in den großen Bereich der Vereinfachungen hineinschauen, was legen wir Ihnen vor: Wir wollen bei der Wohnraumschaffung zum Beispiel Anforderungen an Raumhöhen etwas flexibilisieren. Wir schlagen vor, bei den Abstandsflächen ganz erheblich ranzugehen. Die Abstandsflächen, werden Ihnen alle Profis in der Anhörung sagen, sind seit 60 Jahren erprobt,

(Enrico Schult, AfD: Richtig!)

wir müssen uns keine Sorgen machen, jeder wisse, wie man die 0,4 von rechne. Alles richtig, aber wenn wir gemeinsam dort hineinschauen, bräuchten wir erst mal einen

Planer, um es auszurechnen. Die Idee ist, zu den Gebäudeklassen, die man seit vielen Jahren kennt – es gibt fünf Gebäudeklassen –, zu sagen, bei der Gebäudeklasse sind es drei Meter, bei der sind es vier Meter, bei der sind es fünf Meter – im Übrigen mit einem Hintergedanken, mit dem Hintergedanken, dass wir bei Bestandserweiterungen, Aufstockung in Städten, um neuen Wohnraum zu schaffen zum Beispiel, ganz häufig Schwierigkeiten kriegten. Wenn sich nämlich die Abstandsfläche an der Höhe mal irgendeinem Faktor orientiert, ist, wenn ich auf einmal ein Geschoss aufsetze, mehr Höhe da, ich kriege aber den Abstand in einer bestehenden Bebauung nicht wieder hingerückt, weil ich die Nachbargebäude nicht beiseiteschieben kann.

Die Idee ist also zu sagen, wenn es in der Gebäudeklasse bleibt, dann ist das Geschoss mehr für uns alle in Rostock, Greifswald, in Waren oder Bad Doberan hilfreich – und Sie können jetzt alle anderen Städte auch dahintersetzen, um keine Wettbewerbsverzerrung zu betreiben –, aber ich habe die gleichen Abstandsflächen, ich kriege also etwas erleichtert oder ich habe das Hemmnis nicht mehr, dass jemand willig, bereit und vielleicht sogar finanziell in der Lage wäre, die Aufstockung vorzunehmen, aber wieder die Hände hebt und sagt, tut uns leid, dafür ist die Nachbarbebauung zu dicht dran, sie kriegen es nicht geändert, also geht es nicht. An den Stellen, Sie sehen, da waren Diskussionen, wo Praktiker – der VNW war angesprochen worden, der Verband der Wohnungswirtschaft, oder andere Beteiligte – draufgeschaut haben.

Wir gehen auch an das Thema Barrierefreiheit ran, und zwar mit einem Spagat, der nicht ganz ohne ist, will ich deutlich sagen. Wir schärfen Barrierefreiheitsansprüche, so, wie es, glaube ich, mit einer sich demografisch verändernden Gesellschaft erforderlich ist. Und wir haben trotzdem in diesen Beratungen sehr intensive Dialoge geführt, wie weit man das dreht.

Und dann gibt es wieder die Differenzierung. Bei Umbauten im Bestand ist es oft viel schwerer. Wenn du auf einmal einen Fahrstuhl dazubauen müsstest, der in dieses Gebäude gar nicht reinpasst, dann bringen dich die Kosten um. Und auf der anderen Seite, bei einem Neubau kann man vielleicht eher verlangen, dass gewisse

Ebenerdigkeiten, Schwellenfreiheiten und so weiter von vornherein mitgeplant werden. Wenn Sie in den Altbau reingehen, wird das schwer.

Sie werden es beim Thema Brandschutz sehen. Beim Brandschutz machen wir keine Abstriche, die bei der Gefahr eine Rolle spielen, aber auch da gilt, ob wir immer bei einem Altbau jede Regel, die wir bei einem Neubau problemlos hinbekommen, in die Umsetzung bringen müssen oder ob wir an den Stellen sehr genau unterscheiden, geht es eigentlich um einen Technikraum oder geht es um einen Raum, in dem Menschen schlafen oder leben, wo ich mit Sicherheit andere Fluchtwegmöglichkeiten brauche als bei einem Raum, der rein für Technik, für Haustechnik oder für den Fahrstuhlschacht oder Ähnliches dient.

Meine Damen und Herren, wenn Sie auf diese Punkte draufschauen, werden wir durchaus Diskussionen erleben, die auch immer zwei Seiten haben, denn Baurecht ist immer auch Nachbarrecht. Ich habe immer einen, der baut, und einen, der draufschaut. Und wir werden beispielsweise, wir haben Ihnen vorgeschlagen, wir schlagen Ihnen vor, bei Abweichungen aus einer Kann- eine Sollregelung zu machen. Für Nichtjuristinnen und -juristen klingt das immer relativ schlank, ich versuche es mal laienhaft bis an die Grenze des Falschen, „kann“ heißt, ich kann links gehen oder rechts gehen, ich muss bloß vernünftig begründen.

Wir würden Ihnen anregen wollen, eine Sollregelung daraus zu machen. „Soll“ heißt, in der Regel ist der Weg geradeaus und wenn ich rechts abbiegen will, muss ich es besonders begründen können. Die Idee dahinter ist, dass bei Abweichungen wir oft, gerade auch im Bestand, nur über diese Ausnahmen Dinge möglich machen, die ansonsten nicht gingen. Und wenn ich das in die Baubehörde gebe und sage, kannst links gehen, kannst rechts gehen, kommen wir häufig nicht zu Abweichungen, die aber Bauen in vielen Lücken, in vielen Ecken überhaupt erst ermöglichen.

Und da die Regeln, wann ich überhaupt abweichen darf, an sich schon eine gewisse Strenge haben, ist es eben nicht so, dass das leichtfertig herbeigeredet werden kann, sondern ich brauche schon Voraussetzungen. Und dann zu sagen, wenn die Voraussetzungen vorliegen, die erkennbar für diese Ausnahme gegeben sein müssen,

dann sollte in der Regel die Ausnahme auch eine Chance kriegen. Und nur, wer dann sagt, die Ausnahme passt hier nicht, braucht eine besondere Begründungstiefe.

Bei den Entbürokratisierungsregeln habe ich eben schon auf die Abstandsflächen hingewiesen. Wir würden allerdings auch deutlich den Kanon der verfahrensfrei oder genehmigungsfrei gestellten Vorhaben erweitern wollen. Ein Beispiel: Bisher sind es nur Carports und Garagen bis 30 Quadratmeter.

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

Wir würden gerne a) die Quadratmeterzahl erhöhen. Das schlagen wir Ihnen zumindest vor, weil das heute größer ist.

(Enrico Schult, AfD: Richtig!)

Wir würden aber sagen, es ist eigentlich egal, ob das ein Raum ist, in dem die Tischtennisplatte steht oder das Auto. Räume, die nicht dem Wohnen dienen, bis 40 Quadratmeter insgesamt darunterzupacken, ist kein Beinbruch, macht aber viele Dinge freier.

Wenn Sie auf die Landwirtschaft, auf die Außenbereiche gucken, gibt es bei Gewächshäusern, bei mobilen Stallhaltungsmöglichkeiten bisher deutlich eingeschränkte Varianzen, verfahrensfrei zu arbeiten. Dafür Baugenehmigung zu beantragen, ist oft wirklich sinnfreier Aufwand für alle Beteiligten. Auch da würden wir Ihnen gerne deutlich größere Abmessungen an die Hand geben und wir würden insbesondere bei diesen mobilen Stallungen gerne helfen, die davon leben, dass sie mit den jeweiligen Tieren auch relativ schnell umziehen sollen. Das kriegen wir gar nicht abgebildet über regelmäßige Baugenehmigungen.

Sie haben eine, ich sage mal, Haltbarkeitsdauer von Baugenehmigungen, wenn ich sie noch nicht umgesetzt habe, bisher drei Jahre, wir würden Ihnen vorschlagen, lassen Sie uns bitte ein Jahr hochgehen auf vier Jahre. Sie können eine Baugenehmigung verlängern lassen, bisher um ein Jahr, wir würden vorschlagen, um zwei Jahre. Auch da helfen wir der Verwaltungsseite und wir helfen denen, die

praktisch unterwegs sind. Das sind immer noch Zeiträume, in denen sich die Lebensumstände drumherum nicht so radikal verändert haben können, dass nicht gleichwohl das Prüfergebnis von vor vier Jahren weiterhin gilt.

Meine Damen und Herren, es gibt eine größere Zahl von Details, immer unter der großen Überschrift „vereinfachen, beschleunigen, entbürokratisieren“. Meine Einladung ist, dass wir jetzt ganz häufig auch Hinweise bekommen werden, warum es nicht geht. Lassen Sie uns gemeinsam vielleicht an einer gewissen Offenheit in die Diskussion einsteigen. Die Idee ist, verfahrensfrei, einfach das Verfahren für alles, was in B-Plänen steckt, egal ob Wohnen oder Nichtwohnen, Sonderbauten, Hochhäuser brauchen ihre Spezialregelungen, also wir brauchen das komplette Baugenehmigungsverfahren viel, viel, viel seltener, als wir es bisher anwenden. Meine Bitte ist deshalb, die Vorschläge, die wir Ihnen machen, sind aus einem breiten Dialogprozess, wenn Sie einen Hinweis hören, warum es nicht geht, würde ich mich freuen, wenn wir uns noch mal in die Diskussion zusammen in den Ausschüssen begeben. Das hat dort niemand mit Boshaftigkeit weggestrichen.

Und noch mal, viele dieser Diskussionen – gehts/gehts nicht – sind in diesen verschiedenen Beteiligtenrunden schon umfangreich erörtert worden. Hier ist nichts leichtfertig vorgeschlagen, hier wird keine Sicherheit mit dem Bade ausgeschüttet. Aber dort, wo Bestand ist, ihn leichter weiterzuentwickeln, dort, wo Leerstand ist, ihn leichter wieder nutzbar zu machen, dort, wo Bebauungspläne ohnehin klare Regelungen vorgeben, das in einem sehr viel einfacheren Verfahren durchzuziehen, wird in den Überschriften es unseren Kolleginnen und Kollegen in den unteren Bauaufsichtsbehörden leichter machen. Es den Menschen, die bauen wollen, leichter zu machen und optimalerweise ein bisschen in die Kostenlast einzusteigen, hülfe uns gemeinsam.

Meine Bitte ist nur, wenn Sie Bedenken haben, lasst uns doch mal diskutieren, das ist alles schon einmal von vielen klugen Köpfen vorgedacht. Nichts davon ist unmöglich. Ich freue mich, wenn Sie uns helfen zu vereinfachen, zu beschleunigen, zu entbürokratisieren,

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

einfacher und kostengünstiger bauen möglich zu machen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und Die Linke –
Enrico Schult, AfD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/5681 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, an den Finanzausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung und Förderung der Informationssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 8/5682.

Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung
und Förderung der Informationssicherheit
im Land Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 8/5682 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Finanzen und Digitalisierung Dr. Heiko Geue.

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Cybersicherheit,

(allgemeine Unruhe)

Cybersicherheit wird immer wichtiger.

(Sebastian Ehlers, CDU: Hören Sie mal
dem Finanzminister zu, Herr Dahlemann!)

Die digitalen Angriffe ...

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ich würde doch jetzt vorschlagen, dass wir jetzt dem Finanzminister bei seinen Ausführungen zuhören

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

und die Gespräche über die Bänke hier einstellen. Danke schön!

Minister Dr. Heiko Geue: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich fange noch mal an: Cybersicherheit wird immer wichtiger. Digitale Angriffe nehmen ständig zu. Es gibt Stimmen, die inzwischen von einer industriellen Dimension an Cyberattacken sprechen. Laut dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, kurz BSI, gibt es immer noch zu viele schlecht geschützte Angriffsflächen in vielen Verwaltungen, Unternehmen und anderen Organisationen wie zum Beispiel Gesundheitseinrichtungen. Den Angreifern wird es häufig zu leicht gemacht. Angreifer gehen in der Regel den Weg des geringsten Widerstands. Diejenigen mit dem niedrigsten Schutzniveau werden vermehrt angegriffen.

Für cyberkriminelle Angriffe gibt es keine uninteressanten Ziele mehr. Überall ist etwas zu holen, jede und jeder ist ein interessantes Ziel. Da sollte sich niemand etwas vormachen. Hinzu kommt, dass die zunehmenden geopolitischen Konflikte auch im digitalen Raum ausgetragen werden. Das Lagebild Cybercrime, das der Bundesinnenminister und der BKA-Präsident im Sommer dieses Jahres vorgestellt haben, weist für das Jahr 2024, also für das letzte Jahr, über 330.000 Cyberangriffe in Deutschland aus, über 200.000 davon aus dem Ausland.

Der Schaden ist immens. Laut dem Bitkom-Verband haben die Attacken im Jahr 2024 Schäden in Höhe von fast 180 Milliarden Euro verursacht. Auch in Mecklenburg-Vorpommern mussten wir erleben, was das bedeutet. Der Angriff auf den Landkreis oder die Landkreise Ludwigslust-Parchim in 2021 und Vorpommern-Rügen in 2023, auf das LUP-Klinikum Anfang dieses Jahres oder auf die Polizeihandys in diesem Sommer, alle diese Angriffe haben gezeigt, dass ein Angriff im Netz dazu führen kann, dass Abläufe über eine längere Dauer stillstehen.

Das hat vielfältige negative Folgen, die viele Menschen direkt betreffen. IT-Sicherheit muss daher höchste Priorität besitzen. Zwar, das muss man zugeben, gibt es auf der

einen Seite keine vollständige Sicherheit, auf der anderen Seite ist eine leistungsfähige, sichere und souveräne IT die Grundlage für so viel Sicherheit wie möglich, für eine moderne Verwaltung und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Unsere Aufgabe ist es, in der Regierung und hier im Parlament die digitalen Infrastrukturen des Landes zu schützen, sie resilient zu gestalten und zugleich Innovationen zu ermöglichen. Deshalb bringen wir heute hier nicht nur das Informationssicherheitsgesetz ein, sondern stellen auch unsere Governance in Mecklenburg-Vorpommern hierzu neu auf.

Eine meiner ersten Maßnahmen als Digitalisierungsminister war es, eine gemeinsame Taskforce Cybersicherheit von Land und kommunaler Ebene ins Leben zu rufen. Land, Kommunen und die IT-Dienstleister von Land und Kommunen sind seitdem im Bereich der Informationssicherheit vernetzt. In der Taskforce wird seit Spätsommer an einem gemeinsamen Schutzschirm für das gesamte Land gearbeitet, um räumlich übergreifende Sicherheitsvorfälle durch präventive Schutzmaßnahmen so weit es geht zu vermeiden und zentrale Security Services bereitzustellen, von denen auch die Kommunen profitieren.

Meine Damen und Herren, Sicherheit gelingt nur gemeinsam mit der kommunalen Ebene, deshalb nutzen wir die Mittel aus dem Bundessondervermögen für Digitalisierung weitgehend gemeinsam für übergreifend wirkende Maßnahmen, gesteuert über den gemeinsam besetzten Lenkungsausschuss E-Government. Nur so schaffen wir einen abgestimmten, effizienten Einsatz von Ressourcen und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für den öffentlichen Bereich in ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, mit dem Ihnen vorliegenden Informationssicherheitsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern setzen wir die europäische NIS-2-Richtlinie um und schaffen eine einheitliche, verbindliche Grundlage für die Informationssicherheit im Land und für die Kommunen. Zuständigkeiten werden klar definiert und die notwendige Zusammenarbeit geregelt. Der sogenannte Chief Information Security Officer MV, kurz CISO, wird zur zentralen übergreifenden Landesinstanz für Informationssicherheit. Er kann künftig verbindliche Vorgaben erlassen, Prüfungen durchführen und im Notfall eingreifen, um größere Schäden zu verhindern.

Das Gesetz bildet darüber hinaus die Grundlage für den Ausbau des Security Operations Center der Behörden, kurz SOC. Das SOC soll Angriffe auf die Behörde frühzeitig erkennen und abwehren. Abgerundet wird die Sicherheits-Governance mit der Stärkung des Computer Emergency Response Teams M-V, kurz, dem CERT. Das CERT M-V wird mit erweiterten Aufgaben gestärkt und soll mit adäquaten Ressourcen ausgestattet werden, um präventiv im ganzen Land wirken zu können und bei Sicherheitsvorfällen schnell eingreifen zu können. Darüber hinaus werden die Führungskräfte verpflichtet, regelmäßig Schulungen zur Informationssicherheit zu absolvieren, denn Sicherheit beginnt zuallererst mit dem Bewusstsein und der Verantwortung.

(Julian Barlen, SPD: Sehr gut!)

Das gilt nicht nur bei den sogenannten Phishingmails.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz schaffen wir Klarheit und Verbindlichkeit. Die bisherigen Sicherheitsvorgaben werden konkretisiert und als verbindlicher Standard für das gesamte Land festgeschrieben. Es wird eindeutig definiert, wer wofür zuständig ist. Jede Landes- und kommunale Einrichtung bekommt klar geregelte Verantwortlichkeiten und Befugnisse,

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

damit Informationssicherheit nicht irgendwo mitläuft, sondern fest verankert ist.

Ich freue mich, wir haben schon von unserem Kooperationspartner Schleswig-Holstein die Anfrage nach unserem Gesetzesentwurf erhalten. Auch Schleswig-Holstein möchte die IT-Sicherheit für Land und Kommunen regeln. Da sage ich doch, sehr gerne! – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat seine angemeldete Redezeit um zwei Minuten überschritten.

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Und das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Die Uhr bitte! Genau.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Mecklenburger! Ja ...

(Zurufe aus dem Plenum: Vorpommern auch?)

Ach, die Vorpommern, selbstverständlich.

(Patrick Dahlemann, SPD: Schon wieder
Vorpommern weg! Jetzt reicht's aber langsam!)

Entschuldigung! Entschuldigung! Entschuldigung! Ein besonderer Gruß geht nach Vorpommern!

(Patrick Dahlemann, SPD:
Nee, nee, nee! Jetzt ist's vorbei.)

Netter Versuch, so.

(Julian Barlen, SPD:
Nee, nee, das war jetzt zu spät.)

Niemand in diesem Haus bestreitet, dass Informationssicherheit heute eine zentrale Aufgabe des Staates ist, aber auch jedes Einzelnen. Cyberangriffe auf Verwaltungen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen nehmen zu, digitale Abhängigkeiten wachsen und kritische Infrastrukturen müssen geschützt werden. In dieser Hinsicht greift der vorliegende Gesetzentwurf ein reales Problem auf.

Und wer das tatsächlich mit der Sicherheit und mit dem Datenschutz ernst meint, da habe ich sehr erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Jungs, die Nokia einst groß gemacht haben, jetzt ein eigenes Smartphone entwickelt haben namens Jolla mit einem bestimmten Betriebssystem. Dieses Telefon ist günstig – Spartipp an den Herrn Minister –, es hat eine Datenschutztaste, einen wechselbaren Akku und ist von den Leuten erprobt, kommt im nächsten Jahr auf den Markt und kostet auch nicht die Welt. Das ist wirklich eine Alternative, wenn man es mit Datenschutz, mit Cybersicherheit und all diesen Sachen ernst meint.

Und Schleswig-Holstein hat es ja mit Open Source versucht, hat da extreme Schwierigkeiten, habe ich mir sagen lassen von den Leuten aus den Kommunen vor Ort, aber sie versuchen es wenigstens, da sich nicht so abhängig zu machen von den Tech-Giganten. Das ist nämlich die Hauptsache, wo wir alle erpressbar dann am Ende des Tages sind.

Jetzt weiter hier zu dem Gesetzentwurf: Positiv ist auch, der Entwurf schafft grundsätzlich klarere Zuständigkeiten, will Mindeststandards setzen und Reaktionsfähigkeit bei Sicherheitsvorfällen verbessern. All das klingt zunächst vernünftig. Doch, meine Damen und Herren, genau hier müssen wir unterscheiden zwischen guten Absichten und guter Gesetzgebung, denn was dieser Gesetzentwurf für die Praxis bedeutet, insbesondere für unsere Kommunen, wird aus unserer Sicht deutlich unterschätzt.

Und auch jetzt erspare ich Ihnen das nicht, Herr Finanzminister, unsere Kommunen arbeiten seit Jahren am Limit. Das weiß jeder, wir sprachen darüber heute. Die Haushaltslage ist angespannt, teilweise prekär. Pflichtaufgaben wachsen, Investitionsstaus nehmen zu und qualifiziertes Personal, als Hauptproblem, ist schwer zu gewinnen. Und genau diesen Kommunen legt das Land nun ein umfangreiches

neues Pflichtensystem auf. Informationssicherheitsmanagementsysteme, Meldepflichten, Dokumentationsanforderungen, Risikoanalysen, Protokollierungen, Schulungen – alles dauerhaft, alles verpflichtend.

Die entscheidende Frage lautet daher: Wer soll das leisten? Wer bezahlt das am Ende, vernünftig ausfinanziert, und womit? Der Gesetzentwurf bleibt hier auffallend vage. Eine belastbare, dauerhaft gesicherte Finanzierung sucht man vergeblich. Förderzusagen, Übergangsregelungen oder pauschale Unterstützungsmechanismen werden nicht klar benannt. Das bedeutet, die Kosten bleiben bei den Kommunen hängen, und das geht eben nicht. Das ist keine Unterstützung, das ist eine Verlagerung von Verantwortung nach unten.

Besonders kritisch ist die personelle Dimension. Viele kleinere Kommunen verfügen über kein eigenes IT-Fachpersonal, geschweige denn über Experten für Informationssicherheitsmanagement oder Notfallreaktionen. In der Praxis wird das zwangsläufig dazu führen, dass externe Dienstleister eingesetzt werden müssen. Damit entsteht ein System, in dem die Sicherheit nicht durch eigenes Know-how entsteht, sondern durch Gutachten, Konzepte und Zertifikate von außen. Das mag formell korrekt sein, erhöht aber nicht automatisch die tatsächliche Sicherheit. Im Gegenteil, es fördert eine Scheincompliance, bei der Papier wichtiger wird als Praxis. Sicherheit lässt sich aber nicht auditieren wie ein Aktenordner.

Hinzu kommt, das Gesetz setzt stark auf einheitliche, zentrale Vorgaben. Einheitliche Standards mögen auf dem Papier effizient sein, ignorieren aber die Realität vor Ort. Ein kleines Amt mit wenigen Mitarbeitern kann nicht nach denselben organisatorischen Maßstäben arbeiten wie eine zentrale Landesbehörde. Hier droht eine Überregulierung, die diejenigen am stärksten trifft, die ohnehin am wenigsten Ressourcen haben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist der fehlende Nachweis des tatsächlichen Nutzens. Der Gesetzentwurf spricht viel über Pflichten, Strukturen und Prozesse, aber kaum darüber, wie Erfolg konkret gemessen werden soll. Was gilt als Beweis dafür, dass die IT-Sicherheit tatsächlich steigt? Weniger Vorfälle, schnellere Reaktionszeiten, höhere Systemverfügbarkeiten? Oder genügt es, dass

Konzepte geschrieben, Berichte abgegeben und Prüfungen bestanden werden? Ohne klare, überprüfbare Erfolgskriterien besteht die reale Gefahr, dass wir ein Gesetz schaffen, das vor allem Bürokratie produziert, aber keinen messbaren Sicherheitsgewinn. Und das wäre nicht nur ineffizient, sondern verantwortungslos gegenüber Kommunen, Mitarbeitern und letztendlich auch gegenüber den Bürgern.

Deshalb, meine Damen und Herren, sagen wir, dieser Gesetzentwurf ist in seiner Zielrichtung nicht grundsätzlich falsch, aber in seiner Ausgestaltung unausgewogen. Er überfordert Kommunen finanziell und organisatorisch, er unterschätzt den Fachkräftemangel und er definiert nicht ausreichend, woran Erfolg tatsächlich gemessen werden soll.

Aus diesen Gründen freue ich mich, dass wir heute diese Sache in den Innenausschuss überweisen und in den Finanzausschuss. Davon gehe ich aus. Dort muss er nachgebessert werden, substantiell, nicht kosmetisch. Wir erwarten insbesondere eine klare, auskömmliche und dauerhafte Finanzierung, praxisnahe, differenzierte Regelungen für kleine Kommunen und verbindliche Erfolgskriterien, die echte Informationssicherheit von bloßer Dokumentation unterscheiden. Informationssicherheit ist zu wichtig, um sie in Bürokratie zu ersticken. Sie braucht Augenmaß, Realismus und Respekt vor der kommunalen Realität in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau Enseleit.

Sabine Enseleit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was für verheerende Folgen Cyberangriffe haben können, haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern schon mehrfach schmerzlich erfahren müssen. 2021 waren der Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin betroffen, 2023 der Landkreis Vorpommern-Rügen und die Rostocker Straßenbahn AG, 2024 die Amtsverwaltung in Bergen auf Rügen, in

diesem Jahr die LUP-Kliniken und zuletzt dann der Server und die Diensthandys der Landespolizei.

Das waren nur einige der bekanntesten Fälle in den letzten Jahren. Von den meisten Cyberangriffen erlangt die Öffentlichkeit überhaupt keine Kenntnis, weil sie vorher abgewehrt werden konnten. Die Unternehmen und Verwaltungen in Deutschland gehören weltweit zu den beliebtesten Zielen von Cyberangriffen. Und diese Bedrohungslage hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.

Trotz höchster Sicherheitsstandards können Schäden durch Cyberangriffe aber nie ganz ausgeschlossen werden. Es ist aber möglich, die Gefahren zu verringern, und ein Informationssicherheitsgesetz kann seinen Teil dazu beitragen. Vor diesem Hintergrund bin ich sehr verwundert, dass sich die Landesregierung so viel Zeit gelassen hat, bis sie uns diesen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Wäre das Gesetz schon früher fertig gewesen, hätten womöglich Cyberangriffe verhindert oder zumindest mit geringeren Schäden abgewendet werden können.

Jetzt liegt uns der Gesetzentwurf vor und wir sind uns vermutlich alle einig, dass die Informationssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern endlich auf einer neuen, verbindlichen Grundlage aufbauen muss. Die Landesregierung hat dafür den Aufschlag gemacht und ohne der Anhörung im Ausschuss vorgreifen zu wollen, ist es richtig, einheitliche Sicherheitsstandards zu schaffen, die es erlauben, die Sicherheitsniveaus der verschiedenen Akteure regelmäßig zu überprüfen. So ist auch die Verpflichtung zum BSI-IT-Grundschutz eine positive und unverzichtbare Maßnahme.

Als CDU-Fraktion haben wir uns in der Vergangenheit immer für einen engen Austausch und eine Zusammenarbeit zwischen dem Land und der kommunalen Ebene bei der Digitalisierung eingesetzt. Und insbesondere bei der Informationssicherheit kann es vorteilhaft sein, wenn Land und Kommunen nicht nebenher oder aneinander vorbei arbeiten. Der Gesetzentwurf sieht jenes vor und soll explizit auch Gemeinden, Ämter und Landkreise einbeziehen. Ich bin gespannt auf die Stellungnahmen der kommunalen Familie zu diesem Punkt und inwiefern Sie diese bei

der Erstellung des Gesetzentwurfes eingebunden und mitgenommen haben, vor allem beim Betrieb der Security Operations Center.

Aufgefallen ist mir zudem, dass dieses Gesetz nicht für Hochschulen, soweit Forschung und Lehre betroffen sind, gelten soll, wie auch für Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ich weiß um die Unabhängigkeit dieser Bereiche, aber andere Bundesländer haben das in ihren Informationssicherheitsgesetzen anders geregelt. Daher bin ich gespannt auf die Anhörung und die Debatten im Ausschuss. Der Überweisung wird meine Fraktion selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Dr. Trepsdorf.

Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Gleich mal zu Beginn meines kurzen Beitrages ein Wort an die Kollegin Enseleit: Das macht es uns manchmal tatsächlich schwer. Ich habe manchmal das Gefühl, ist die Landesregierung – was sie häufig ist – schnell dabei, dann fühlen Sie sich nicht mitgenommen, nehmen wir uns die nötige Zeit für die Ernsthaftigkeit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, dann ist es zu langsam. Also wie wir es machen, wir können eigentlich nur verlieren in Ihren Augen, und das ist außerordentlich schade!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und
Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und deswegen sagen wir doch einfach mal, Menschengrößen,

(Zuruf von Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gut, dass wir hier das Thema mit der notwendigen, ...

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie können ja gern noch Fragen stellen!

... mit der notwendigen Ernsthaftigkeit angehen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das war ja ursprünglich mal in einer verbundenen Aussprache geplant, deswegen werde ich aus zeitökonomischen Gründen jetzt erst mal global an die Sache rangehen

(Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist klar.)

und später, wenn der FDP-Antrag ja noch mal, der ebenfalls vor drei Jahren behandelt wurde schon mal in den Ausschüssen, nach vorn kommt, werde ich da noch mal intensiver ausführen.

Das heutige Gesetz in Erster Lesung zur Neuordnung und Förderung der Informationssicherheit ist ein wichtiger Schritt, um die digitale Sicherheit unseres Landes zukunftsfest aufzustellen. Das Plenum eröffnet damit das parlamentarische Verfahren und schafft nach unserem Dafürhalten Transparenz über die Ziele der Landesregierung.

Die Ziele wurden teilweise vom Herrn Minister schon dargelegt:

- Stärkung der Cybersicherheit,
- Schutz kritischer Infrastrukturen,

- die Förderung digitaler Aufklärung und Fortbildung,
- aber auch die Einführung von Maßnahmen zur Früherkennung und Abwehr von Cyberangriffen.

Wir denken, es ist nach reiflicher Vorlage tatsächlich ein großes Thema, und wir werden intensiv in den Ausschüssen darüber sprechen, um insbesondere mit Expertinnen und Experten noch mal Änderungsbedarfe auch abzuklären in der Anhörung, intensiver auch mit Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, sprechen. – Vielen Dank erst mal!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplin, Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehrich.

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Es ist kurz vor Weihnachten und man reibt sich tatsächlich ein bisschen verwundert die Augen: der Entwurf eines IT-Sicherheitsgesetzes, dann doch so schnell?! Der Landesrechnungshof mahnt schon seit 2019, dass Mecklenburg-Vorpommern ein eigenes IT-Sicherheitsgesetz benötige. Und wenn man den Dokumenten in unserem Landtagsinformationssystem Glauben schenken darf, dann gibt es schon seit Januar 2021 einen Kabinettsbeschluss, der die Grundlagen und Eckpunkte für ein IT-Sicherheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern festgelegt hat. Seitdem sind fünf Jahre – fünf Jahre! – vergangen, in denen wir immer wieder gehört haben: Ja, es kommt ein Gesetz, ja, wir arbeiten dran. Und plötzlich ist es tatsächlich da! Also ich meine, das ist immerhin positiv.

Um zu sagen, was lange währt, wird endlich gut, dafür ist es aber dann doch zu früh, denn ob der Gesetzentwurf die richtigen Normen enthält, um tatsächlich einen Beitrag

zu mehr IT-Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern zu leisten, das wird die Beratung in den Ausschüssen noch zeigen müssen. Beispielsweise wird in Artikel 1 Paragraf 18 das grundgesetzlich garantierte Fernmeldegeheimnis eingeschränkt. Auch gibt es Vorschriften zum Aufbrechen verschlüsselter Kommunikation. Das sieht auf den ersten Blick eher nach einer Gefährdung der Sicherheit aus als nach einem Sicherheitsgewinn.

Insgesamt ist die Regelungsbreite im Gesetzentwurf enorm. Enthalten sind umfangreiche Vorschriften für das Land, aber auch für die Kommunen. Aus unserer Sicht ist das genau der richtige Ansatz, denn gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung kann IT-Sicherheit nur gemeinsam gedacht und erreicht werden. Ob es dafür aber notwendig ist, dass zum Beispiel Schulungen und Workshops, die von den Beauftragten für Informationssicherheit in den Kommunen zu Fortbildungszwecken wahrgenommen werden, in Zukunft vom Chief Information Security Officer MV anerkannt werden müssen, das muss noch mal geklärt werden. Es besteht hier tatsächlich die Gefahr, dass entweder die Fortbildungsmöglichkeiten der Informationssicherheitsbeauftragten der Kommunen eingeschränkt werden oder aber dass die Aufgabenlast beim Chief Information Security Officer unnötig hoch wird.

Der Gesetzentwurf enthält noch ein paar weitere solcher detaillierten Regelungen, die man sich wirklich noch mal anschauen muss, ob sie tatsächlich dann so notwendig sind. Klar ist, wenn wir IT-Sicherheit ernst nehmen wollen, dann muss die beauftragte Person für Informationssicherheit des Landes so ausgestattet sein, dass sie die ihr übertragenen Aufgaben auch vollständig wahrnehmen kann, denn ein Gesetz, das auf dem Papier vielleicht gut aussieht, in der Praxis aber nicht gelebt werden kann, hilft einfach niemandem weiter. Ob dieses Gesetz daher in der Lage sein wird, die seit Jahren klaffende Leerstelle im Bereich IT-Sicherheit im Land zu füllen, das muss sich erst noch zeigen.

Wir stimmen jedenfalls der Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die Ausschüsse zu und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde sagen, es wird auch Zeit! Seit Beginn dieser Legislatur fordere ich die Vorlage eines solchen Gesetzes und ich freue mich, dass wir es auch endlich dahaben. Und ich finde auch die Verbindlichkeit und die klaren Zielvorgaben hier drin sehr begrüßenswert, das lobe ich an der Stelle ausdrücklich, und ich bin froh, dass wir in diese Richtung gehen.

Ich muss aber gleichzeitig kritisieren, wir haben jetzt fünf Jahre auf dieses Gesetz gewartet und jetzt soll das einfach mal schnell durch die Ausschüsse im Superschnellverfahren irgendwie durch. Wir mussten jetzt für die Anhörung die Anzuhörenden und die Fragen schon alle fertig benennen, bevor wir überhaupt gehört haben, wie sich das Ministerium das überhaupt irgendwie vorstellt, was die Schwerpunkte sind, und das finde ich für ein parlamentarisches Verfahren ehrlicherweise unwürdig, insbesondere bei einem so wichtigen Gesetz.

Wenn wir ins Detail mal so ein bisschen reingehen, das Erste, was natürlich irritiert: Warum sollen dann der Landtag, der Landesrechnungshof, die Hochschulen, der Datenschutzbeauftragte und Gerichte und Staatsanwaltschaften ernsthaft davon ausgenommen sein? Sind diese Institutionen etwa unwichtig oder haben wir hier im Landtag sowieso eine so allgemeine Transparenzrichtlinie, dass wir eh alles offen machen können? Oder glauben wir, dass wir eh alles mit Papier machen und dafür keine Informationssicherheit irgendwie brauchen an der Stelle? Also inhaltlich erschließt sich mir nicht, warum diese Institutionen da ernsthaft außen vor sind, weil gerade hier brauchen wir auch das entsprechende Sicherheitsniveau.

Außerdem, das Ziel, was hier vorgegeben wird, insbesondere auf kommunaler Ebene in den nächsten zwei Jahren den Grundschutz überall sicherzustellen, halte ich für richtig, und das ist ambitioniert. Was wir aber brauchen, ist dann halt auch ein Weg, wie das in zwei Jahren machbar ist. Und deswegen müssen wir auch, und da wurde

ja auch schon hier drauf eingegangen, gerade auf kommunaler Ebene, weil, ich glaube, die kleineren Gemeinden, die haben da die größten Probleme mit, sowohl Personal entsprechend dafür sicherzustellen als auch in der Umsetzung – Beispiele nachher auch, wenn zum Beispiel Rufbereitschaften sind, also ich habe jetzt eine Serverüberwachung, eine automatische, so, macht dann jetzt die Landesbeamtin dann parallel irgendwie die Rufbereitschaft mit, um irgendwelche Sachen zu melden oder Sonstiges –, da, denke ich schon, müssen wir ins Detail mit reingehen, und gerade auch bei den Strukturen und Zuständigkeiten.

Also dass zum Beispiel der ISB weisungsgebunden ist, halte ich auf kommunaler Ebene vielleicht doch ein bisschen für schwierig. Warum hat der nicht eine etwas unabhängigere Stellung? Denn auch hier sind Vorfälle vorhanden. Da mag vielleicht auch mal ein Bürgermeister oder ein Landrat, ich will niemandem was unterstellen, aber durchaus ein Interesse daran haben, vielleicht manche Vorfälle nicht zu melden. Vielleicht müssen wir da rangehen und sagen, okay, das ist aber wichtig, dass dann der ISB an der Stelle die Befugnis hat, Sachen melden zu dürfen, und ist dann nicht weisungsgebunden gegenüber seinem Vorgesetzten.

Genauso das ganze Thema Öffnungsklauseln für die Vergabe von bestimmten Fähigkeiten oder Aufgaben, also ähnlich analog zum Datenschutzbeauftragten, was man irgendwie fremd vergeben kann, der das machen kann, brauchen wir auch hier, glaube ich, Möglichkeiten oder dass Kommunen in Verbünden bestimmte Aufgaben erledigen können. Und ich glaube, das ist auch wichtig, vielleicht auch, um die regionale Wirtschaft hier entsprechend mit einzubinden, weil ich denke auch, dass wir hier einiges machen können vor Ort mit der regionalen Wirtschaft, wenn wir das entsprechend mit drin haben.

Und noch zu erwähnen zum Schluss die Änderung, hier wird ja auch noch das E-Government-Gesetz M-V in Teilen mit geändert, ist mir auch aufgefallen. Und ich glaube, hier müssen wir auch noch mal grundsätzlich ran an das E-Government-Gesetz. Aber das, was hier vorgeschlagen wird, ist auch erst mal nicht verkehrt.

Ich freue mich auf die Beratungen in den Ausschüssen.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU, und
Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit dem vorliegenden Gesetz zur Neuordnung und Förderung von Informationssicherheit im Land legen wir heute ein wichtiges Regelwerk vor, das unsere digitale Sicherheit auf eine neue Grundlage stellen soll.

Cyberangriffe nehmen zu, das haben wir gerade gehört, und sie treffen nicht nur die großen Unternehmen, sondern auch Kommunen, Kliniken, Verwaltungen und viele mehr. Bisher gibt es hier einen Flickenteppich von Standards, unterschiedlichen Standards, der uns dann irgendwo auch verwundbar macht. Wir haben es eben gehört, wie auch die Geschwindigkeit ist, in der sich all diese Systeme entwickeln. Und das Gesetz setzt die EU-NIS-2-Richtlinie um, aber wir gehen an der Stelle noch weiter.

Es schafft klare, verbindliche Sicherheitsvorgaben für die öffentlichen Stellen inklusive den BSI-Grundschutz als Standard. Gleichzeitig berücksichtigt es unsere kleinteilige kommunale Struktur hier im Land, von den 76 Ämtern und 38 amtsfreien Gemeinden, die wir auch an verschiedensten Stellen hier immer schon mal aufgezählt haben, denn sie sind nun mal das Bild, was wir hier in unserem Bundesland haben. Die Übergangsfristen und die zentrale Unterstützung helfen dabei, die Anforderungen auch bei dem allgegenwärtigen Fachkräftemangel umzusetzen.

Besonders freuen wir uns über die Stärkung des CERT M-V und die Einführung des eben schon genannten Security Operations Center oder auch die Möglichkeit, sich einem solchen anzuschließen. Das macht unsere Behörden handlungsfähiger und schützt die sensiblen Daten.

Die fachliche Beratung findet im Ausschuss statt, aber heute ist ein wichtiger Schritt, das auf den Weg zu bringen. Und deswegen danke ich der Landesregierung an dieser

Stelle für den Entwurf und bitte Sie, bei der Lesung das in die Ausschüsse zu überweisen, und freue mich auf die Beratung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/5682 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** ...